

Das Parlament

Berlin, 14. Dezember 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 51 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Notbremsung in Magdeburg

Reiner Haseloff Nach wochenlangen existenziellen Streitigkeiten seiner schwarz-rot-grünen Koalition über die Erhöhung der Rundfunkgebühr entschied der Ministerpräsident in Magdeburg vergangene Woche selbst. Mit Haseloffs Rücknahme eines Gesetzesentwurfs zum Staatsvertrag blockiert das Land Sachsen-Anhalt nun faktisch eine Erhöhung dieser durch alle Länderparlamente zu entscheidenden Gebühr. Die öffentlich-rechtlichen Sender von ARD, ZDF und Deutschlandradio kündigten an, vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Sachsen-Anhalts SPD und Grüne wollten das Beitragsplus mittragen und warnten die CDU, die das nicht möchte, davor, wie die AfD dagegen zu stimmen. Die Christdemokraten konnten indes auf eine Vereinbarung zur Beitragsstabilität im gemeinsamen Koalitionsvertrag verweisen. **ah**

ZAHLE DER WOCHE

8,07

Milliarden Euro hat der Beitragsservice 2019 für ARD, ZDF und Deutschlandradio sowie die Landesmedienanstalten durch die Einziehung des Rundfunkbeitrages erzielt. Die BBC verfügte 2020 über ein Budget von rund 5,4 Milliarden Euro, France Télévisions, Radio France und Arte 2018 zusammen über 3,2 Milliarden Euro.

ZITAT DER WOCHE

»Schwarzer Tag für die Medien-geschichte.«

Malu Dreyer, rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin (SPD), kritisiert, dass erstmals nicht die Länder über den Rundfunkbeitrag entscheiden, sondern letztlich Karlsruhe.

IN DIESER WOCHE

HAUSHALT 2021
Interview Sven-Christian Kindler (Grüne) fordert Reform der Schuldenbremse **Seite 2**

INNENPOLITIK
Gesundheit Hohe Ausgaben als Antwort auf die Corona-Pandemie **Seite 6**

INNENPOLITIK
Arbeit und Soziales Arbeitsmarkt und Grundsicherung im Fokus des Etats **Seite 7**

AKTUELL
Untersuchungsausschuss Neue Einblicke im Fall Wirecard **Seite 10**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Mit schwerem Herzen

HAUSHALT Merkel sieht Licht am Ende des Tunnels. Oppositionskritik an »Symbolmaßnahmen«

Schuldenberge, Problemberge und Infektionswellen: In ihrer sich dem Ende zuneigenden Amtszeit steht Angela Merkel vor der größten Herausforderung. Die Corona-Zahlen steigen wieder stark an, und daher appelliert die Kanzlerin in einer emotionalen Rede an die Bundesbürger, die Kontakte zu reduzieren sowie Glühweinstände und Waffelbäckereien zu meiden: „Es tut mir leid, es tut mir wirklich im Herzen leid, aber wenn wir als Preis dafür Todeszahlen von 590 Menschen am Tag in Kauf nehmen sollen, dann ist das nicht akzeptabel aus meiner Sicht. Und deshalb müssen wir da ran!“

Verständnis für Einschränkungen Der Kanzlerin sind in der Generaldebatte des Bundestages zum Haushalt 2021 in der vergangenen Woche die Anstrengungen der letzten Zeit anzusehen. Das Gesundheitssystem muss stabil, die Wirtschaft in Gang gehalten werden. Zugleich rücken schärfere Lockdown-Maßnahmen näher, auf die vor allem die Kanzlerin schweren Herzens drängt. Die Bevölkerung, so glaubt sie, hat Verständnis für die Maßnahmen und ist bereit, Einschränkungen hinzunehmen: „Dafür bin ich von Herzen dankbar, und das sollten wir alle miteinander sein.“ Aber es gibt auch Perspektiven an diesem Tag: Merkel sieht in der Corona-Krise „Licht am Ende des Tunnels“. In der gegenwärtigen „Ausnahmesituation“ sei der wichtigste Schlüssel zur Bekämpfung des Virus „das verantwortliche Verhalten jedes Einzelnen und die Bereitschaft zum Mitmachen“. Sie hofft auf die Impfungen, rät aber zu Realismus: Im ersten Quartal des nächsten Jahres werde man noch nicht so viele Impfungen durchführen können, aber man habe die Chance, zuerst Hochbetagte und Pflegekräfte zu impfen, und damit könnten dort Effekte erreicht werden, wo die meisten Todesfälle auftreten. Merkel verteidigte die geplante Neuverschuldung in Höhe von rund 180 Milliarden Euro. Sie belaste künftige Haushalte und Ausgabemöglichkeiten in der Zukunft. Aber „wir leben in einer Pandemie und einer Herausforderung, wie sie die Bundesrepublik Deutschland noch nicht in dieser Art gekannt hat“. Man müsse alles tun, damit der Weg der wirtschaftlichen Erholung im dritten Quartal auch fortgesetzt werden könne. Die Prognosen, dass 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden könne, müssten Realität werden. Weltweit zeige sich, dass die Wirtschaft dort widerstandsfähig sei, wo die Pandemie unter Kontrolle sei.



Energisch verlangt Kanzlerin Angela Merkel einen schärferen Lockdown.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Fraktion, sagte, eine Antwort auf die Herausforderung durch die Pandemie sei ein starker Haushalt, aber auch ein anspruchsvoller Sozialstaat. „Wir stehen in einem Jahrzehnt der Veränderungen und deswegen investieren wir in Mobilität, klimafreundliches Wirtschaften, neue Arbeitsplätze und eine Digitalisierung, die die Voraussetzung für neue Arbeit in unserem Land ist.“ Zuvor hatte AfD-Fraktionschefin Alice Weidel Merksels Politik scharf kritisiert und ihr vorgeworfen, sie sei „die beste Kanzlerin, die Grüne und Linke je hatten“. Ihre Kanzlerschaft werde auch wegen der hohen Neuverschuldung als „katastrophal“ in die Geschichte eingehen. Außerdem kritisierte Weidel die Corona-Bekämpfungsmaßnahmen als schwerste Grundrechtseingriffe. Sie „reihen sich nahtlos an die drei fundamentalen Rechtsbrüche, die auch immer mit Ihren Regierungsjahren verbunden bleiben werden: Erstens: die Transformation der Wäh-

rungsunion in eine Haftungs- und Schuldunion. Zweitens: die Industrialisierungs- und Wohlstandsvernichtung durch Energiewende, Autowende, Kohle- und Atomausstieg. Drittens: die unkontrollierte Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts.“ Deutschland schütze seine Grenzen nicht, überziehe aber seine Bürger mit Ausgangssperren. Wirtschaftlich stehe das Land am Abgrund. Kritisch äußerten sich auch die anderen Oppositionsfraktionen. Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Fraktion, kritisierte die schleppende Auszahlung von Hilfgeldern an die Betriebe: Man müsse „aufpassen, dass aus der Infektions- keine Pleitelwelle wird“. Ausgangsbeschränkungen hält Lindner für Symbolmaßnahmen: „Das sind rein symbolische Einschränkungen, die erstens unwirksam sind, zweitens unverhältnismäßig in die Freiheit der Menschen eingreifen und die drittens dem Publikum nur ein planvolles Vorgehen simu-

lieren sollen. Das braucht niemand.“ Notwendig seien nicht pauschale und flächendeckende Maßnahmen, sondern regionales und vor allem berechenbares Handeln. **»Fatales Signal«** Amira Mohamed Ali, Fraktionsvorsitzende der Linken, verlangte, alles zu tun, um die Situation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zu verbessern. Es sei ein „fatales Signal“, dass viele Pflegekräfte die Corona-Zulage nicht erhalten hätten. Zudem kritisierte sie die späte Auszahlung von Hilfen für die Betriebe. Großunternehmen wie der Lufthansa sei hingegen unverzüglich geholfen worden. Ehrlichkeit, Transparenz und Perspektive forderte Annalena Baerbock (Grüne), um gut durch die Zeit zu kommen. Mit den Einschränkungen werde man noch länger leben müsse. Erforderlich sei ein klarer Stufenplan, wann welche Maßnahmen kommen würden. Der Bundestag stimmte am Freitag dem Bundeshaushalt 2021 (19/23322 bis 19/23326), der Ausgaben von fast 500 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von knapp 180 Milliarden Euro vorsieht, zu. 361 Abgeordnete stimmten mit Ja und 258 mit Nein. **Hans-Jürgen Leersch**

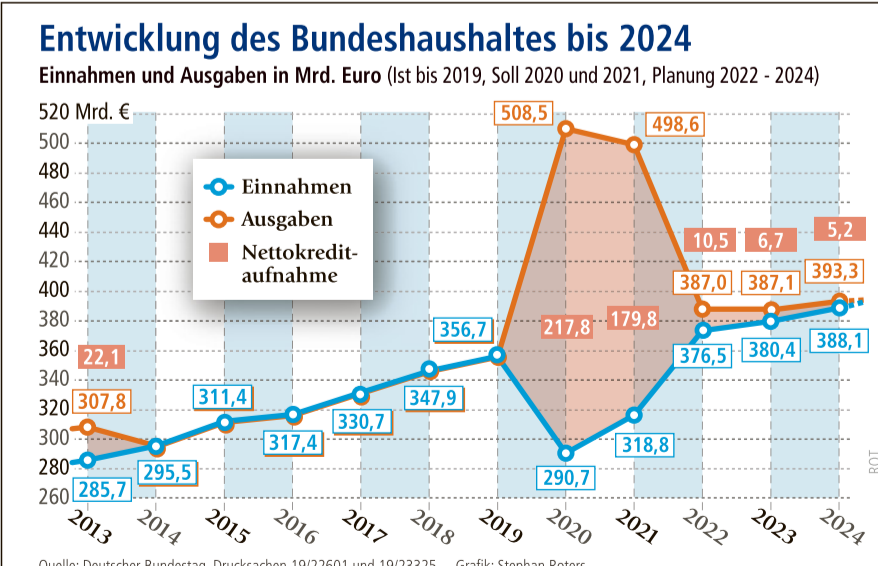
EDITORIAL Einsicht im Advent

VON ALEXANDER HEINRICH

Bei der Aufstellung von öffentlichen Haushalten wird auf Tausend Euro gerundet – die letzten drei Zahlen bei sämtlichen Einnahmen und Ausgaben werden also weggelassen. Das erhöht den Überblick, denn mit und sieben- bis neunstelligen Zahlenreihen rechnet es sich einfacher als mit zehn oder gar zwölfstelligen. Die Zahlen, die in den abschließenden Beratungen zum Bundeshaushalt 2021 in der vergangenen Woche kursierten, fielen etwas kleiner aus, entfalteten aber eine umso größere Wucht: Trotz der Corona-Beschränkungen dieses Herbstes bleibt die Zahl der Covid-19-Neuinfektionen in Deutschland bedrückend hoch. In der vergangenen Wochenmitte lag sie bei etwa 20.000 gemeldeten Fällen und neuen 590 Todesfällen innerhalb von 24 Stunden. Spätestens seitdem Wissenschaftler der Leopoldina Anfang Dezember Alarm geschlagen haben, setzt sich die schmerzliche Einsicht durch, dass das Jahr so enden könnte, wie es begonnen hat: Mit geschlossenen Schulen, Geschäften und dem Arbeiten zu Hause. Ein Blick auf jene Berufe, bei denen das nicht so einfach möglich ist, kann zeigen, dass es hier nicht um Panikmache geht. Nicht nur Medizinerinnen und Mediziner, Pfleger und Pflegerinnen sind systemrelevant. Auch für das Personal von Verkehrsbetrieben, Supermärkten und Apotheken, für die Belegschaften in Kraft- und Wasserwerken, bei Feuerwehren und Müllentsorgern gibt es nämlich kein Home-Office, jedenfalls nicht durchgängig und für alle Beschäftigten. Ein Szenario, in dem ganze Belegschaften nach Hause geschickt werden müssten, weil in ihrem Betrieb das Corona-Virus umgeht, möchte sich niemand ausmalen. Eine halbe Billion Euro nimmt der Bund für das kommende Jahr in die Hand. Und er nimmt neue Schulden in Höhe von 180 Milliarden Euro in Kauf. Das sind große Belastungen, die noch abzutragen sind, wenn Corona längst Geschichte ist. Es geht um Schutzausstattung, Impfstrategien, um Zuschüsse für die Krankenhäuser und die Bundesagentur für Arbeit sowie um Überbrückungshilfen für jene, die wirtschaftlich unter den Beschränkungen leiden. Wenn es gelingt, die Infektionszahlen wieder auf ein niedriges Niveau zu bringen, wäre das die beste Gewähr, dass nicht all diese auf Pump besorgten Mittel auch ausgegeben werden müssen.

Rekordschuldenberge in Deutschland und Europa

STAATSFINANZEN Die Europäische Zentralbank hat bereits einen großen Teil der Verbindlichkeiten übernommen



hen aus Frankreich (rund 570 Milliarden Euro), Italien (rund 536 Milliarden Euro) und Spanien (rund 360 Milliarden Euro). Inzwischen hat die EZB angekündigt, das Anleihenkaufprogramm wegen der Pandemie noch auszuweiten.

Die Schulden der öffentlichen Gebietskörperschaften in Deutschland steigen sprunghaft an. Das Statistische Bundesamt hatte bereits zum Ende des ersten Halbjahres 2020 den öffentlichen Schuldenstand in Deutschland auf 2,1 Billionen Euro bezif-

fert und damit den „höchsten jemals ermittelten Stand in der Schuldenstatistik“ gemeldet. Seitdem steigen die Schulden weiter steil an. Am stärksten stiegen von Ende 2019 bis zum Ende des zweiten Quartals 2020 die Schulden des Bundes - und zwar um 13,7 Prozent beziehungsweise um 163 Milliarden Euro auf 1,351 Milliarden Euro. Die Bundesländer waren zum Ende des ersten Halbjahres mit 624,9 Milliarden Euro verschuldet. Das habe einem Anstieg von acht Prozent beziehungsweise 46,1 Milliarden Euro entsprochen, errechneten die Statistiker. Prozentual am höchsten stieg die Verschuldung in Sachsen (plus 89,6 Prozent, Bayern (plus 30,6) und Bremen (plus 20,4). Auch die Finanzprobleme Kommunen nehmen zu. Deren Verschuldung erhöhte sich um 0,8 Prozent (1,1 Milliarden Euro) auf 132,4 Milliarden Euro. **hle**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR EINEN CORONA-SOLI?

Hilft und ist gerecht

PRO



Ulrike Herrmann,
»die tageszeitung«, Berlin

Die Kosten der Corona-Pandemie sind astronomisch: Ökonomen schätzen, dass der deutsche Staat am Ende etwa 500 Milliarden Euro aufwenden muss, um die Krisenfolgen zu bekämpfen. Da stellt sich sofort die Frage, wer diese enormen Summen zahlen soll. Eine Idee lautet, einen „Corona-Soli“ einzuführen. Dieser Vorschlag ist richtig – aber aus Gründen, die mit der Corona-Pandemie nichts zu tun haben. Ein Corona-Soli dürfte etwa zehn Milliarden Euro im Jahr bringen. Schon diese Zahl zeigt, dass die Einnahmen niemals reichen würden, um die Lasten aus der Corona-Zeit abzustottern. Der Staat geht daher einen anderen Weg: Er wird seine Corona-Kredite nicht zurückzahlen, sondern darauf setzen, dass die Schulden langfristig ihre Relevanz verlieren – weil die Wirtschaft wieder wächst. Wenn die Wirtschaftsleistung steigt, sinkt die Schuldenquote von allein. Aber warum braucht man dann noch einen Corona-Soli? Diese Zusatzbelastung für die Wohlhabenden wäre richtig, weil das deutsche Steuer- und Abgabensystem „regressiv“ ist, wie die OECD ständig bemängelt. Übersetzt: Ausgerechnet die Reichen zahlen relativ zu ihrem Einkommen am wenigsten. Das ist nicht nur extrem ungerecht, sondern kostet auch Zukunft. Derzeit fehlt dem Staat das Geld, um ausreichend zu investieren, etwa in den Klimaschutz. Denn permanente Ausgaben sollten nicht durch immer neue Schulden finanziert werden. So richtig es ist, Kredite aufzunehmen, um die Corona-Folgen zu bekämpfen – dies ist ein Rezept für Ausnahmesituationen. Im Normalbetrieb sollte der Staat mit seinen Einnahmen auskommen. Ein „Corona-Soli“ kann dabei helfen, und gerecht wäre er auch.

Kontraproduktiv

CONTRA



Manfred Schäfers,
»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Gewiss, Solidarität ist in der Corona-Pandemie wichtiger denn je. Dazu gehört etwa das Angebot an ältere Mitbewohner, die sich in diesen Zeiten nicht aus dem Haus trauen, für sie einkaufen zu gehen. Und natürlich zählt dazu das Beachten der besonderen Vorsichtsmaßnahmen, also sozialen Abstand halten und was noch alles dazu gehört. Auf keinen Fall fällt in diese Kategorie ein neuer Steuerzuschlag, auch wenn findige Zeitgenossen dafür schon den Namen Corona-Soli gefunden haben. Das liegt zum einen daran, dass der alte Solidaritätszuschlag zwar für die meisten Zahler zum Jahreswechsel abgeschafft wird, aber für einige wird es ihn auch danach noch geben. Auch wenn es sich nur um eine kleine Gruppe handelt, steht diese immerhin für die Hälfte des Aufkommens – und das Nebeneinander von zwei Zuschläge wäre nicht unproblematisch. Ein anderer Punkt ist noch wichtiger: Es bringt nichts, jetzt Bürger und Unternehmen in der Krise mit Hilfen zu unterstützen, wenn man ihnen anschließend eine höhere Belastung androht. Wer jetzt ums Überleben kämpft, sollte ermutigt werden, dass sich sein Einsatz lohnt. Um die in der Krise steigende Staatsverschuldung wieder in den Griff zu bekommen, braucht das Land Wachstum. Dies gibt es nur, wenn Arbeitnehmer, Handwerker, Unternehmer bereit sind, Überstunden zu schieben, neue Aufträge anzunehmen und notfalls am Wochenende zu bearbeiten – oder mit neuen Investitionen verbundene Risiken einzugehen. Nur aus Altruismus machen das die Wenigsten. Es muss sich für die Betroffenen schlichtweg rechnen. Steuererhöhungen sind da kontraproduktiv, auch unter einem noch so schönen Namen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Kindler, der Bundestag hat die Regierung ermächtigt, im nächsten Jahr 180 Milliarden Euro neue Schulden aufzunehmen. Rechtfertigen die Folgen der Pandemie eine solche Neuverschuldung?

Ja. Wir müssen jetzt alles tun, um die Stabilität des Gesundheitssystems und der Krankenhäuser zu sichern. Wir müssen die Wirtschaft, die Beschäftigten und die Bevölkerung unterstützen und soziale Notlagen verhindern. Deswegen halten wir die Berechtigung zur Aufnahme der Kredite in dieser Höhe für richtig.

Trotzdem haben sich die Grünen enthalten, als der Bundestag über die Aussetzung der Schuldenbremse abgestimmt hat. Warum?

Wir sehen, dass es eine außergewöhnliche Notsituation des Staates gibt, die es rechtfertigt, die Ausnahmeregelung des Grundgesetzes zu nutzen. Aber wir kritisieren deutlich, dass mit 17 beziehungsweise 20 Jahren jetzt sehr harte und kurze Tilgungsfristen von Union und SPD gewählt wurden. Das wird zu einer Belastung des Haushaltes ab 2026 von ungefähr 15 Milliarden Euro jährlich führen. Das kann die wirtschaftliche Erholung und die Investitionstätigkeit des Staates massiv gefährden. Die schwarz-gelbe Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat zum Beispiel 50 Jahre für die Tilgung ihrer Coronakredite vorgesehen, ein deutlich sinnvoller Zeitraum.

Nun gehört zur Finanzpolitik der Grünen, die Lasten nicht auf künftige Generationen zu verschieben. Aber machen Sie nicht genau das, wenn Sie den harten Tilgungsplan der Koalition ablehnen?

Nein, im Gegenteil. Wir haben historisch niedrige Zinsen, und das wird auch weiterhin mittelfristig so bleiben. Die realen Zinsen in den Industrieländern sinken seit den 1980er Jahren. Das hat verschiedene ökonomische Gründe, zum Beispiel, die Globalisierung, die demographische Entwicklung und dass Investitionen in Dienstleistungen und digitale Güter deutlich günstiger sind als in Maschinen und damit die Nachfrage nach Krediten für Investitionen geringer wird. So sinkt der Preis für Kredite, also der Zins. Wir wollen in Zeiten historisch niedriger Zinsen wichtige Investitionen finanzieren. Deswegen wollen wir die Schuldenbremse reformieren. Momentan bekommt der Staat für die Aufnahme neuer Kredite Geld geschenkt, dank negativer Zinsen von minus 0,5 Prozent bei zehnjährigen Anleihen. Da macht es keinen Sinn, dass wir Investitionen nicht tätigen, während in den Schulen der Putz von der Decke bröckelt, die Klimakrise sich weiter verschärft und wir bei der Digitalisierung hinter den USA und China hinterherhinken. Die nachfolgenden Generationen haben nichts davon, wenn Union und SPD eine Reform der Schuldenbremse verweigern, aber dafür die Erde verbrennt und wir nicht die notwendigen Investitionen in die Zukunft tätigen. Das ist nicht generationengerecht.

Wäre für Sie eine Steuererhöhung ein geeignetes Mittel, um Schulden abzubauen?

Deutschland hat eine der niedrigsten Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich aller Industrieländer, nach Corona wird sie zwischen 70 und 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Das ist für Deutschland gut tragbar und finanzierbar. Selbst 90 oder 100 Prozent wären kein Grund für Panik. Die USA werden 2020 eine Staatsschuldenquote von 130 Prozent haben, Belgien und Frankreich 120 Prozent. Auch diese Länder können ihre Staatsschulden gut bedienen und langfristig finanzieren.

Was ist mit einer Vermögenssteuer?
Wir sind eines der Industrieländer mit der niedrigsten Besteuerung von Vermögen. Jetzt werden gerade mit staatlichen Krediten auch große private Vermögen gerettet.

»Das ist nicht fair«

SVEN-CHRISTIAN KINDLER

Der Grünen-Haushälter setzt auf einen ökologischen Umbau des Bundeshaushalts und eine Reform der Schuldenbremse



© Sven Brauers

Da ist es nur fair und gerecht, wenn wir darüber reden, wie nachher auch große Vermögen und die Topverdiener Deutschlands mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Derzeit wird ein Großteil der Steuern in Deutschland von der klassischen Mittelschicht getragen, aber große Vermögen und Leute mit sehr hohen Einkommen tragen wenig dazu bei. Das ist nicht fair.

Sie haben dem Haushalt 2021 eine soziale Schiefelage attestiert. Warum?

Im Haushalt werden Milliarden für große fossile Konzerne ausgegeben, zum Beispiel Lufthansa und TUI, ohne dass es dazu soziale oder ökologische Auflagen gibt. Gleichzeitig werden die Ärmsten der Armen, also Empfängerinnen und Empfänger von ALG II, im Stich gelassen. Wir haben gefordert, dass Erwachsene einen befristeten Krisenaufschlag von 100 Euro pro Monat bekommen und Kinder von 60 Euro, weil gerade viele Produkte, insbesondere Hygieneartikel, teurer geworden sind in der Pandemie und viele Einrichtungen nur

eingeschränkt Hilfen leisten können oder sogar geschlossen sind. Wir wollen auch, dass vor allem Menschen im Niedriglohnbereich ein verbessertes Kurzarbeitergeld bekommen.

In Ihrer Haushaltsrede haben Sie geforderte Coronahilfen für Unternehmen eingeregelt. Was ist an der jetzigen Regelung ungerecht?

Wir haben von Anfang an gefordert, dass, wenn Branchen geschlossen werden, hundert Prozent der Betriebskosten erstattet werden. Die Orientierung am Umsatz ist wenig zielgenau. Und wir wollen auch für Soloselbstständige und kleine Unternehmen, dass endlich ein Unternehmerlohn bezahlt wird. Das hat die Regierung bisher verweigert, und das ist ein schwerer Fehler. Außerdem wollen wir, dass die Bundesländer sich an der Finanzierung der Unternehmenshilfen beteiligen. Bisher zahlt der Bund das alleine.

Ihre Fraktion wollte wesentlich mehr Investitionen in den Klimaschutz. Aber geht es jetzt nicht erst mal darum, die ganz akuten Folgen von Corona zu bewältigen?

Ich sehe da keinen Widerspruch. Die Klimakrise ist die größte ökonomische, soziale und ökologische Herausforderung dieses Jahrhunderts. Wir haben noch zehn Jahre Zeit, um eine große Katastrophe abzuwenden. Wenn wir jetzt nicht handeln und uns weiter auf dem Pfad von vier oder fünf Grad global bewegen, dann wird die Erde in wenigen Jahrzehnten für viele Milliarden Menschen unbewohnbar sein. Und wenn die Regierung jetzt so viel Geld zur Verfügung stellt, dann muss man dafür sorgen, dass nicht mehr weiter fossile Industrien gefördert werden, sondern der ökologische und soziale Umbau. Sonst haben wir Lock-In-Effekte und zementieren den gefährlichen fossilen Status quo. Wir müssen dafür sorgen, dass der Haushalt und die Konjunktur- und Rettungspakete grün sind und dass die Wirtschaft schnell klimaneutral wird. Also muss man konkret Unternehmenshilfen an ökologische und auch an soziale Kriterien knüpfen.

Der jetzt beschlossene Bundeshaushalt ist der für ein Wahljahr. Nach der Wahl könnten auch ganz andere Schwerpunkte beschlossen werden. Was wäre für Sie in einer Koalitionsvereinbarung, egal mit wem, unabdingbar?

Wir kämpfen darum, dass wir nach der nächsten Bundestagswahl Regierungsverantwortung übernehmen. Wir kämpfen um Platz 1. Für uns ist zentral, dass wir einen konkreten und schnellen Abbauplan für die klimaschädlichen Subventionen vereinbaren und nicht weiter mit Milliarden Steuergeldern die Klimakrise befeuern. Wir wollen konkret einen großen Investitionsfonds von 500 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre gründen, also 50 Milliarden pro Jahr, und dafür wollen wir die Schuldenbremse so reformieren, dass künftig Nettoinvestitionen auch durch Kredite finanziert werden können. Und wir wollen deutlich mehr Gerechtigkeit im Bundeshaushalt. Wir wollen zum Beispiel Hartz IV überwinden und dafür sorgen, dass es eine sozial gerechte Grundsicherung gibt.

Das Gespräch führte Peter Stütze |

Sven-Christian Kindler ist seit 2009 Mitglied des Bundestags und haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Landwirt: Josef Rief

Haushaltspolitikern blutet in Zeiten der Pandemie das Herz: Schulden über Schulden türmen sich auf, um die Krise zu schultern. „Wir müssen jetzt Probleme lösen“, sagt Josef Rief am Telefon. „Das hat sich keiner gewünscht.“ Der CDU-Abgeordnete sitzt im Haushaltsausschuss und ist Berichterstatter seiner Fraktion für den Einzelplan Gesundheit. Man könnte auch sagen: Rief verwaltet einen wilden Ritt. In der Bereinigungs-sitzung zum Bundeshaushalt 2021 beschloss der Ausschuss nun eine gewaltige Erhöhung der Ausgaben für Gesundheit von den geplanten 24,3 Milliarden Euro auf 35,5 Milliarden Euro. „Wir mussten halt schnell reagieren“, sagt Rief. Ohne diese Intervention müssten die Krankenkassen die Beiträge erhöhen. Rief ist auch Mitglied im Vorstand der Landes-CDU Baden-Württembergs, und er hat eine doppelte Sicht auf den Föderalismus: „Wir machen beim Schultern der Krise gerade viel, was eigentlich Aufgabe der Länder ist. Das geht auf Dauer nicht.“ Also habe er auch daheim angemahnt, dass die Länder gut beraten seien, in die finanzielle Mitverantwortung zu gehen. „Sonst droht mehr Zentralismus. Denn wer zahlt, entscheidet.“ Bevor der 60-Jährige 2009 in den Bundestag einzog, betrieb er, geboren in Illertissen und aufgewachsen in Kirchberg an der Iller, einen Bauernhof. „Ich wollte immer Bauer werden“, sagt er – wie seine Eltern und Großeltern es waren, „daher strengte ich mich in der Schule nicht so an“. Seine Familie war immer politisch. „Meine beiden Großmütter waren Mitglieder in der Zentrumsparterie“, das war die Vertreterin des politischen Katho-



»Wir machen beim Schultern der Krise gerade viel, was eigentlich Aufgabe der Länder ist. Das geht auf Dauer nicht.«

germeister kannte – und der Stress mit einer Gruppe namens „Unabhängige Linke“ gekriegt habe, die setzte sich für ein Jugendhaus ein. „Die veröffentlichte dann in ihrer eigenen Zeitung einen vermeintlichen Brief des Bürgermeisters, den er gar nicht geschrieben hatte.“ Das erzürnte mich damals so, dass ich der JU beitrug.“ Mitherausgeber des Blatts war damals ein gewisser Oswald Metzger, aber dazu später mehr.

Das Leben schien für Rief in gewohnte Bahnen zu gleiten. Hauptschulabschluss, Hofübernahme und selbst Engagement im Gemeinderat. Dann fragte man ihn, ob er nicht 1999 für den Kreisvorsitz kandidieren wolle. Er ging als Außenseiter in die Wahl, „ich hielt eine gute Rede, das überraschte die Leute, und der Favorit hielt eine schlechte, das überraschte auch“. Rief wurde gewählt. Später Einzug in den Kreistag, und dann suchte man 2009 einen neuen Kandidaten für das Bundestagsamt. „Ich erhielt als Kreisvorsitzender einen Brief – von Oswald Metzger. Darin kündigte er seine Bewerbung an.“ Denn Metzger, der in der Zwischenzeit ein versierter Haushaltspolitiker der Grünen im Bundestag geworden war, hatte seine Partei 2007 verlassen und war 2008 in die CDU eingetreten. Rief erinnerte sich an damals, als er 18 war. „Als ich das las, dachte ich: Warte mal. Das hätte die Basis zerrissen.“ Also machte es Rief selbst. Seitdem ist er im Bundestag, immer direkt gewählt, ohne Kandidatur auf der Landesliste. Neben seinem Wirken als Haushälter sitzt er auch im Familienausschuss. Seinen biografischen Hintergrund sieht er als Vorteil für die parlamentarische Arbeit. „Die Stärke eines Parlaments liegt in der Vielfalt der Herkünfte“ sagt er. „Es ist wichtig, dass auch ein paar Leute von der Kasse im Supermarkt oder Fischer in den Bundestag einziehen. Es ist doch verheerend, wenn sich das Motto durchsetzt: ‚Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal.‘“ Für die nächste Legislatur ist er wieder von seiner Partei nominiert, er erhielt 113 von 115 Stimmen.

Jan Rübel |

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kirstina Pezzer (pez)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Rotes

Redaktionsschluss
11. Dezember 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechtsverletzungen können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Deutschland steht vor einer Rekordverschuldung. Der Bundesfinanzminister sieht gleichwohl Licht am Ende des Tunnels.

© picture-alliance/picture alliance / imageBROKER | Frank Röder (ediert)

Tief in den roten Zahlen

ETAT 2021 Mit einer Rekordverschuldung sollen die Folgen der Corona-Krise abgedeckt werden

Die schwarze Null ist Geschichte. Für die Jahre 2020 und 2021 steht mit knapp 400 Milliarden Euro eine Rekordverschuldung des Bundes an. Nach den 217,77 Milliarden Euro aus dem Zweiten Nachtragshaushalt für 2020 liegt die Nettokreditaufnahme für 2021 bei 179,82 Milliarden Euro (19/23325). In ihrem Haushaltsentwurf aus dem September (19/22600) ging die Bundesregierung noch von Ausgaben in Höhe von 413,4 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 96,2 Milliarden Euro aus. Am Ende der Beratungssitzung im Haushaltsausschuss stand ein Ausgabenvolumen von 498,62 Milliarden Euro bei knapp 180 Milliarden neuer Schulden, wofür die Schuldenbremse auf Antrag der Koalition (19/22887) ausgesetzt wurde. Um die Veränderungen innerhalb eines Jahres noch deutlicher zu machen lohnt ein Blick auf den 2019 verabschiedeten „Vor-Corona-Haushalt“ für 2020: Geplante Ausgaben: 362 Milliarden Euro; geplante Neuverschuldung: Null. Der in namentlicher Abstimmung (361 Ja-Stimmen, 258 Nein-Stimmen) verabschiedete Haushalt 2021 sieht Investitionen in Höhe von 61,85 Milliarden Euro vor. Ge-

genüber dem Regierungsentwurf ist das eine Steigerung von 6,68 Milliarden Euro. Das größte Plus im Ergebnis der Haushaltsberatungen verzeichnet der Einzelplan 15 (Gesundheit). Um elf Milliarden Euro wurde der Ansatz erhöht und liegt damit bei 35,3 Milliarden Euro. 7,07 Milliarden Euro mehr als von der Regierung geplant und damit 41,15 Milliarden Euro sind im Einzelplan 12 (Verkehr und digitale Infrastruktur) vorgesehen. Dieser Aufwuchs begründet sich vor allem durch die Erhöhung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn AG, für die sechs Milliarden Euro bereitgestellt werden. Die Mehrausgaben im Gesundheitsetat sind der Corona-Pandemie geschuldet. Zusätzliche 2,65 Milliarden Euro gehen als Leistungen des Bundes an den Gesundheitsfonds für SARS-CoV-2-Pandemie verursachte Belastungen, 2,9 Milliarden Euro sind Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des neuen Coronavirus und 2,66 Milliarden Euro Zuschüsse zur zentralen Beschaffung von Impfstoffen gegen SARS-CoV-2. Dazu kommen

zwei Milliarden Euro als Ausgleichszahlungen nach Paragraf 21 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes. **Änderungsanträge** Zu Beginn der Haushaltswoche wie auch bei der Schlussrunde am Freitag kritisierten Haushaltsexperten der Opposition das haushaltspolitische Handeln von Koalition und Bundesregierung. AfD und FDP beklagten den hohen Schuldenstand, der Folge einer „völlig unverhältnismäßigen Reaktion auf eine Infektionskrankheit“ sei, wie Peter Boehringer (AfD) sagte, und der nur halb so hoch gelegen hätte, wäre auf die Änderungsanträge seiner Fraktion eingegangen worden, wie Christian Dürr (FDP) betonte. Linke und Grüne haben indes mit der Verschuldung kein Problem: Im Gegenteil: Die Linksfraktion lehnt die für die Zeit nach der Krise geplante Wiederaktivierung der Schuldenbremse ab, die „unsinnig, ökonomischer Selbstmord und ein Zukunftskiller ist“, wie Gesine Lötzsch (Die Linke) befand. Sie erneuerte zudem die Forderung ihrer Fraktion nach einer

Vermögensabgabe „für die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung“. Die Grünen halten die Neuverschuldung für richtig. „Man darf in eine Krise nicht noch hineinsparen“, betonte Sven-Christian Kindler (Grüne). Allerdings seien die gewählten Tilgungsfristen zu kurz. Seine Fraktion wolle die Schuldenbremse „reformieren“, so dass Nettoinvestitionen zukünftig über Kredite finanziert werden könnten, erläuterte er. Kindler und Lötzsch bemängelten zudem eine soziale Schiefelage des Haushalts, der auch nicht ausreichend den Klimaschutz im Blick habe. Aus Sicht der Union ist die Schuldenbremse hingegen „gut und richtig“, sagte Eckhardt Rehberg (CDU). Um aber in Deutschland keine Bilder sehen zu müssen, wie in Italien, „wo im Frühjahr dieses Jahres die Särge aus den Krankenhäusern mit Militärlastwagen herausgefahren werden mussten“, sei es richtig, „in Gesundheitsschutz zu investieren, Vorsorge zu treffen, Überbrückungshilfen in einer nie gekannten Größenordnung zu realisieren, Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch in die Zukunft zu investieren“. Mit Blick auf die 39,5 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen, sagte Dennis Rohde (SPD): Dies sei gut angelegtes Geld, damit vor der Krise erfolgreiche Unternehmen

auch nach der Krise erfolgreich sein könnten und Arbeitsplätze erhalten bleiben. „Jeder Euro Wirtschaftshilfe, den wir heute leisten, ist Wirtschaftskraft von morgen, sind Steuereinnahmen von morgen.“ Laut FDP-Haushälter Dürr wird ein Großteil des Geldes aber nicht für Unternehmenshilfen aufgewendet. Viele mittelständische Unternehmen in Deutschland beklagten, dass das Geld nicht ankäme, sagte er. Die Software zur Auszahlung der Hilfen werde wahrscheinlich erst im Frühjahr des kommenden Jahres fertig programmiert sein, „ganz zu schweigen von der Bearbeitung der Anträge“, sagte Dürr, der die Verantwortung dafür bei Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) sieht. **Insolvenzen** „Niemand zuvor wurde auf eine Krise mit einem verordneten Stillstand des ganzen Landes reagiert, wenn man von vier autofreien Sonntagen im Zuge des Ölpreisschocks 1973 absieht“, beklagte der AfD-Haushaltsexperte Boehringer. Die massiven Auswirkungen der Lockdowns würden sich im kommenden Jahr zeigen. Zu rechnen sei mit zehntausenden Insolvenzen. Zudem werde die massenhafte Kurzarbeit in millionenfache Arbeitslosigkeit münden. Und das „wegen der völlig unverhältnismäßigen Reaktion der Regie-

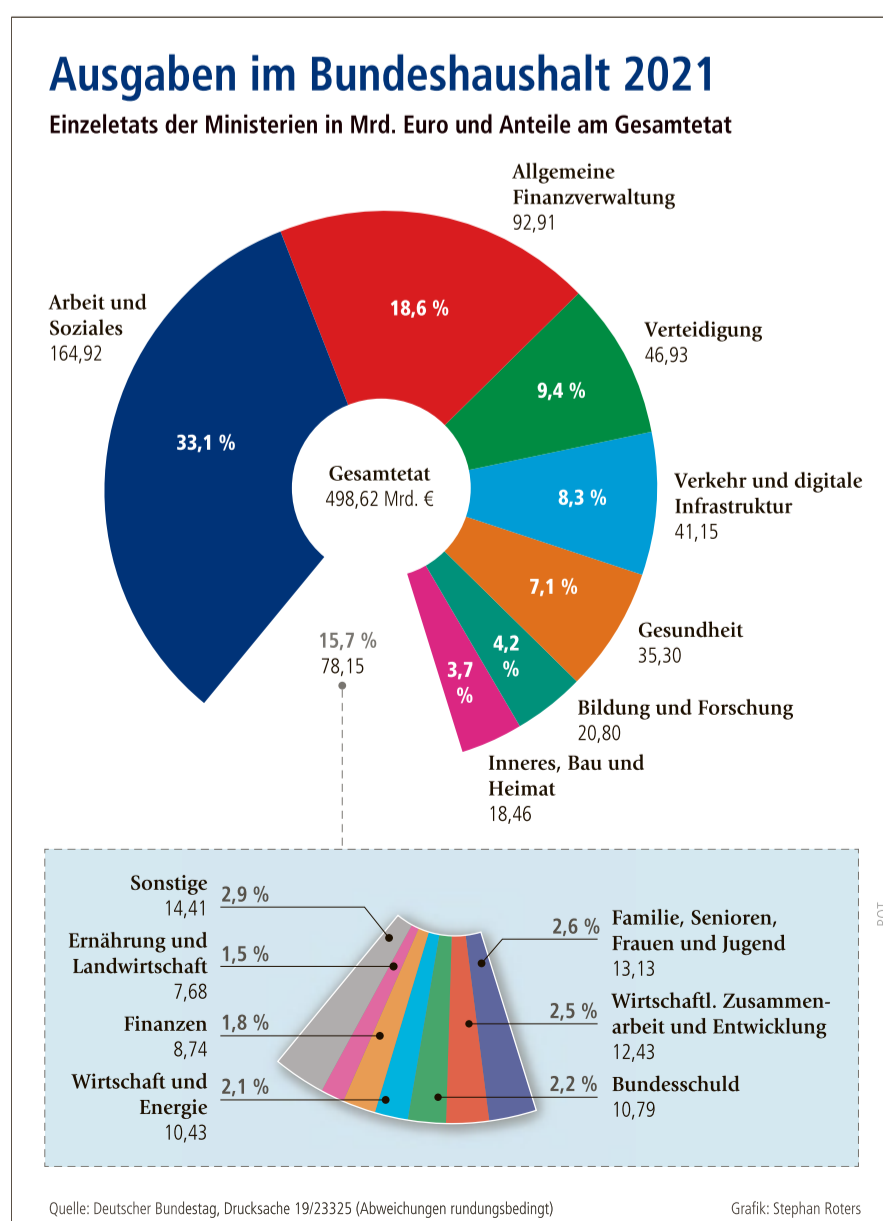
rung auf eine Infektionskrankheit, die der PCR-Text nicht nachweisen kann und die nur für eine minimal messbare Übersterblichkeit sorgt“, kritisierte Boehringer. SPD-Mann Rohde hielt dem die 18.709 Neuinfizierungen pro Tag und fast 20.000 Verstorbenen entgegen. „Was Sie mit Ihrer Rede gemacht haben, ist Beihilfe zur Masseninfektion und vollkommen unverantwortlich“, sagte der SPD-Abgeordnete. Sein Parteifreund Olaf Scholz (SPD) sieht indes Licht am Ende des wirtschafts- und finanzpolitischen Tunnels. Die wirtschaftliche Entwicklung sei besser als erwartet. „In vielen Bereichen sind wir sogar auf dem Vorkrisenniveau“, sagte der Bundesfinanzminister. Auch habe sich die Beschäftigung besser entwickelt als vorhergesehen. „Deutschland hat mit seiner massiven fiskalischen Antwort dazu beigetragen, dass wir auch ökonomisch und sozial durch diese Krise kommen“, betonte Scholz und kündigte an: „Wir werden den eingeschlagenen Weg fortführen.“ Götz Hausding

»Jeder Euro Wirtschaftshilfe heute, ist Wirtschaftskraft von morgen.«

Dennis Rohde (SPD)



| Einzelplan mit Vergleich zu 2020 (2. Nachtragshaushalt und ursprünglicher Haushalt) | | EINNAHMEN | | | AUSGABEN | | |
|---|--|--------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------|
| | | Haushalt 2021 in 1.000 € | 2. Nachtragshaushalt 2020 in 1.000 € | ursprüngl. Haushalt 2020 in 1.000 € | Haushalt 2021 in 1.000 € | 2. Nachtragshaushalt 2020 in 1.000 € | ursprüngl. Haushalt 2020 in 1.000 € |
| 01 | Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 193 | 193 | 193 | 44.650 | 44.691 | 44.691 |
| 02 | Deutscher Bundestag | 1.779 | 1.945 | 1.945 | 1.059.755 | 1.032.811 | 1.032.811 |
| 03 | Bundesrat | 86 | 56 | 56 | 41.189 | 39.449 | 39.449 |
| 04 | Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt | 3.502 | 2.902 | 2.902 | 3.652.407 | 4.385.165 | 3.385.165 |
| 05 | Auswärtiges Amt | 200.789 | 170.694 | 170.694 | 6.301.728 | 6.623.861 | 5.928.661 |
| 06 | Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | 1.195.621 | 1.206.020 | 1.206.020 | 18.457.714 | 15.688.285 | 15.052.728 |
| 07 | Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz | 624.777 | 614.777 | 614.777 | 957.461 | 919.734 | 919.734 |
| 08 | Bundesministerium der Finanzen | 620.446 | 318.670 | 318.670 | 8.742.340 | 7.916.447 | 7.866.447 |
| 09 | Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | 465.095 | 463.940 | 463.940 | 10.433.534 | 10.568.355 | 9.209.555 |
| 10 | Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft | 80.381 | 65.132 | 65.132 | 7.676.076 | 7.018.276 | 6.687.284 |
| 11 | Bundesministerium für Arbeit und Soziales | 1.813.314 | 2.111.042 | 2.111.042 | 164.920.480 | 170.682.386 | 150.221.886 |
| 12 | Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur | 8.085.379 | 8.572.956 | 8.582.956 | 41.154.472 | 36.783.457 | 31.048.457 |
| 14 | Bundesministerium der Verteidigung | 260.797 | 485.897 | 485.897 | 46.930.012 | 45.645.981 | 45.052.981 |
| 15 | Bundesministerium für Gesundheit | 102.691 | 93.617 | 93.617 | 35.299.023 | 41.250.354 | 15.350.354 |
| 16 | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit | 852.978 | 892.232 | 892.232 | 2.657.058 | 3.020.884 | 2.965.884 |
| 17 | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 199.048 | 245.848 | 245.848 | 13.128.091 | 13.628.263 | 12.055.263 |
| 19 | Bundesverfassungsgericht | 40 | 40 | 40 | 37.170 | 35.866 | 35.866 |
| 20 | Bundesrechnungshof | 3.925 | 3.907 | 3.907 | 168.882 | 163.135 | 163.135 |
| 21 | Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit | 85 | 61 | 61 | 31.537 | 26.846 | 26.846 |
| 23 | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 802.525 | 790.813 | 869.813 | 12.425.681 | 12.434.082 | 10.884.082 |
| 30 | Bundesministerium für Bildung und Forschung | 40.276 | 39.276 | 39.276 | 20.799.427 | 20.308.692 | 18.288.692 |
| 32 | Bundesschuld | 180.921.280 | 218.924.396 | 1.031.905 | 10.793.596 | 16.732.027 | 13.736.518 |
| 60 | Allgemeine Finanzverwaltung | 302.344.993 | 273.525.344 | 344.799.077 | 92.907.717 | 93.600.711 | 12.003.511 |
| SUMME | | 498.620.000 | 508.529.758 | 362.000.000 | 498.620.000 | 508.529.758 | 362.000.000 |



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen 19/13925 und 19/23325

Grafik: Stephan Roters

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/23325 (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

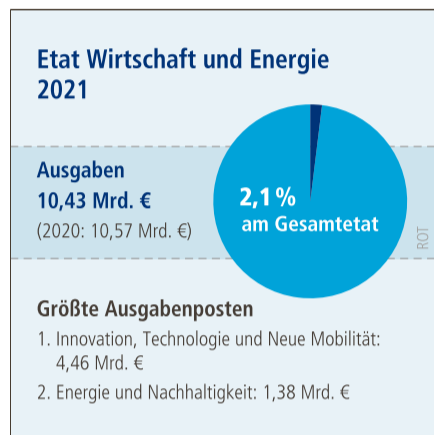
U ngeplante Ausgaben in Milliardenhöhe, Verzögerungen beim Mittelabfluss, Neuverschuldung: Für Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bedeutet das Zusammenfließen von Pandemielage und dem anstehenden Haushalt Kritik von vielen Seiten. Auch der Koalitionspartner SPD zeigte sich bei der Debatte über den Wirtschafts- und Energieetat enttäuscht über die Organisation von Unternehmenshilfen und wünschte sich „etwas mehr Tempo bei der Auszahlung“, wie es SPD-Fraktionsvize Sören Bartol im Bundestag in der vergangenen Woche formulierte. Angenommen wurde der Etat mit Koalitionsmehrheit. Bartol spielte auf die angesetzten Überbrückungshilfen für vom zweiten Lockdown betroffene Unternehmen und Selbstständige an; auch Wirtschaftsvertreter hatten zuletzt moniert, dass das Geld zu langsam ankomme. Wenig überraschend stimmte die Opposition in weiten Teilen ein: Altmaier betriebe das Gegenteil von verlässlicher Krisenpolitik, sagte Karsten Klein (FDP); die Grünen-Abgeordnete Anja Hajduk forderte eine Umstrukturierung mit Betriebskosten statt Umsatz als Maßstab für die Berechnung und einem zusätzlichen Unternehmerlohn

Mehr Tempo

WIRTSCHAFT Wenig Lob erntet der Minister für Etat und Corona-Hilfen. Steuern will er trotz Milliarden Mehrausgaben nicht erhöhen



Bundesminister Peter Altmaier (CDU) bei der Vorstellung der ersten Überbrückungshilfen im Sommer. © picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld



für Soloselbstständige. Thomas Lutze (Die Linke) monierte, Altmaier habe den kompletten Sommer verschlafen. Die Lufthansa mit mehr als acht Milliarden Euro zu retten, ohne dies an konkrete Bedingungen zu knüpfen, sei außerdem falsch, so Lutze. Die Urteile über die Schwerpunktsetzungen im Etat, der Ausgaben in Höhe von 10,43 Milliarden Euro vorsieht nach 10,57 Milliarden Euro 2020, fielen ähnlich aus: Volker Münz von der AfD fürchtete Steuererhöhungen als zwangsläufige Folge der Staatsverschuldung und forderte, die Transformation der Wirtschaft zu stoppen: Kein Abschalten der Kernkraftwerke, keine Subventionen für Elektroautos, keine Abgasnorm Euro 7 auf EU-Ebene. Letzteres würde nach Ansicht von Münz 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichten. Der FDP-Abgeordnete Klein sah in dem Etat das Fortschreiben von Verzögerungen. Für die Zukunftsprogramme für Automobilindustrie und Luftfahrt stünden 600 Millionen Euro im Einzelplan. „Kein einziger Euro wird in diesem Jahr aus diesem Programm verausgabt“, sagte Klein. Für 2021 sehe es nicht besser aus. Für die FDP sei das magische Wort „Wachstum“ – was durch treffsichere, schnelle und verlässliche Ausgabenpolitik erreicht werde.

Anders sah dies Heidrun Bluhm-Förster von der Linken und plädierte für eine Abkehr vom „Harakiri-Wachstum“. Sie möchte die Situation für einen Gesamtplan zum Wiederbeleben wirtschaftlicher Kernbereiche nutzen. Der Etat sei jedoch realitätsfremd: „Fortschreibungen hier, Anpassungen da, keine Innovation und letztlich auch keine Ansätze für eine nachhaltige Wirtschaftssteuerung.“ Bluhm-Förster forderte mehr Mittel für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen statt Entschädigung für Kraftwerksbetreiber im Zuge des Kohleausstiegs. Die Entschädigungszahlungen sollten in die Strukturförderung der betroffenen Regionen fließen. Hajduk (Die Grünen) thematisierte das auf Eis liegende Lieferkettengesetz. Es nicht umzusetzen, wäre verantwortungslos und kurzfristig, sagte sie. Bei dem Gesetz gehe

es nicht um eine Einschränkung von gutem wirtschaftlichem Handeln. Vielmehr müssten sich Verbraucher darauf verlassen können, dass Profite nicht durch Kinderarbeit oder Ausbeutung erzeugt werden – in ihren Augen eine Selbstverständlichkeit. Die Union verteidigte den Etat. Die Beratungen dazu seien mit der schwersten der vergangenen Legislaturperioden gewesen, sagte Andreas Matfeldt (CDU). Neben den Corona-Herausforderungen gelte es, Ziele wie Energiewende, Start-up-Förderung und die Transformation von Schlüsseltechnologien im Blick zu halten. Als wichtige Nachbesserungen im parlamentarischen Verfahren nannte er das Aufstocken des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand um 77 Millionen auf 636 Millionen Euro und 200 Millionen Euro mehr für die Luft- und Raumfahrt. Im Vergleich zum ursprünglichen

Entwurf der Bundesregierung liegt der Etat um 305,32 Millionen Euro höher. Für SPD-Mann Bartol ist der Etat Ausdruck auch eines klaren staatlichen Mitgestaltungswillens. „Wir wollen, dass sich Klimapolitik und Digitalisierung für die deutschen Unternehmen und die Arbeitnehmer rechnen.“ Er forderte einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Und der Minister selbst? Peter Altmaier gestand Fehler ein und warb um Verständnis. „Das ist etwas, was wir in 70 Jahren noch nie gemacht haben, dass wir Umsatzausfälle erstatten.“ Der CDU-Politiker bekräftigte das Festhalten am Ausbau erneuerbarer Energien und an Klimazielen. Er sprach sich bei all dem gegen Steuererhöhungen aus. Diese wären keine Erleichterung für die Staatsfinanzierung, sondern eine Erschwernis, sagte Altmaier. Kristina Pezzer

Fünf Euro fürs Homeoffice

STEUERN Ehrenamtstätigkeit wird steuerlich gestärkt

Wer im Homeoffice arbeitet, kann mit steuerlichen Erleichterungen rechnen. Der Finanzausschuss beschloss am Mittwoch auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD eine Ergänzung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Jahressteuergesetzes (19/22850). Danach können Steuerpflichtige für jeden Kalendertag, an dem sie ausschließlich in der häuslichen Wohnung arbeiten, einen Betrag von fünf Euro geltend machen. Es ist geplant, das Gesetz noch in diesem Jahr vom Bundestag zu verabschieden. Wie es in der Begründung des Änderungsantrages heißt, kann die Pauschale in den Fällen in Anspruch genommen werden, wenn die Voraussetzungen für den Abzug von Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer nicht vorliegen. „Erfüllt der häusliche Arbeitsplatz des Steuerpflichtigen nicht die Voraussetzungen für den Abzug von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer, kann der Steuerpflichtige einen pauschalen Betrag von fünf Euro für jeden Kalendertag abziehen, an dem er seine gesamte betriebliche oder berufliche Tätigkeit ausschließlich in der häuslichen Wohnung ausübt“, heißt es in dem Änderungsantrag. Gewährt wird die Pauschale nur für Tage, an denen die Tätigkeit ausschließlich in der häuslichen Wohnung ausgeübt wird. Sie ist auf einen Höchstbetrag von 600 Euro im Jahr begrenzt und soll in den Jahren 2020 und 2021 gewährt werden. Die Steuermindereinnahmen sollen bei 900 Millionen Euro liegen. Verlängert bis Ende 2021 wird mit dem Gesetz unter anderem die Regelung, nach der Arbeitgeberzuschüsse zum Kurzarbeitergeld steuerfrei bleiben. Bei der Besteuerung von Mieteinnahmen wird die Regelung für besonders günstig vermieteten Wohnraum verbessert. Bisher können Werbungskosten vom Vermieter in diesen Fällen nur dann geltend gemacht werden, wenn die Miete mindestens 60 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete beträgt. Diese Grenze sinkt auf 50 Prozent. Damit soll verhindert wer-

den, dass Vermieter aus rein steuerlichen Gründen Mieten erhöhen. Die von der Koalition eingefügten Änderungen betreffen eine ganze Reihe von Sachverhalten. So sollen Vereine und Ehrenamtliche gestärkt werden. Vorgesehen ist eine Erhöhung der sogenannten Übungsleiterpauschale ab 2021 von 2.400 auf 3.000 Euro und der Ehrenamtspauschale von 720 auf 840 Euro. Bis zu einem Betrag von 300 Euro wird ein vereinfachter Spendennachweis ermöglicht. In den Zweckkatalog der Abgabenordnung für gemeinnützige Organisationen werden die Zwecke Klimaschutz, Freifunk und Ortsverschönerung aufgenommen. Der bereits im Zweiten Corona-Steuerhilfe Gesetz auf 4.008 Euro erhöhte Entlastungsbetrag für Alleinerziehende war bisher befristet. Die Befristung wird aufgehoben, so dass die Erhöhung auch ab dem Jahr 2022 fortgilt. Weiterhin wird die steuerfreie Sachbezugs-grenze für alle Beschäftigten von 44 auf 50 Euro erhöht. Die Erhöhung gilt ab 2022. Die Steuermindereinnahmen werden auf 150 Millionen Euro beziffert. Für Sachbezugs-karten soll es eine Klarstellung durch das Finanzministerium geben. Eine Ergänzung nahm der Ausschuss bei der Steuerbefreiung für aufgrund der Corona-Krise an Arbeitnehmer gezahlte Beihilfen und Unterstützungen bis zur Höhe von 1.500 Euro vor. Die Steuerbefreiung war bisher bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Damit wäre ein im ersten Halbjahr 2021 ausgezahlter Pflegebonus nicht mehr steuerbegünstigt gewesen. Die Frist wird bis zum Juni 2021 verlängert. Damit haben Arbeitgeber mehr Zeit für eine steuerbegünstigte Abwicklung der Corona-Beihilfen. In der Begründung wird klargestellt, dass die Fristverlängerung nicht dazu führe, dass eine Corona-Beihilfe im ersten Halbjahr 2021 nochmals in Höhe von 1.500 Euro steuerfrei bezahlt werden könne. Lediglich der Zeitraum für die Gewährung des Betrages werde gestreckt. hle

Schuldenbremse gelöst

FINANZEN FDP scheidet mit Versuch der Kreditbegrenzung

Die Schuldenbremse kann gelöst werden. Dies beschloss der Bundestag auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD (19/22887, 19/24940) in der vergangenen Woche. Die Koalition begründet das weitere Aussetzen der Schuldenbremse mit den Folgen der Corona-Krise. „Auf Grund des Ausmaßes der andauernden Krise und der zu ihrer Bewältigung erforderlichen Maßnahmen besteht daher weiterhin eine außergewöhnliche Notsituation im Sinne von Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 des Grundgesetzes“, schreiben die Fraktionen. Im Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 und 7 heißt es: „Im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, können diese Kreditober-

grenzen auf Grund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden.“ Abgelehnt wurde ein Antrag der FDP-Fraktion (19/24969). Sie fordert eine drastische Reduzierung der Neuverschuldung des Bundes auf der Grundlage ihrer Vorschläge. Damit wäre es möglich, die Kreditaufnahme auf eine Höhe von 70,072 Milliarden Euro über der Regelgrenze des Grundgesetzes zu begrenzen. Nach Berechnungen der FDP-Fraktion liegt die von der Koalition geplante Kreditaufnahme um 164 Milliarden Euro über der Regelgrenze. Die Koalition nutze den zusätzlichen Kreditrahmen für diverse Ausgaben, die nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Bewältigung der Pandemie stehen würden, kritisiert die FDP-Fraktion. hle

Gelder in Rekordhöhe warten auf Abruf

AGRAR Der Landwirtschaftsetat wächst, doch die Opposition kritisiert den Mittelabfluss

Die Abgeordneten des Bundestages haben einen Rekordetat 2021 (19/22600) für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedet. Der Einzelplan 10, der Ausgaben in Höhe von 7,68 Milliarden Euro (2020: 7,02 Milliarden Euro) vorsieht, wurde mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von AfD, FDP, Die Linke und Grünen angenommen. Während die Koalitionsfraktionen den Mittelabfluss feierten, monierten die Oppositionsfraktionen den zähen Abfluss der Fördergelder und deren geringe Wirksamkeit. Die erneute Steigerung des Etats rügte Birgit Malsack-Winkemann von der AfD als zu hoch und dabei zu wenig wirksam. Die vorgesehene Erhöhung des Gesamtetats um eine Milliarde Euro innerhalb von drei Jahren sei schwer zu vermitteln, wenn zur selben Zeit die Landwirte angesichts der Milchkrise und allgemein steigenden Kosten nicht wüssten, wie sie über die Runde kommen sollen. Die Abgeordnete kritisierte zudem, dass von Einzelplan zu Einzelplan übertragbare Ausgabeposten steigen würden und in diesem Jahr mit einem Betrag von 612 Millionen Euro auf einem Höhepunkt angekommen seien. Dass diese Mittel in den kommenden Haushaltsentwürfen nicht mehr konkret ausgewiesen werden müssten, sei bedenklich. Die Corona-Krise setze die Landwirtschaftsbranche stark unter Druck. „Dies trifft ins-

besondere die Schweinehalter“, sagte Christian Haase (CDU). Dabei nahm er die Preispolitik des Handels ins Visier, die nicht umsonst zu Protesten bei den Landwirten führe. Auch Fraktionskollegin Gitta Conemann (CDU) sprach sich dafür aus, ein Notprogramm für Ferkelerzeuger aufzulegen. Mäster würden derzeit in den Ställen bei der Aufzucht ihrer Ferkel umsonst arbeiten, weil der Handel keinen fairen Preis zahle. Discounter dürften sich nicht ihrer Verantwortung entziehen, andernfalls müsse der Staat regulativ eingreifen. Für die Liberalen stellte Ulla Ihnen (FDP) fest, dass die Proteste der Landwirte von Jahr zu Jahr anhalten. „Aber Quantität ersetzt nicht die Qualität“, sagte Ihnen. Zwar gebe es mehr Hilfen, aber die Bauern würden nicht auf die Straße gehen, um mehr Förderanträge stellen zu wollen. So zeichne sich mittlerweile am Horizont das Insektenschutzgesetz ab, das zu neuen Auflagen und unvorhersehbaren Produktionsbedingungen und -kosten führen werde. Nun ge-

be es zwar 1,1 Milliarden Euro für die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), jedoch blieben jedes Jahr nicht abgerufene Mittel übrig. Susanne Mittag (SPD) thematisierte die finanzielle Ausstattung der Bundesforschungsanstalten, die sich mit Tierwohl und Klimaschutz beschäftigen. So gebe es mithilfe des Bundesprogramms Nutztierhaltung mit rund 38 Millionen Euro einen finanziellen Rahmen, der zu konkreten Verbesserungen führen soll. Mittag wies auf die besondere Anfälligkeit der Nutztierhaltung hin – mit Blick auf die Corona-Krise in den Schweineställen, den Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest und die Vogelgrippe. Nach Ansicht von Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke) sei es mit dem Etat nicht gelungen, die Belange der Landwirtschaft und Umwelt gemeinsam abzustimmen. So gebe es Förderprogramme und Geld genug, aber es gelinge nicht, mit den Mitteln eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen. Viel Geld bleibe ungenutzt, weil Förderprogramme und Bedarf oft nicht zusammenpassen würden. Die GAK beschränke sich nur auf die Zuweisung der Fördermittel an die Länder, aber ein System der Rechenschaft gebe es nicht. Ebenfalls einen schlechten Abfluss der Haushaltsmittel kritisierte Tobias Lindner (Grüne). Der Abgeordnete bewertete zwar den Plan für ein Stallumbauprogramm als gut, weil die landwirtschaftlichen Unternehmen Mittel bräuchten, damit diese Pläne unterstützt werden können. Aber ob solche Vorhaben in nur zwei Jahren, auf die das Programm begrenzt sei, umgesetzt werden können, sei fraglich. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) entgegnete ihren Kriti-



kern, dass ländliche Räume keine Kompensationsorte für die Wünsche einer städtischen Bevölkerung seien. Dass außerdem niemand mehr von der Aufgabe der Ernährungssicherung spreche, sei ein Zeichen von Hochmut. Die Ministerin verlangte, dass die Bauern auch seitens des Handels Fairness verdient hätten. Klöckner zeigte sich zuversichtlich, dass ein Verhaltenskodex Abhilfe schaffen könnte. So sollen Verbraucher auf einer Verpackung erkennen können, welcher Anteil den Landwirten vom Produkt zugutekomme. Während des Beratungsverfahrens nach der ersten Lesung angepasst wurden die geplanten Ausgaben für Maßnahmen zum Schutz vor Schäden durch den Wolf. Die dafür vorgesehenen 750.000 Euro wurden um über 300.000 Euro aufgestockt. Damit stehen für den Etatansatz über eine Million Euro Fördermittel zur Verfügung. Darüber hinaus sind 300.000 Euro als Budget für ein „Kompetenzzentrum Weidetierhaltung und Wolf“ eingeplant. Jan Eisel

Streitpunkt Wohnungsbau

BAUEN Die Opposition sieht im Etat falsche Schwerpunkte

Die Zielmarke liegt bei 1,5 Millionen. So viele Wohnungen will die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode bauen oder zumindest deren Bau auf den Weg bringen – und so bekräftigte es der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Günter Krings (CDU) in der Debatte über den Etat des Bundesinnenministeriums in der vergangenen Woche. Der Etat für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung ist Teil des Einzelplan 06, den der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD gegen das Votum der Opposition annahm. Indes schienen lediglich die Unionskollegen des Staatssekretärs ans Erreichen dieses Ziels zu glauben. Für die Opposition ist die Bundesregierung in dieser Frage krachend gescheitert; Redner der SPD-Fraktion äußerten sich nicht dazu. „Meilenweit“ werde man die Marke beim Wohnungsbau verpassen, befand Christoph Meyer (FDP) und stellte der Bundesregierung ein „Armutszeugnis“ diesbezüglich aus. Kläglich versagt hat die Regierung nach Ansicht von Linken-Vertreter Victor Perli beim Sozialwohnungsbau. Marcus Bühl (AfD) hielt gesteigerte Anstrengungen bei letzterem Aspekt für notwendig. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) vermisste Antworten auf drängende Problematiken rund um Mietwohnungen und die Frage einer neuen Gemeinnützigkeit. Auch über die übrigen Posten fällt die Opposition ein harsches Urteil, wengleich Bau- und Wohnungsthematiken in der Gesamtsprache über den Innenetat eher kurz kamen. Der FDP-Abgeordnete Meyer sah einen Widerspruch zwischen den enormen Ausgaben für das Baukindergeld und der geplanten Ausweitung eines Umwandlungsverbots für Eigentumswohnungen. Er prophezeite der Union, dass sie über kurz

oder lang mindestens für einen befristeten Mietendeckel stimmen werde. Der Weg dorthin sei nicht mehr weit; mehr Wohnungen entstünden dadurch aber nicht. Aus Sicht des Linken-Abgeordneten Perli fehlen fünf Millionen Sozialwohnungen bei weiter sinkendem Bestand. Er warf dem Ministerium vor, mehr Geld für externe Berater als für den sozialen Wohnungsbau auszugeben, was ihn fassungslos mache. In den vorangegangenen Beratungen hatten sich die Oppositionsfraktionen aus verschiedenen Gründen gegen das Baukindergeld ausgesprochen. Im neuen Haushalt sind für die Maßnahme 896,05 Millionen Euro vorgesehen (2020: 861,35 Millionen Euro); für Ulrich Lange (CSU) ist das Baukindergeld ein „Eigentums-Erfolgsmittel“. Er stellte zudem die 25 Millionen Euro extra für die Unterstützung von Innenstädten heraus, die zusätzlich in den Haushalt gestellt wurden. Corona sei ein Brandbeschleuniger für die Entwicklung in manchen Zentren, man werde Kräfte bündeln müssen. Dirk Wiese (SPD) mahnte an, dass man beim Thema Baugesetzbuch vorkommen müsse, um aktiv und präventiv als Sozialstaat handeln zu können. Für die Städtebauförderung generell plant die Regierung etwa 1,15 Milliarden Euro ein (2020: 1,01 Milliarden Euro). Insgesamt umfasst der Bereich „Wohnungswesen und Stadtentwicklung“ Ausgaben von knapp vier Milliarden Euro (2020: 3,36 Milliarden Euro), von denen 3,01 Milliarden Euro (2020: 2,53 Milliarden Euro) investiert werden sollen. Die Ausgaben für Wohngeld belaufen sich dabei auf 735 Millionen Euro (2020: 600 Millionen Euro), die für den Sozialen Wohnungsbau sollen auf 400 Millionen Euro steigen (2020: 150 Millionen Euro). pez



Ferkel sollen artgerecht aufwachsen. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Sowohl der Deutschen Bahn AG als auch der neuen Autobahn GmbH des Bundes billigt der Haushaltsausschuss mehr Mittel zu.

© picture-alliance/dpa/Sebastian Gollnow/Christoph Soeder/Collage: Stephan Roters

Geld an Sorgenkinder

VERKEHR Bundesverkehrsminister Scheuer kann 2021 41,15 Milliarden Euro ausgeben

Die Deutschen Bahn AG (DB AG) steckt tief in den roten Zahlen. Die zweite Corona-Welle verschärft die vorhandenen Probleme – vor allem im Fernverkehr – weiter. Alles in allem könnte sich der Konzernverlust in diesem Jahr auf rund 5,6 Milliarden Euro summieren. Gut, wenn man als Eigentümer den Bund hat, der seinerseits für 2020 und 2021 mit Schulden von 400 Milliarden Euro plant. Da fallen die 7,12 Milliarden Euro, die im Haushalt 2021 (19/22600, 19/23324) für die Eigenkapitalerhöhung der DB AG vorgesehen sind, nicht weiter ins Gewicht.

Bei der abschließenden Beratung des Einzelplans 12 (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) in der vergangenen Woche wurde die Finanzspritze, die laut Regierungsentwurf bei 1,12 Milliarden Euro liegen sollte und durch den Haushaltsausschuss um sechs Milliarden Euro erhöht wurde, dennoch kritisiert. FDP-Haushalter Christoph Meyer sieht darin eine „Wettbewerbsverzerrung zugunsten der DB AG“. Eine Senkung der Trassen-

preise hätte hingegen allen Wettbewerbern geholfen, befand er. Kirsten Lühmann (SPD) machte ein anderes Problem aus. In den sechs Milliarden seien große Corona-Hilfen enthalten, „die zum Teil von Brüssel noch nicht genehmigt wurden“. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), so Lühmanns Forderung, müsse dies nun zur Chefsache machen, „denn die Bahn braucht dieses Geld dringend“.

»Das muss Chefsache werden, denn die Bahn braucht dieses Geld.«

Kirsten Lühmann (SPD)

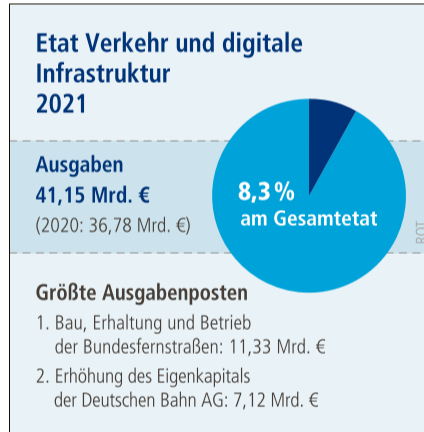
Insgesamt sieht der Etat Ausgaben in Höhe von 41,15 Milliarden Euro vor – 7,1 Milliarden mehr als noch im Regierungsentwurf geplant. Neben dem Bahnzuschuss erklären zusätzliche 400 Millionen Euro für die Autobahn GmbH des Bundes und 300 Millionen Euro für die ebenfalls durch Corona gebeutelte Deutsche Flugsicherung GmbH den Mehrbedarf.

Der größte Batzen mit 11,33 Milliarden Euro geht laut Haushaltsplan in Planung, Bau, Erhaltung und Betrieb der Bundesfernstraßen, wengleich der AfD-Verkehrsexperte Dirk Spaniel eine andere Rechnung aufmachte. Er verwies auf im Einzelplan 60 „versteckte“ neun Milliarden Euro an Regionalisierungsmitteln. Mithin lägen die

Ausgaben für den Verkehrsträger Schiene bei ungefähr 18 Milliarden Euro, rechnete er vor. Dem stünden jedoch Einnahmen aus dem Verkehrsträger Straße in Höhe von etwa 115 Milliarden Euro gegenüber – knapp die Hälfte der Gesamteinnahmen. „Dieser Bundeshaushalt lebt im Wesentlichen vom Auto und dem Autofahrer“, schlussfolgerte er. Das Geld der Steuerzahler werde aber „in ideologisch motivierten defizitären Projekten versenkt“. Wenn 80 Prozent der Güter und 90 Prozent der Personen auf der Straße transportiert werden, sei es eigentlich „gebotene Vernunft“, die Ausgaben für die Straße zu priorisieren.

Moratorium. Das sehen Linke und Grüne hingegen ganz anders. Der Linken-Haushaltspolitiker Victor Perli forderte mehr Unterstützung für den Ausbau der Schiene. Seit 1990 sei das Autobahnnetz um 2.000 Kilometer gewachsen. „In der selben Zeit ist das Bahnnetz um 6.000 Kilometer geschrumpft“, sagte er.

Sven-Christian Kindler (Grüne) bemängelte die „falsche, einseitige Prioritätensetzung für den Straßenbau“, die ein Grund dafür sei, dass die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich nicht zurückgingen. „Auch im Haushalt 2021 sollen wieder elf Milliarden Euro im Straßenbau verpulvert werden“, sagte der Grünenabgeordnete. Die Sanierung maroder Brücken sei richtig, so Kind-



talisierung der Schiene und die digitale Kupplung – wichtig für den Güterverkehr – seien aber ebenfalls platziert worden. Die SPD-Verkehrsexpertin Lühmann befand, die große Koalition habe in der gesamten Legislaturperiode seriöse Politik gemacht. „Wir haben gestaltet und Grundlagen geschaffen.“ Unter anderem durch den Bundesverkehrswegeplan, der erheblich mehr Geld für Sanierungen statt für den Neubau vorsähe. Damit sei die Grundlage dafür geschaffen worden, „dass der nächste Bundesverkehrswegeplan den Bahnausbau soweit fertig hat, dass tatsächlich der Verkehrsweg Schiene deutlich mehr Kapazitäten aufnehmen kann“, sagte Lühmann.

Autobahn GmbH Für Verkehrsminister Scheuer ist der Haushalt 2021 „die Garantie zum Durchstarten nach der Corona-Krise“. Mit dem ersten Tag im neuen Jahr gehe es weiter „mit viel Investitionen, viel Förderungen und vielen Innovationen“, kündigte er an. Bernd Reuther (FDP) hat da seine Zweifel. Er befürchtet eine Kostenexplosion bei der neuen Autobahn GmbH, deren Gründung vor zwei Jahren seine Fraktion unterstützt habe. „Was sich da aber abspielt, geht gar nicht“, befand der FDP-Abgeordnete. Die Integration der bisherigen Straßenplanungsgesellschaft DEGES sei krachend gescheitert.

Götz Hausding

KURZ NOTIERT

Weniger Geld für Bundespräsidialamt

Der Etat des Bundespräsidialamts (Einzelplan 01) umfasst Ausgaben von 44,65 Millionen Euro, das sind 61.000 Euro weniger als in diesem Jahr. Die Einnahmen werden auf 193.000 Euro beziffert, genau wie 2020.

Mehr Mittel für den Bundestag vorgesehen

Der Bundestag (Einzelplan 02) hat im kommenden Jahr etwas mehr Geld zur Verfügung. Mit 1,06 Milliarden Euro liegt der Etat um knapp 27 Millionen über dem des laufenden Jahres. Die Steigerungen ergeben sich überwiegend aus mehr Aufwendungen für Personalkosten. Die Einnahmen summieren sich auf 1,78 Millionen Euro.

Bundesrat darf mehr als 41 Millionen Euro ausgeben

Dem Bundesrat (Einzelplan 03) sollen im kommenden Jahr Mittel in Höhe von 41,19 Millionen Euro zur Verfügung stehen, etwas mehr als im laufenden Jahr. Die Einnahmen werden auf 86.000 Euro prognostiziert, 30.000 Euro mehr als 2020.

Höherer Etat für das Bundesverfassungsgericht

Im Etat des Bundesverfassungsgerichts (Einzelplan 19) sind im Haushalt 2021 Ausgaben in Höhe von 37,17 Millionen Euro eingeplant. Das Soll für 2020 liegt bei 35,87 Millionen Euro. Die Einnahmen werden mit 40.000 Euro dem Etat zufolge stabil bleiben.

Mehr Geld für das Bundesfinanzministerium

Im Etat des Bundesfinanzministeriums (Einzelplan 08) sind im kommenden Jahr Gesamtausgaben in Höhe von 8,74 Milliarden Euro (2020: 7,92 Milliarden Euro) vorgesehen. Die Personalkosten liegen bei 3,73 Milliarden Euro. Wesentliche Ausgabesteigerungen sind im Etat des Finanzministeriums zugeordneten Informationstechnikzentrens Bund vorgesehen. Für 2021 sind demnach Ausgaben in Höhe von 837 Millionen Euro geplant. Das Soll für 2020 liegt bei 690,4 Millionen Euro. Bei den Einnahmen sind im Entwurf für 2021 0,62 Milliarden Euro gegenüber 0,319 Milliarden Euro in diesem Jahr ausgewiesen.

h/e

Bundesrechnungshof und Datenschutz

Der Etat des Bundesrechnungshofs (Einzelplan 20) soll im kommenden Jahr auf 168,9 Millionen Euro steigen. Das entspricht einem Plus von 5,7 Millionen Euro im Vergleich zu diesem Jahr. Die Einnahmen des Bundesrechnungshofs werden mit 3,9 Millionen Euro veranschlagt und damit 18.000 Euro mehr als 2020. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (Einzelplan 21) darf 31,5 Millionen Euro ausgeben, 4,7 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Seine Einnahmen belaufen sich dem Etat zufolge auf 85.000 Euro, ein gutes Drittel mehr als 2020.

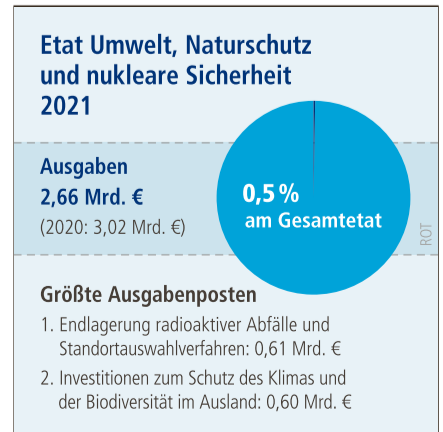
pez

Mehr Mittel für das Blaue Band

UMWELT Viel Oppositionskritik am Etat von Ministerin Schulze – Koalitionsfraktionen loben Aufstockung

Ist der Etat des Bundesumweltministeriums nun „Ausdruck der Klimaideologie“, wie Martin Hohmann (AfD) meinte? Oder zeugt es von der fehlenden Entschlossenheit der Bundesregierung, die drohende Klimakatastrophe durch entschiedene Maßnahmen zu verhindern, wie Sven-Christian Kindler (Grüne) erklärte? Zwischen diesen Polen verlief die Debatte um den Haushalts-Einzelplan 16, der Ausgaben in Höhe von 2,66 Milliarden Euro vorsieht und mit der Koalitionsmehrheit angenommen wurde. Mit dem Einzelplan 16 könne die Umweltpolitik so handeln, wie es von ihr erwartet werde, sagte Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) in der Debatte. Besonders hervor hob sie, dass der Haushalt ihres Ministeriums mehr Mittel im Kampf gegen Plastikmüll in den Meeren und für das Bundesprogramm Blaues Band (Renaturierung von Flüssen und Auen) vorsieht. Auch die Unterstützung von sozialen Diensten, die auf Elektrofahrzeuge umsteigen, und die Hilfe für Industriebetriebe, die zukunftsträchtige und klimaneutrale Technologien einführen, nannte Schulze als Erfolge. Diejenigen im Parlament, die nicht an den menschengemachten Klimawandel glaubten, würden die Koalition nicht daran hindern, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und eine treibhausgasfreie Gesellschaft zu erreichen, sagte die Ministerin weiter. Unschwer zu er-

raten, wen sie dabei im Blick hatte: Unmittelbar vor der Ministerin hatte AfD-Vertreter Hohmann die Umweltpolitik der Bundesregierung attackiert. An der „moderaten Erwärmung“, die seit einigen Jahrzehnten zu beobachten sei, werde die Klimaschutzpolitik nichts ändern, erklärte Hohmann. Statt die unvermeidliche Klimaveränderung zu bekämpfen, sollte die Bundesregierung das Geld seiner Ansicht nach besser für den Umwelt- und Naturschutz zur Verfügung stellen. „Wir brauchen endlich eine Bundesregierung, die das Pariser Klimaabkommen ernst nimmt und danach handelt“, sagte hingegen der Grüne Kindler. Wenn jetzt nicht gehandelt



werde, werde der größte Teil der Erde in wenigen Jahrzehnten „wahrscheinlich unbewohnbar“ sein. Er kritisierte, die Bundesregierung habe keinen Plan für den Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen. Zudem habe die Umweltministerin bei den Milliardenhilfen für Lufthansa und TUI keine klimapolitische Vorgaben durchsetzen können. Differenzierter fiel die Kritik andere Oppositionsfraktionen aus. Ulla Ihnen (FDP) bewertete es positiv, dass der Haushalt die Digitalisierung vorantreibt und erstmals Mittel für Investitionen in eine klimawandelgerechte Wasserversorgung bereitstelle. Auf der anderen Seite habe das Ministerium den Beschluss für eine Ökobilanz von Getränkeverpackungen nicht umgesetzt. Außerdem sei mehr Transparenz bei den Kosten der Projektträger nötig. „Viel Geld wird ins Schaufenster gestellt, aber nur wenig fließt ab“, kritisierte Ihnen mit Blick auf einzelne Programme.

In der Bereinigungssitzung sei einiges zum Positiven gewendet worden, räumte Heidrun Bluhm-Förster (Die Linke) ein. Trotzdem bleibe der Umweltetat das „Stiefkind der Koalition“, und die Bundesrepublik verspiele ihre selbsterklärte Vorreiterrolle beim Klima- und Umweltschutz. Den außerhalb des Umweltetats angesiedelten Energie- und Klimafonds (EKF) bezeichnete Bluhm-Förster als „gigantisches Bürokratiemonster“. Sie forderte, den EKF aufzulösen und den Hauptanteil

seiner Mittel dem Umweltressort zur Verfügung zu stellen. Einen detaillierten Blick auf einzelne Posten des Haushalts warfen die Redner der Koalitionsfraktionen. Ingo Gädchens (CDU) hob drei Punkte hervor: Gegenüber dem Entwurf des Bundeskabinetts sei es gelungen, die Mittel für den Naturschutz – speziell für die Bundesprogramme Biologische Vielfalt und Blaues Band Deutschland – zu erhöhen. Positiv sei auch, dass das Bundesamt für Strahlenschutz die nötigen Gelder für ein Kompetenzzentrum für das Mobilfunknetz 5G erhalte, um frühzeitig Ängsten entgegenzutreten zu können. Und schließlich gebe es jetzt den klaren Auftrag, eine Ökobilanz von Getränkeverpackungen vorzulegen. Auch Michael Thews (SPD) lobte die Aufstockung der Mittel für das Blaue Band-Programm. Ebenfalls erfreulich sei es, dass mehr Gelder für den Kampf gegen den Plastikmüll in den Weltmeeren bereitgestellt würden. „Wir haben nur eine Welt, und diese müssen wir schützen“, sagte Thews.

Christian Hunziker

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Bundeskanzler, Außenminister und deutsche Außenpolitik



Entscheidungsträger in der deutschen Außenpolitik
Führungseigenschaften und politische Überzeugungen der Bundeskanzler und Außenminister

Von Christian Rabini, M.A., Katharina Dimmroth, M.A., Prof. Dr. Klaus Brummer und Dr. Mischa Hansel
2020, 207 S., brosch., 44,- €
ISBN 978-3-8487-6784-7

Bundeskanzler und Außenminister prägen die deutsche Außenpolitik. Dieser Band geht den Fragen nach, welche Führungseigenschaften und politische Überzeugungen die deutschen Entscheidungsträger dabei anleiten und wie diese überhaupt systematisch erfasst werden können.

Nomos eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

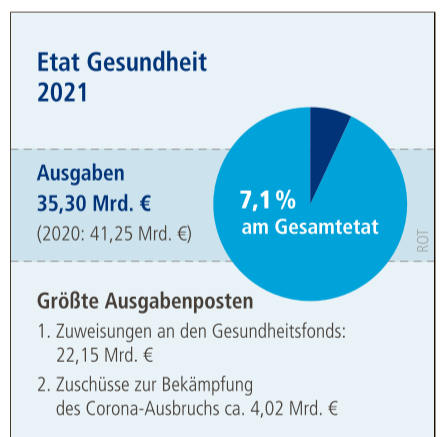


Der Gesundheitsetat für 2021 ist schwer gezeichnet von der Corona-Pandemie, die angesichts der dramatischen Infektionslage noch keineswegs abgeklungen ist. Die Ausgaben erreichen zwar nicht mehr das Rekordniveau von 2020, mit rund 35,3 Milliarden Euro liegen sie aber mehr als doppelt so hoch, wie ursprünglich einmal vorgesehen. Vor der Coronakrise kam das Gesundheitsressort mit rund 15 Milliarden Euro aus, seither ist alles anders. Immerhin gehen die Ausgaben 2021 im Vergleich zu 2020 um rund sechs Milliarden Euro zurück. Im laufenden Jahr erreicht der Etat einen Rekordstand von rund 41,25 Milliarden Euro. Dass von Normalität nicht die Rede sein kann, zeigt auch das Ergebnis der Haushaltsberatungen (19/23325) über den von der Bundesregierung vorgelegten Etatentwurf. In der sogenannten Bereinigungssitzung legte der Gesundheitsetat unter allen Ressorts am stärksten zu. Das Plus gegenüber dem ursprünglichen Ansatz lag bei rund elf Milliarden Euro (19/23324).

Zusatzbelastungen So werden die Zuwendungen an den Gesundheitsfonds, die in normalen Jahren bei 14,5 Milliarden Euro festgeschrieben sind, drastisch erhöht. Der Bund zahlt zum Ausgleich der pandemiebedingten Belastungen zusätzlich 7,65 Milliarden Euro an den Gesundheitsfonds, zusammen also 22,15 Milliarden Euro. Hinzu kommen zwei Milliarden Euro an Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser, die planbare Operationen verschieben und Intensivkapazitäten für Covid-19-Fälle aufstocken müssen.

Im Bereich der Prävention werden Zuschüsse in Höhe von rund vier Milliarden Euro zur allgemeinen Bekämpfung der Coronakrise bereitgestellt. Neu sind zwei Titel, die im günstigsten Fall auf eine Entspannung der Lage und die künftig bessere Beherrschung von Gesundheitsnotlagen hindeuten. So werden 750 Millionen Euro für eine nationale Reserve Gesundheitsschutz bereitgestellt und rund 2,67 Milliarden Euro an Zuschüssen für die zentrale Beschaffung von Impfstoffen gegen Sars-Cov-2. Ein Titel mit 90 Millionen Euro ist als Zuschuss „zur Förderung der inländischen Entwicklung und Produktion von Impfstoffen“ eingeplant.

Inzwischen hat die Ständige Impfkommission (STIKO) Empfehlungen gegeben mit Prioritäten zum erwarteten Start der Massenimpfung Anfang nächsten Jahres, denn in den ersten Monaten des Jahres 2021 wird noch nicht genug Impfstoff für alle bereitstehen. Demnach sollen zunächst ältere Menschen über 80 Jahre, Risikogruppen mit bestimmten Vorerkrankungen sowie Beschäftigte im Gesundheitswesen mit hohem Ansteckungsrisiko geimpft werden. Die Details werden in einer Rechtsverordnung festgelegt, die noch im Dezember in Kraft treten soll. Derzeit werden in den Ländern Impfzentren und angeschlossene mobile Impfteams organisiert. Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren.



Ein finanzieller Kraftakt

GESUNDHEIT Die staatlichen Ausgaben bleiben auf einem außergewöhnlich hohen Niveau



Die Briten haben vergangene Woche bereits mit Anti-Corona-Impfungen begonnen.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Victoria Jones

In der Schlussberatung über den Haushalt 2021 stimmten die Haushalter der Fraktionen darin überein, dass in der Coronakrise höhere Ausgaben für die Gesundheit unvermeidlich sind. Allerdings kritisierte die Opposition die aus ihrer Sicht falschen Weichenstellungen auf längere Sicht.

Höhere Beiträge Anja Hajduk (Grüne) sagte, die finanzielle Zukunft der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sei besorgniserregend. Die strukturelle Finanzlücke liege bei mehr als 16 Milliarden Euro, das wachsende Defizit könne nicht auf die Coronakrise geschoben werden. „Das ist kein Oppositionsdrama, das sind die Fakten.“ Nötig seien kostendeckende Beiträge für die Bezieher von Arbeitslosengeld II, eine Strukturreform der Krankenkassen und mehr Mittel für die Digitalisierung.

Auch Achim Kessler (Linke) warnte vor den Folgen der unzureichenden Finanzierung in der GKV. Um die Beiträge im Wahljahr 2021 stabil zu halten, müssten die Kassen insgesamt acht Milliarden Euro aus ihren Rücklagen für den Gesundheitsfonds bereitstellen. „Durch diesen Trick spüren die Versicherten 2021 noch nicht die Misswirtschaft der Bundesregierung“, sagte Kessler und fügte hinzu: „2022 sind explodierende

Zusatzbeiträge so sicher wie das Amen in der Kirche.“

Die FDP schloss sich der Kritik an. Wieland Schinnenburg (FDP) sagte, im kommenden Jahr würden acht Milliarden Euro von gut wirtschaftenden Kassen umgeschichtet, das gehe gar nicht. Der FDP-Haushälter Karsten Klein forderte eine personelle Stärkung des Robert-Koch-Instituts (RKI). Mit Blick auf die anstehenden Massenimpfungen sagte Klein, den Ländern müssten klare Vorgaben gemacht werden, wie das Impfen ablaufen sollte. Alle Impfstoffe, die zur Verfügung stünden, müssten auch genutzt werden.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) rechtfertigte den Zugriff auf die Kassenrücklagen. Die Beitragszahler sollten in dieser wirtschaftlich schweren Zeit nicht zusätzlich belastet werden. Spahn appellierte an die Bürger, inmitten der Coronakrise auf soziale Kontakte über Weihnachten und den Jahreswechsel möglichst zu verzichten. Er sagte voraus: „Es wird noch einmal spürbar schwerer, bevor es besser wird.“ Die Impfstoffe, die mit Milliardensummen aus dem Haushalt gekauft würden, seien „der Schlüssel zur Beherrschung des Virus“. Bis Mitte Dezember sollen die Impfvorbereitungen abgeschlossen sein.

Redner der AfD-Fraktion erneuerten ihren Vorwurf an die Regierung, wonach die Corona-Beschränkungen teilweise ungerechtfertigt seien und mehr Schaden als Nutzen verursachten. Detlev Spangenberg (AfD) kritisierte, die Einschränkung in Freiheits- und Grundrechte sei ein „perfides Spiel“. Viele Maßnahmen seien weitreichend, aber wirkungslos und ruinierten nur den Mittelstand. Für Schulen, die Infrastruktur, den Öffentlichen Gesundheitsdienst oder die Pflege sei über Jahre kein Geld vorhanden gewesen, jetzt werde eine exorbitante Neverschuldung in Kauf genommen.

Josef Rief (CDU) warnte die Bevölkerung davor, auf Leute zu hören, die das Virus verharmlosen wollten und fügte hinzu, letztlich sei die moderne Medizin die einzige Chance, Gesundheit und Leben der Menschen zu sichern. Sabine Dittmar (SPD) pflichtete bei: „Dieser haushalterische Kraftakt muss Hand in Hand gehen mit einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt.“ Als Ärztin, Politikerin und Bürgerin plädierte sie für einen härteren Lockdown. Es müsse jetzt gehandelt werden. Dittmar versprach: „Im Spätsommer können wir jedem, der will, einen Impfstoff anbieten.“ Das gebe Hoffnung nach diesem schwierigen Jahr. *Claus Peter Kosfeld*

Koalition preist Stärkung der Sicherheitsbehörden

INNERES 18,4 Milliarden für Seehofers letzten »Rekordetat«

Es wäre wohl die letzte Haushaltsrede gewesen, die Horst Seehofer zu einem Etat des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) gehalten hätte, doch es sollte nicht sein: Der Ressortchef, der nach der Legislaturperiode aus der Politik ausscheiden will, musste sich nach einem Kontakt mit einer positiv auf das Corona-Virus getesteten Mitarbeiterin seines Hauses vergangenen Mittwoch vorsorglich in Quarantäne begeben – einen Tag vor der Bundestagsdebatte über den BMI-Etat 2021. Dabei hätte der CSU-Politiker gerne zu dem Zahlenwerk gesprochen, wie sein parlamentarischer Staatssekretär Günter Krings (CDU) in der Debatte versicherte, auch weil sein Haushalt erneut auf ein Rekordniveau anwuchs.

Dabei erhalte der gesamte Geschäftsbereich des BMI 2.509 neue Stellen, womit man auch die im Koalitionsvertrag vereinbarten 7.500 zusätzlichen Stellen für die Sicherheitsbehörden erreiche, fügte Krings hinzu. Er wertete den BMI-Etat als „Haushalt für das Immunsystem unserer Demokratie“. Nie zuvor in der jüngeren Geschichte sei das Gemeinwesen „derart vielen verschiedenartigen Angriffen ausgesetzt“ gewesen wie derzeit, doch sei die Demokratie in Deutschland wehrhaft. Diese Wehrhaftigkeit werde man weiter stärken, weshalb der Extremismus in der Bundesrepublik keine Chance habe. Deutschland sei und bleibe Deutschland eines der sichersten Länder der Welt.

Unbesetzte Stellen Martin Hess (AfD) hielt dem abwesenden Minister dagegen eine „vernichtende“ Sicherheitsbilanz vor. Bei der Clankriminalität habe der Ressortchef „die Kontrolle verloren“. Zugleich liefen islamistische Gefährder frei im Lande herum. Zwar habe Seehofer angekündigt, die Abschiebung syrischer Gefährder zu prüfen, doch müsse jetzt auch „endlich gehandelt werden“. Zudem überschreite der Linksextremismus nach Behördeneinschätzungen bereits die Grenze zum Terrorismus. Doch statt den Linksextremismus zu bekämpfen, verschwende der Minister eine Milliarde Euro im Kampf gegen Rechts.

Christoph Meyer (FDP) kritisierte, dass Seehofer etwa bei der Digitalisierung eine „Großbaustelle“ hinterlasse. Zugleich bemängelte er, dass 18 Prozent der Stellen in Seehofers Verantwortungsbereich unbesetzt seien. Dies gelte nicht nur für die Bundespolizei, sondern „über alle Behördenstrukturen hinweg“. Auch bei der Ausstattung sei „viele auf der Strecke geblieben“. André Hahn (Linke) beklagte, dass Rechtsextremisten zunehmend staatliche Institutionen unterwanderten. „Fast im Wochenakt“ flögen rechte Gruppierungen bei der Polizei oder der Bundeswehr auf. Dabei sei die Kooperation zwischen Verfassungsschutz und Militärischem Abschirmdienst bei der Aufdeckung meist katastrophal gewesen, ohne dass Seehofer etwas unternähme. Stattdessen solle der Verfassungsschutz immer weiter aufgebläht werden, was „das völlig falsche Signal“ sei.

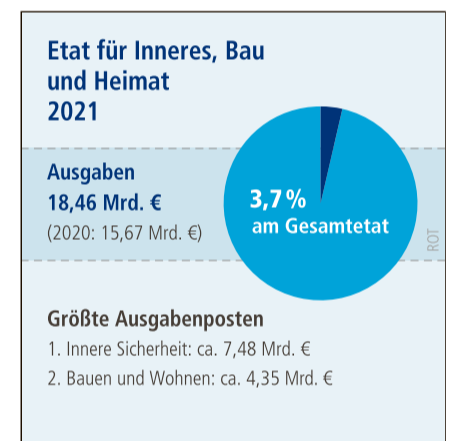
Tobias Lindner (Grüne) monierte, zwar handele es sich bei dem BMI-Haushalt um einen Rekordetat, doch seien in den Vorjahren 4,7 Milliarden Euro nicht ausgegeben worden. Damit nehme das Innenmi-

nisterium Rang zwei nach dem Verkehrsministerium ein, wenn es darum gehe, das Geld „nicht so auszugeben, wie es vorgesehen war“. Allein bei der Bundespolizei seien 8.500 Stellen unbesetzt, ohne dass die Regierungskoalition einen Plan habe, wie sie diese Stellen besetzt bekomme.

Martin Gerster (SPD) unterstrich, dass die Koalition mit dem Haushalt nochmals die Sicherheitsbehörden stärke. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart worden, bei den Sicherheitsbehörden zusätzliche 7.500 Stellen zu schaffen, doch würden sie mit dem Etat 2021 am Ende der Legislaturperiode 11.800 Stellen mehr haben. Dabei seien der Zoll und die Nachrichtendienste noch nicht mit eingerechnet. Hinzu kämen zahlreiche Investitionen zur Verbesserung der Ausstattung der Bundespolizei.

Auch Klaus-Dieter Gröhler (CDU) hob hervor, dass im BMI-Etat erneut ein Schwerpunkt auf der inneren Sicherheit liege. So erhielten die Bundespolizei zusätzlich 1.000 Stellen und das Bundeskriminalamt (BKA) 400 neue Stellen, um unter anderem die Clankriminalität zu bekämpfen. Zugleich gebe man zusätzliche 7,5 Millionen Euro für die persönliche Schutzausrüstung der Polizisten aus.

Deutlicher Zuwachs Der BMI-Etat für das kommende Jahr umfasst ein Ausgabenvolumen von knapp 18,46 Milliarden Euro und damit fast 2,79 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Die Einnahmen werden auf knapp 1,2 Milliarden Euro veranschlagt, was gegenüber 2020 einen Rückgang um 10,4 Millionen Euro bedeutet. Für



Personalausgaben sind im BMI-Etat 2021 insgesamt 5,04 Milliarden Euro vorgesehen und für sächliche Verwaltungsausgaben 4,57 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Investitionen werden auf 4,96 Milliarden Euro in 2021 beziffert und die Zuweisungen und Zuschüsse auf 4,15 Milliarden Euro.

Die beiden größten Ausgabenposten im Haushalt des BMI für das kommende Jahr sind dem Ministerium zufolge der Sicherheitsbereich mit gut 7,48 Milliarden Euro und der Baubereich mit fast 4,35 Milliarden Euro. Der in der Debatte mitberatene Haushalt des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Ulrich Kelber, sieht für 2021 Ausgaben in Höhe von gut 31,5 Millionen Euro vor nach gut 26,8 Millionen Euro in diesem Jahr. *Helmut Stoltenberg*

Impfstoffe und Nobelpreise als Lohn für guten Forschungsstandort

BILDUNG Ministerin Anja Karliczek (CDU) würdigt Arbeit der Wissenschaftler. Opposition rügt mangelhafte Strategien und ungleiche Bildungschancen

Noch nie ist im Bundeshaushalt so viel für Bildung und Forschung eingepplant worden wie für 2021: Rund 20,8 Milliarden Euro stehen der für diesen Politikbereich zuständigen Ministerin Anja Karliczek (CDU) im kommenden Jahr zur Verfügung (2020: 20,3 Milliarden Euro). In den Haushaltsberatungen wurde der Regierungsentwurf noch einmal um rund 561 Millionen Euro erhöht. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU/CSU und SPD und gegen das Votum der Opposition passierte der Etat in der Ausschussfassung (19/23355) vergangene Woche das Plenum.

Karliczek ging in ihrer Rede auch auf die Coronakrise ein und hob die bedeutende Rolle der Wissenschaft in dieser Ausnahmesituation hervor. „Die Stärke unserer Forschung gibt uns in diesen schwierigen Zeiten Grund zu Hoffnung und Zuversicht“, sagte sie in Anspielung auf die erfolgreiche Impfstoffforschung in Deutschland. Im Forschungsetat sind allein rund 8,2 Milliarden Euro für Innovationen und



Der deutsche Physik-Nobelpreisträger Reinhard Genzel

© picture-alliance/dpa/Peter Kneffel

die Hightech-Strategie 2025 (HTS 2025) vorgesehen. Die HTS 2025 soll die Förderung von Forschung und Innovation an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten mit Themen wie Gesundheit und Pflege, Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie, Mobilität, Stadt und Land, Sicherheit sowie Wirtschaft und Arbeit. Mit der Hightech-Strategie sollen technologische Innovationen schneller in die Praxis umgesetzt werden. Mit weiteren 7,4 Milliarden Euro will die Regierung die Wettbewerbsfähigkeit

der Wissenschafts- und Innovationsstruktur stärken (2020: 7 Milliarden Euro). Von dem Geld entfallen 1,8 Milliarden Euro auf den Hochschulpakt (2020: 1,7 Milliarden Euro). 400 Millionen Euro sind, wie auch schon im Vorjahr, für die Exzellenzstrategie zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten eingeplant, rund 106 Millionen Euro (2020: 7,5 Millionen Euro) für die Weiterentwicklung des sogenannten Bologna-Prozesses, also die europaweite Vereinheitlichung von Studi-

enabschlüssen und die Sicherung der Qualität von Hochschulen.

Nobelpreise In dem Zusammenhang würdigte Karliczek die diesjährige Verleihung von zwei Nobelpreisen an in Deutschland arbeitende Forscher. Den Chemie-Nobelpreis erhielt die Französin Emmanuelle Charpentier, die in Berlin die Max-Planck-Forschungsstelle für die Wissenschaft der Pathogene leitet. Der deutsche Astrophysiker Reinhard Genzel bekam den Nobelpreis für Physik zugesprochen. Karliczek sagte, Nobelpreise stünden für exzellente individuelle Forschungsleistungen, aber auch für den Forschungsstandort, der sie ermögliche. „Und unser Innovationsland ist solch ein Möglichmacher.“ Kerstin Radomski (CDU) ging auf die eingeplanten Ausgaben im Bereich Bildung ein und betonte, dass sich der Bund in den vergangenen Jahren im Bildungswesen finanziell stärker engagiert habe, obwohl Bildung eigentlich Ländersache sei. Sie sagte: „Wir helfen immer dann, wenn wir feststellen, dass es Schwierigkeiten im Bildungswesen gibt.“ Als Beispiel nannte sie die Übernahme der BaFöG-Kosten, berufliche Bildung, überbetriebliche Bildungsstätten und die Alphabetisierung. Swen Schulz (SPD) würdigte, dass der „Rettungsschirm

für Ausbildungsplätze weiter aufgespannt“ und die Nothilfe für Studenten gestärkt werde. Für das Bildungswesen und die Nachwuchsförderung sind 4,8 Milliarden Euro vorgesehen (2020: 5,3 Milliarden Euro).

Ungleiche Chancen Kritik an der Haushaltspolitik kam von der Opposition. Betina Stark-Watzinger (FDP) rechnete vor, dass nur 21 von hundert Kindern aus Nichtakademikerhaushalten es an die Universitäten schaffen und nur acht ein Masterstudium abschließen. In Deutschland

dauere es Generationen, bis Kinder aus einkommensschwachen Familien ein durchschnittliches Einkommen erzielen. Gesine Löttsch (Linke) zitierte eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), in der es um den Zugang zu Lernmitteln ging. Während des Lockdowns im Frühjahr hätten 36 Prozent der Gymnasien Fernunterricht eingerichtet, aber nur 25 Prozent der Haupt-, Real- und Gesamtschulen. Sie rügte: „Die Digitalisierung der Schulen kommt nicht nur langsam voran, sondern die digitale Spaltung und die soziale Spaltung gehen auch miteinander einher.“

Margit Stumpp (Grüne) warf der Ministerin vor, sie halte in der Coronakrise an ihren wenig engagierten, wenig praxisbezogenen und unwirksamen Maßnahmen für Schulen fest. Sie forderte 500 Millionen Euro für mobile Luftreinigungsgeräte. Götz Frömming (AfD) forderte eine Debatte nicht nur über Geld, sondern über Werte und erinnerte an die Ermordung des französischen Geschichtslehrers Samuel Paty, der unlängst einem islamistischen Anschlag zum Opfer gefallen war. Dies sei ein Angriff gewesen „auch auf unsere Werte, ein Angriff auf Bildung, Menschenwürde, Abendland, Aufklärung und Humanismus“. *Annette Rollmann*



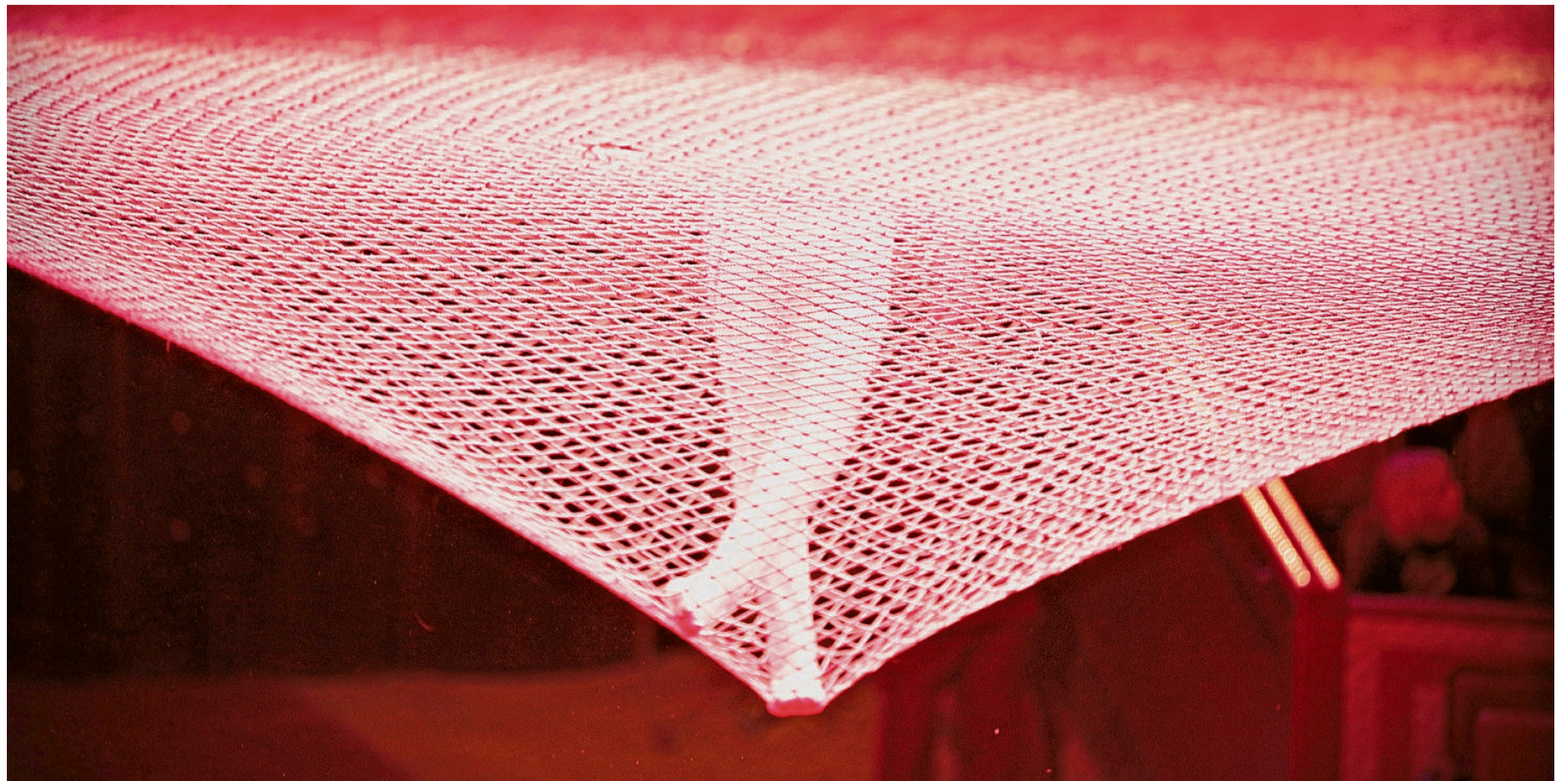
Mehr Geld für Justizressort

JUSTIZ Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz kann für seinen Bereich, zu dem auch die meisten obersten Gerichte sowie Behörden wie das Patent- und Markenamt gehören, im kommenden Jahr rund 38 Millionen Euro mehr als 2020 ausgeben. Das sieht der Einzelplan 07 (19/22600; 19/23311; 19/23324) für 2021 vor, den der Bundestag vergangene Woche mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen annahm. AfD, Grüne, FDP und Linke stimmten dagegen.

Den Ausgaben in Höhe von 957,46 Millionen Euro stehen Einnahmen in Höhe von 624,78 Millionen Euro gegenüber. Das entspricht einer Deckungsquote von mehr als 65 Prozent. Ursprünglich waren im Etatansatz Ausgaben in Höhe von 952,17 Millionen Euro vorgesehen.

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) betonte in ihrer Rede, dass es den Rechtsstaat nicht zum Nulltarif gebe. Der Anstieg der Ausgaben um 4,1 Prozent sei ein wichtiges Signal für einen starken Rechtsstaat angesichts der Corona-Krise. Lambrecht kündigte an, den Kampf gegen Rechtsextremismus mit großer Entschlossenheit fortzusetzen. Weitere Schwerpunkte seien die Stärkung des Verbraucherschutzes und der Kinderrechte sowie die Digitalisierung der Justiz. Die Opposition äußerte sich kritisch zu dem Entwurf des Justizhaushalts. Sie attestierte unter anderem Nachholbedarf beim Verbraucherschutz und bei der Digitalisierung.

Schwerpunkt des Haushalts sind Personalausgaben mit 593,24 Millionen Euro. Im Bereich der Verbraucherpolitik sieht der Plan leicht erhöhte Ausgaben in Höhe von 40,92 Millionen Euro vor. So können für Verbraucherinformationen 8,34 Millionen Euro (2020: 7,65 Millionen Euro) ausgeben werden. *Michael Wojtek*



Das soziale Netz ist in Deutschland weitaus dichter als in vielen anderen Ländern. Das bedeutet aus Sicht der Oppositionsfraktionen jedoch nicht, dass es keinen Reformbedarf gäbe.

© picture-alliance/SZ Photo/Johannes Simon

Schutz vor dem Aufprall

Zwei Milliarden für Grüters

KULTUR Der Etat von Kulturstatsministerin Monika Grütters (CDU) überspringt im kommenden Jahr erstmals knapp die Zwei-Milliarden-Euro-Marke. Die Haushalter hatten in ihren Verhandlungen den Haushaltsentwurf der Regierung noch um 170 Millionen Euro auf insgesamt 2,14 Milliarden Euro angehoben. Dies sei ein „wichtiges und gutes Zeichen in einer Zeit, in der nahezu die gesamte Kulturbranche am Boden liegt“, betonte Katrin Budde (SPD) in den Beratungen über den Kulturret, der im Haushalt des Bundeskanzleramtes angesiedelt ist. Auch Elisabeth Motschmann (CDU) erinnerte an die besonderen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie. Die Koalition habe schnell auf den ersten Lockdown reagiert: „Eine Milliarde Euro zusätzlich für den Kulturret, Soforthilfeprogramme, eine Gutscheinelösung, Ausfallhonorare, Überbrückungshilfen, erleichterten Zugang zu Hartz IV.“ Inzwischen sei auch die Überbrückungshilfe III zugesagt.

Die Opposition bewertete dies allerdings deutlich kritischer: Der Verweis auf Hartz IV sei „ein Hohn“ und werde von den freischaffenden Künstlern auch als solcher empfunden, hielt Simone Barrientos (Linke) der Koalition entgegen. Margit Stumpp (Grüne) bezeichnete es als „verstörend“, dass der Bund in mehr als 8.000 Fällen Anzeige gegen Solo-Selbständige, die Überbrückungshilfen erhalten haben, wegen Subventionsbetrugs erstattet habe. *aw*

SOZIALES Lob für den Sozialstaat in Krisenzeiten. Opposition vermisst dennoch Perspektiven

Die Sozialausgaben des Bundes sind seit vielen Jahren schon ein stetig wachsender Berg, vor allem wegen der steigenden Kosten für die Rente. Zu dieser Dauer-Herausforderung gesellt sich in diesem und nächsten Jahr die Corona-Pandemie, die dem Sozialstaat eine nochmals herausragende Rolle beschert. Darauf verwiesen alle Rednerinnen und Redner in der abschließenden Beratung des Haushaltsplans des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) am vergangenen Freitag. Mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD und gegen die Stimmen der Opposition votierte der Bundestag schließlich für den Einzelplan 11 des BMAS (19/22600; 19/23311; 19/23324) und machte damit den Weg frei für den größten Einzelposten im Bundeshaushalt.

»Aus den Erschütterungen ist kein soziales Erdbeben geworden.«
Hubertus Heil (SPD), Bundesarbeitsminister

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) bezeichnete den Anstieg des Etats im Zuge der Bereinigungssitzung um eine Milliarde Euro vor dem Hintergrund der Corona-Krise als teilweise nachvollziehbar. Sie kritisierte jedoch grundsätzlich, dass es nach wie vor keine saubere Finanzierung der Grundrente gebe. „Die Grundrente ist doch kein einmaliger Posten. Sie wird diesmal über Ein-

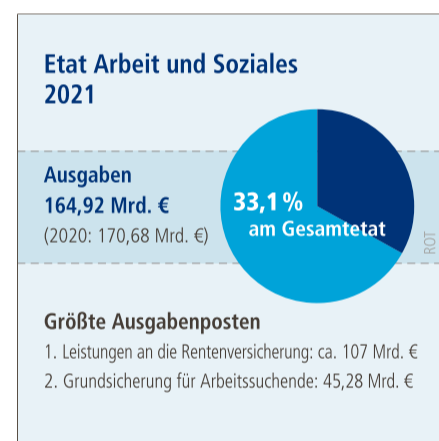
sparungen im eigenen Haushalt, über die globalen Minderausgaben, finanziert. Aber soll das dann immer so laufen?“, fragte Schielke-Ziesing.

Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) ging auf das Thema der Finanzierung der Grundrente gar nicht ein, sondern verteidigte sie vor dem Hintergrund der aktuellen Krise im Allgemeinen. Denn sei sie auch ein Zeichen an all jene, die „den Laden am Laufen halten“. Für diese Menschen sei es auch gut, dass der Mindestlohn zum 1. Januar 2021 steige. Heil kündigte an, es nicht dabei belassen zu wollen, sondern den Mindestlohn grundsätzlich weiterentwickeln zu wollen. Konkreter wurde er diesbezüglich jedoch nicht. „Bei uns hat die Pandemie die Wirtschaft schwer erschüttert, aber trotzdem ist daraus kein soziales Erdbeben geworden“, verteidigte der Minister den deutschen Sozialstaat.

Johannes Vogel (FDP) zeigte sich auch froh, dass der Bundestag durch seine Beschlüsse dafür gesorgt habe, dass die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt geringer waren als in anderen Ländern. Gleichwohl habe die Krise aber auch gezeigt, wo die Versäumnisse der vergangenen Jahre gelegen haben. So fehle bis heute ein „moderner Rechtsrahmen für mobi-

les Arbeiten“, und das Land sei bei der Digitalisierung in einem „erschreckenden Zustand“, so Vogel.

Auszubildende nicht vergessen Axel Fischer (CDU) warnte vor den Folgen eines erneuten harten Lockdowns, nachdem sich die Wirtschaft über den Sommer wieder stabilisiert habe. Er verwies zudem auf die schwierige Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Die aktuell gestiegene Zahl der Jugendarbeitslosigkeit sei ein Warnsignal, sagte er. Man müsse unbedingt verhindern, dass eine junge Generation heranwache, die durch Corona um ihre Chancen gebracht werde, betonte Fischer. Gesine Lötzsch (Die Linke) stellte fest: „Der Haushalt ist insgesamt nicht sozial gerecht, denn es gibt Gewinner und Verlierer. Das müssen wir ändern.“ Sie forderte einen Hartz-IV-Regelsatz von 658 Euro für einen Erwachsenen und einen Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde. Vor allem die Armutsquote der Rentner sei in den vergangenen Jahren dramatisch gestiegen, daran werde auch die Grundrente nicht ansatzweise etwas ändern, kritisierte Lötzsch. Der Schlüssel für mehr Gerechtigkeit liege in der Not zur Stelle sei. „Wir bauen den Sozialstaat in der Krise sogar noch aus“, betonte sie unter Hinweis auf die Grundrente. Sie nutzte ihre Rede, um für das Sozialstaatskonzept ihrer Partei zu werben, dessen Ziel es sei, einen „zugewandten Sozialstaat auf Augenhöhe“ zu schaffen, in dem die Menschen nicht als Bittsteller ihre Ansprüche geltend machen müssten. *Claudia Heine*



lungen, die derzeit durch Beitragsmittel der gesetzlichen Rentenversicherung bezahlt würden. Allein die Kosten der Mütterrente lägen bei elf Milliarden Euro, kritisierte sie und verwies darauf, dass auch die viel beschworene Rentenkommission „faktisch keine Ergebnisse“ zur Zukunft des Rentensystems geliefert habe. Katja Mast (SPD) sagte, viele Menschen würden jetzt merken, dass der Sozialstaat in der Not zur Stelle sei. „Wir bauen den Sozialstaat in der Krise sogar noch aus“, betonte sie unter Hinweis auf die Grundrente. Sie nutzte ihre Rede, um für das Sozialstaatskonzept ihrer Partei zu werben, dessen Ziel es sei, einen „zugewandten Sozialstaat auf Augenhöhe“ zu schaffen, in dem die Menschen nicht als Bittsteller ihre Ansprüche geltend machen müssten.

»Das Ende der Zeiten maßloser Wünsche«

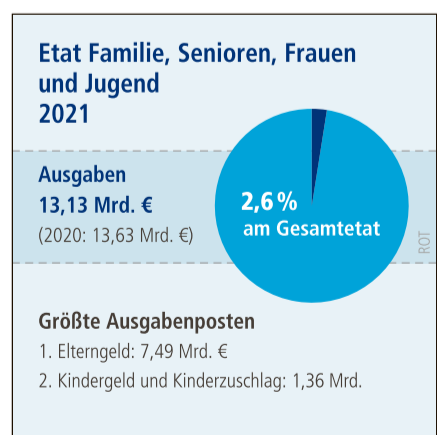
FAMILIE Rund 80 Prozent der 13,13 Milliarden Euro in Ministerin Giffey's Etat fließen in gesetzliche Leistungen

Eigentlich hätte die Familienministerin allen Grund zur Freude. Ihr Etat fällt im kommenden Jahr mit 13,13 Milliarden Euro ein ganzes Stück größer aus als ursprünglich geplant. 885 Millionen Euro zusätzlich bewilligten die Haushalter in den vergangenen Wochen bei ihren Verhandlungen. Allerdings sind mit 10,2 Milliarden Euro bereits annähernd 80 Prozent des Etats fest in den gesetzlichen Leistungen für Familien wie dem Elterngeld, dem Kindergeld und Kinderzuschlag sowie dem Unterhaltsvorschuss fest verplant.

Florian Oßner (CSU) lobte den Familienetat als „gelungen“. In den vergangenen 15 Jahren der unionsgeführten Bundesregierung habe sich der Familienetat „schier verdreifacht“. Allerdings sei angesichts der coronabedingten Neuverschuldung des Bundes auch klar, dass „die Zeiten der maßlosen Wünsche“ vorbei seien, wenn man die nachfolgenden Generationen nicht über Gebühr belasten wolle. Michael Leutert (Linke) wies darauf hin, dass diese gesetzlichen Familienleistungen, insbesondere das Elterngeld, an die Löhne gekoppelt seien und deshalb in den kommenden Jahren voraussichtlich noch ansteigen. Die mittelfristige Finanzplanung sehe aber vor, dass der Familienetat 2022 um rund 1,7 Milliarden Euro gesenkt wer-

den soll. Dies entspreche genau der Summe, die im kommenden Jahr für die Kinder- und Jugendpolitik aufgebracht werde. Wenn aber 80 Prozent des Etats in gesetzlichen Leistungen verplant seien, stelle sich die Frage, wo zukünftig das Geld für die Kinder- und Jugendpolitik herkommen soll, sagte Leutert.

Ganztagsbetreuung Scharfe Kritik an Familienministerin Giffey übte Ekin Deligöz (Grüne). Die Ministerin verspreche immer viel mit großen Überschriften, halte diese Versprechen aber nicht. So sei der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler noch immer nicht gesetzlich verankert. Die Verhandlungen mit den Bundesländern darüber seien schwer, dies liege aber auch daran, dass die Länder Giffey nicht mehr vertrauten. Sie habe beim Gute-Kita-Gesetz eine Verstärkung der Bundesmittel bis 2024 in der Finanzplanung versprochen. „Gekommen ist – nichts, gar nichts“, schimpfte Deligöz. Die gescholtene Ministerin wies die Kritik umgehend zurück. Der Bund sei mit dem Gute-Kita-Gesetz eine Verpflichtung in einer noch nie dagewesenen Größenordnung von 5,5 Milliarden Euro bis 2022 eingegangen, sagte Giffey. Und: „Der Bund wird auch über 2022 hinaus seine Verantwort-



tung für die Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung wahrnehmen.“

Rechtsextremismus Für Kontroversen sorgte einmal mehr auch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Die Mittel für das Programm werden um 35 Millionen auf 151 Millionen Euro erhöht. Nach Ansicht des AfD-Abgeordneten Volker Münz ist dies deutlich zu viel. Zusätzlich würden weitere 150 Millionen aus anderen Ressorts in die

Bekämpfung des Rechtsextremismus gesteckt, dabei seien Linksextremismus und Islamismus „nicht weniger bedrohlich“. Zudem würden mit dem Programm auch linksextremistische Gruppen gefördert. Svenja Stadler (SPD) hielt Münz entgegen, mit seiner Rede habe er bewiesen, wie wichtig der Kampf gegen Rechtsextremismus sei. Von diesem ginge die „größte Bedrohung für die öffentliche Sicherheit in Deutschland“ aus. In Teilen der Gesellschaft hätten „Hass, Hetze und Diskriminierung“ zugenommen. „Es beginnt oftmals in der frauenfeindlichen, rassistischen und menschenverachtenden Sprache und endet dann in Taten, wie wir sie in Halle und Hanau gesehen“, sagte Stadler. Christoph Meyer (FDP) monierte, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ keiner unabhängigen Gesamtevaluation unterzogen werde. „Deswegen wissen wir nicht, ob mehr Geld gut oder nicht gut eingesetzt ist im Kampf gegen Extremismus.“ *Alexander Weinlein*



DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit.com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832

Mir rund 47 Milliarden Euro steigen die Verteidigungsausgaben Deutschlands im kommenden Jahr auf einen neuen Höchstwert seit dem Ende des Kalten Kriegs. In der vergangenen Woche billigte der Bundestag den Etat von Verteidigungsministerin Annegret-Kramp-Karrenbauer (CDU) in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (19/23313, 19/23324) mit den Stimmen der Koalition gegen das Votum der Opposition. Die Haushälter des Bundestages hatte den Regierungsentwurf noch einmal um 120 Millionen Euro erhöht. Vor allem die Mittel für die Beschaffung von Munition und Bekleidung waren angehoben worden. Im Zentrum der Debatte über den Wehretat standen aber vor allem die großen Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr in den kommenden Jahren. Überlagert wurde die Debatte einmal mehr vom Streit über eine Bewaffnung der von Israel geleasten Heron-Drohnen. Erneut angefangen hatte die Diskussion um die sogenannte Kampfdrohne einen Tag zuvor ein Nicht-Parlamentarier. Der SPD-Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans hatte in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ geäußert, dass er die bisherige Debatte über die Bewaffnung der Drohnen für nicht ausreichend halte: „Die Grenze zwischen der Verteidigung von Leib und Leben unserer Soldaten und Töten per Joystick ist hauchdünn“, erklärte Walter-Borjans. Union und SPD hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, diese Frage erst nach „ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ zu entscheiden.

Mahnung an die SPD Der FDP-Parlamentarier Karsten Klein forderte in der Debatte die SPD auf, ihre „Blockadehaltung“ in der Drohnen-Frage aufzugeben. Die Entscheidung über die entsprechende 25-Millionen-Euro-Vorlage des Verteidigungsministeriums müsse noch in diesem Jahr getroffen werden, mahnte Klein. Auch Martin Hohmann (AfD) stellte klar, dass die Bundeswehr eine „bewaffnete unbemannte Luftunterstützung“ brauche. Es sei „ganz schlecht“, wenn der SPD-Vorsitzende darüber „noch ein weiteres Jahrzehnt palavern“ wolle.

Selbst die Gegner einer Drohnen-Bewaffnung übten Kritik am Kurs der SPD. Es sei „nicht aufrichtig“, wenn der SPD-Vorsitzende fordere, man bräuchte „noch eine Debatte und noch eine Debatte und noch eine Debatte“, monierte Tobias Lindner (Grüne). Seine Fraktion lehne die Bewaffnung der Drohnen zwar ab, aber „die Argumente in dieser Frage“ seien ausgetauscht. Michael Leutert (Linke) bescheinigte der SPD, sie lasse die Verteidigungsministerin „im Regen stehen“. Wenn die SPD sich darum sorge, dass durch Kampfdrohnen die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewaltanwendung sinke, dann müsse sie auch andere Waffensysteme mit großer Reichweite, bei denen „man



VERTEIDIGUNG Streit über Kampfdrohnen überlagert die Debatte über den 47 Milliarden Euro schweren Etat

Die Bundeswehr soll ein neues Sturmgewehr erhalten. Die Beschaffung ist derzeit aber ausgesetzt wegen juristischer Probleme im Vergabeverfahren. © picture-alliance/dpa/Patrick Pleul

auch nicht mehr durchs Zielfernrohr schaut, sondern Zielkoordinaten hat und aufs Knöpfchen drückt“, ablehnen. Ansonsten sei ihre Ablehnung „unglaublich“, hielt Leutert der SPD vor. Ministerin Kramp-Karrenbauer machte aus ihrem Unmut über den widerspenstigen Koalitionspartner dann auch keinen Hehl in der Debatte. Es sei zwar vollkommen richtig, „ernsthaft“ über Kampfdrohnen zu debattieren, aber diese Debatte werde bereits seit acht Jahren geführt. Das Verteidigungsministerium habe „bis auf Punkt und Komma“ alles erfüllt, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei.

Mangel an Hubschraubern Trotz der Kritik und Mahnungen wollte kein Redner aus den Reihen der SPD-Fraktion in der Debatte Stellung beziehen in der Drohnen-Frage. Sientje Möller (SPD) bekannte sich zwar ausdrücklich zur Entwicklung und Beschaffung der Eurodrohne – auch sie soll bewaffnungsfähig sein –, aber auf die Bewaffnung der Heron-Drohnen ging sie

ebenfalls wenig ein wie ihre Kollegen. Um so ausführlicher widmeten sich die Sozialdemokraten den Problemen im Verteidigungsministerium bei anderen Beschaffungsvorhaben. Als Beispiele benannten Möller und ihre Fraktionskollege Andreas Schwarz die Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs, das das G36 ablösen soll und eines neuen schweren Transporthubschraubers. Beide Vorhaben liegen derzeit auf Eis, im Fall des Gewehrs wegen juristischer Probleme im Vergabeverfahren zwischen Heckler & Koch und der Firma C. G. Haenel, die im Verdacht möglicher Patentverletzungen steht. Im Fall des schweren Transporthubschraubers, weil sich das Verteidigungsministerium bislang nicht zwischen dem CH-47 Chinook von Boeing und dem CH-53K von Sikorsky entscheiden konnte. Der Grund sind ständig steigende Kosten. Aber auch die Union macht sich Sorgen um zukünftige Rüstungsprojekte. Die Bundeswehr sei zwar im kommenden Jahr mit dem Haushalt „solide finanziert“, attestier-

te der Reinhard Brandl (CSU). Problematisch sei allerdings, dass die „Finanzlinie abknickt“, spricht die Verteidigungsetat in den kommenden Jahren nicht so stark anwächst, um beispielsweise das „Future Combat Air System“ (FCAS) zu finanzieren. Innerhalb dieses deutsch-französisch-spanischen Projektes soll unter anderem ein neues Kampfflugzeug entwickelt werden. Ungeklärt ist zudem die Zukunft des geplanten Taktischen Luftverteidigungssystems (TLVS), das auch der Abwehr von ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen dienen soll. „Das ist teuer, aber wir müssen es aus meiner Sicht machen“, plädierte Brandl. Dieser Forderung erteilte Tobias Lindner (Grüne) eine deutliche Absage. Die Bundeswehr verfüge über eine bodengestützte Luftverteidigung, die allerdings modernisierungsbefürdig sei. Solange es aber an dem dringend benötigten Transporthubschraubern fehle, sei das TLVS mit geschätzten Kosten von acht Milliarden Euro die falsche Priorität. *Alexander Weinlein*

»Migrationsdruck abmildern«

AUSWÄRTIGES Dickes Plus bei humanitärer Hilfe

Mit mehr als zwei Milliarden Euro ist Deutschland inzwischen zum weltweit zweitgrößten Geber humanitärer Hilfe aufgestiegen. Mit Ausnahme der AfD begrüßten alle anderen Fraktionen in den Schlussberatungen zum Außen-Etat 2021 vergangene Woche die neuerliche Steigerung dieser Hilfen. Die anderen Oppositionsfraktionen machten allerdings deutlich, dass sie die deutsche Außenpolitik mit diesem Haushalt in vielen Punkten nicht gut aufgestellt sehen. 6,3 Milliarden Euro stehen dem Ressort von Außenminister Heiko Maas (SPD) im kommenden Jahr zur Verfügung. Das sind etwa 322 Millionen Euro weniger als im laufenden Haushaltsjahr, allerdings rund 260 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf für ursprünglich vorgesehen war (19/22600,9/23305 sowie 19/23324). Für den Einzelplan stimmten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, die Oppositionsfraktionen lehnten ihn geschlossen ab.

Birgit Malsack-Winkemann (AfD) kritisierte die Zuschüsse für die Aktivitäten der parteinahen Stiftungen im Ausland. Es gebe mit 227 staatlichen Auslandsvertretungen genug politisch neutrale Repräsentanz im Ausland, argumentierte sie und fragte, ob es sich bei der Arbeit der Stiftungen nicht „in Wahrheit um die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“ handle. Außerdem wandle sie sich gegen 170 Millionen Euro für Afghanistan im zivilen Bereich. Afghanistan sei ein Land, das bei Korruption und Drogenexport führend sei und „in dem unsere Helfer täglich mit Angriffen der Taliban rechnen müssen“, sagte Malsack-Winkemann. „Was wollen wir da?“

Doris Barnett (SPD) hob den hohen Stellenwert der humanitären Hilfe und der Krisenprävention hervor, die zusammen mit 2,54 Milliarden Euro im Etat abgebildet seien. Dass dieses Geld gut angelegt sei, begreife jeder, der das Elend weltweit wahrnehme und verstehe, „dass wir damit auch den Migrationsdruck abmildern“, argumentierte sie. „Kein Mensch gibt freiwillig seine Heimat auf, außer er oder sie wird – oft mit Gewalt – vertrieben oder die Lebensgrundlagen sind umweltbedingt vernichtet.“ Menschen, die frei, ohne Angst und mit der Gewissheit leben, dass sie in ihrem Land fair und gerecht behandelt werden, würden in ihrer Heimat bleiben und ihr Land voranbringen. „Dabei wollen wir sie unterstützen.“

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) warf der Außenpolitik der Bundesregierung Passivität und Orientierungslosigkeit vor. So habe die Regierung den „großen Aufschlag“ des französischen Präsidenten Emmanuel Macron 2017 zur gemeinsamen Handlungsfähigkeit Europas im Sande verlaufen lassen. Lambsdorff kritisierte zudem das Pipeline-Projekt Nord Stream 2, das er als „diplomatisches Debakel erster Güte“ bezeichnete. Nicht nur der US-Kongress, auch Polen, Skandinavien und Baltien sähen in dem Projekt eine Verletzung nationaler Interessen. „Trotzdem tut die Bundesregierung nach wie vor so, als ob es sich um ein privatwirtschaftliches Projekt handelte.“

Alois Karl (CSU) zeigte sich angesichts der enormen Neuverschuldung im Zeichen der Coronakrise beunruhigt: „Das macht einen natürlich schon ein wenig nervös.“ Er wandte sich gegen die Praxis der Ministerpräsidenten

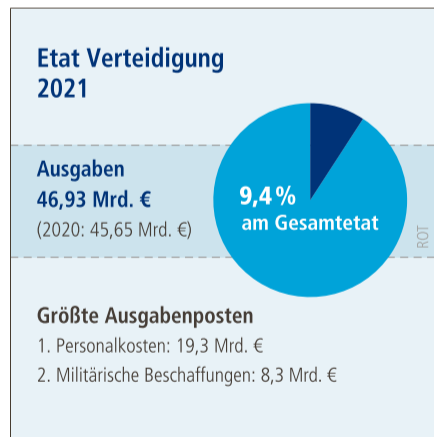
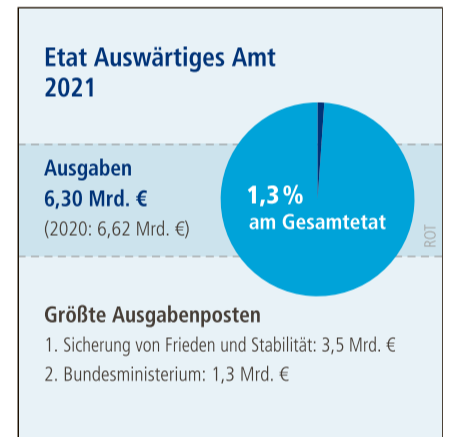
der humanitären Hilfe. „Aber besser wäre es doch, wir bräuchten die Gelder dafür überhaupt nicht. Was wir nämlich machen, ist: Wir rennen den Entwicklungen hinterher, spielen Feuerwehr, und letztendlich kaufen wir uns nur von der Verantwortung frei.“ Auch Ekin Deligöz (Grüne) warf Außenminister Maas vor, an Symptomen zu doktern, statt an die Ursachen zu gehen. Die Klimakrise sei mittlerweile einer der größten Treiber für humanitäre Krisen geworden, eine „Klimaaußenpolitik“ als Antwort darauf bleibe aber aus. Auch für das Anliegen einer feministischen Außenpolitik habe der Minister oft nur „warme Worte“ übrig. Und

der humanitären Hilfe. „Aber besser wäre es doch, wir bräuchten die Gelder dafür überhaupt nicht. Was wir nämlich machen, ist: Wir rennen den Entwicklungen hinterher, spielen Feuerwehr, und letztendlich kaufen wir uns nur von der Verantwortung frei.“ Auch Ekin Deligöz (Grüne) warf Außenminister Maas vor, an Symptomen zu doktern, statt an die Ursachen zu gehen. Die Klimakrise sei mittlerweile einer der größten Treiber für humanitäre Krisen geworden, eine „Klimaaußenpolitik“ als Antwort darauf bleibe aber aus. Auch für das Anliegen einer feministischen Außenpolitik habe der Minister oft nur „warme Worte“ übrig. Und

»Letztlich kaufen wir uns nur von der Verantwortung frei.«

Michael Leutert (Die Linke)

der humanitären Hilfe. „Aber besser wäre es doch, wir bräuchten die Gelder dafür überhaupt nicht. Was wir nämlich machen, ist: Wir rennen den Entwicklungen hinterher, spielen Feuerwehr, und letztendlich kaufen wir uns nur von der Verantwortung frei.“ Auch Ekin Deligöz (Grüne) warf Außenminister Maas vor, an Symptomen zu doktern, statt an die Ursachen zu gehen. Die Klimakrise sei mittlerweile einer der größten Treiber für humanitäre Krisen geworden, eine „Klimaaußenpolitik“ als Antwort darauf bleibe aber aus. Auch für das Anliegen einer feministischen Außenpolitik habe der Minister oft nur „warme Worte“ übrig. Und



Globales Krisenmanagement

ENTWICKLUNG Der Etat von Ressortchef Müller (CSU) bleibt auf Rekordhoch. Für eine Impfkampagne in den Entwicklungsländern fehlen weltweit jedoch Milliarden

Als einer der wenigen Etats im Bundeshaushalt 2021 wird der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im kommenden Jahr sinken – wenn auch nur geringfügig um zehn Millionen Euro. Trotzdem bleibt er auf Rekordhöhe: Laut dem vom Haushaltsausschuss abgeänderten Einzelplan 23 (19/22600, 19/23320, 19/23324) soll Ressortchef Gerd Müller (CSU) rund 12,43 Milliarden Euro ausgeben dürfen. Mit geplanten Investitionen in Höhe von 8,6 Milliarden Euro bleibt der Etat der zweitgrößte Investitionshaushalt des Bundes. Für den Einzelplan stimmten vergangene Woche nur die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD. Die Oppositionsfraktionen lehnten ihn einhellig ab. Dass der Etat des BMZ sich in den vergangenen sieben Jahren fast verdoppelt habe, sei auch das persönliche Verdienst von Müller, lobte Carsten Körber (CDU). In 2021 würden sich die Schwerpunkte weg von unmittelbarer Krisenhilfe inmitten der

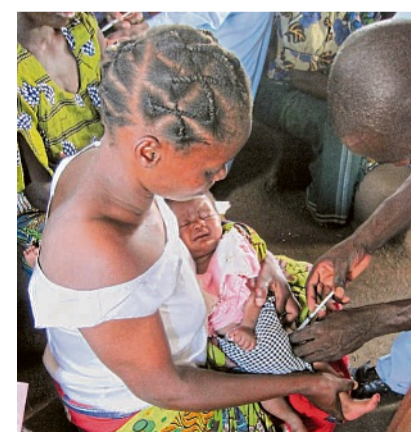
Corona-Pandemie hin zu langfristigen Stabilisierungsmaßnahmen verschieben, ergänzte er. „Der Bedarf ist immens und durch die Pandemie noch größer geworden.“ So gelte es, die Länder des globalen Südens beim Kauf und der Verteilung eines Corona-Impfstoffs zu unterstützen. Für die SPD betonte Sascha Raabe, 2021 werde Deutschland erstmals das 1970 gegebene internationale Versprechen einlösen, den Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklung (ODA-Quote) auf 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts zu erhöhen. Dem stehe allerdings gegenüber, dass die Entwicklungsausgaben laut mittelfristiger Finanzplanung in den Folgejahren wieder sinken sollen. „Geld ist aber auch nicht alles“, sagte Raabe. Die globalen Rahmenbedingungen müssten sich ebenfalls verändern. Es brauche fairen Handel und eine Ende der Blockade des von Müller und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Sommer vorgelegten Lieferkettengesetzes durch das Wirtschaftsministerium.

Das Lieferkettengesetz soll im Ausland tätige deutsche Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte, von internationalen Arbeitsnormen und Umweltstandards verpflichten. Auf seine Einführung pochten auch Michael Leutert (Die Linke) und Anja

Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen) sowie Ressortchef Müller, der es am liebsten noch vor Weihnachten beschließen will. Leutert stellte wie Sascha Raabe zudem klar, dass es nicht reiche, immer noch mehr Geld zu mobilisieren. Bei Handel und Konsum brauche es „ein Umdenken auch bei uns selbst“. Grünen-Politikerin Hajduk warnte, durch den „Absturz“ des Entwicklungsetats laut mittelfristiger Finanzplanung werde die Planungssicherheit und die Rolle Deutschlands als zuverlässiger Partner in der Entwicklungszusammenarbeit aufs Spiel ge-



setzt. Außerdem kommen ihr im aktuellen Etat die Gleichstellung von Frauen und Mädchen, die Förderung der Agrarökologie und Maßnahmen für den internationalen Klimaschutz zu kurz. Kritisch wertete sie wie auch Christoph Hoffmann (FDP), dass das BMZ im kommenden Jahr wieder mehr auf bilaterale Hilfen setzen will, statt weiter vor allem auf multilaterale Zusammenarbeit etwa im Rahmen der Vereinten Nationen (UN) zu bauen. Hoffmann bemängelte außerdem die Fortführung der zahlreichen BMZ-Sonderinitiativen und die Aufrechterhaltung von Doppelstrukturen durch insgesamt 14 mit Entwicklungszusammenarbeit befassten Ministerien. Volker Münz (AfD) urteilte, Deutschland könne für Entwicklungszusammenarbeit „zehnmal so viel und noch mehr ausgeben, es wäre nie genug.“ Despotismus, Korruption, Kriege und das starke Bevölkerungswachstum seien verantwortlich dafür, dass es Afrika und anderen Regionen so schlecht gehe. Er forderte einen stärkeren Fokus auf wirtschaftliche Zusammenarbeit „in Kooperation mit der deutschen Wirtschaft“ sowie eine Konzentration auf gezielte Projekte in weniger Ländern. Demgegenüber zeigte sich Entwicklungsminister Müller zufrieden mit dem Haus-



Impfprogramm in Malawi

haltsbeschluss. Unter anderem werde das Drei-Milliarden-Euro-Coronahilfsprogramm weitergeführt und damit ein Zeichen der Solidarität gesetzt. Für den Zugang zu Impfstoffen und die Vorbereitung einer Impfkampagne fehlten in diesem Jahr jedoch 4,5 Milliarden Euro weltweit, stellte er klar. „Notwendig ist ein globales Krisenmanagement“, urteilte Müller. 800 Millionen Kinder können derzeit nicht zur Schule gehen. Fehlende Medikamente gegen Aids, Tuberkulose oder Malaria führten dazu, dass durch den Lockdown zwei

Millionen Menschen sterben würden – „zusätzlich zum Virus“.

Deutliches Plus Um Entwicklungsländer und internationale Organisationen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie besser unterstützen zu können, hatte die Bundesregierung bereits im laufenden Jahr die Entwicklungsausgaben aufgestockt; mit dem zweiten Nachtrag zum Bundeshaushalt kamen Mitte Juni 1,55 Milliarden Euro dazu. 2021 soll dieses Niveau beibehalten werden. In der Beratungssitzung beschloss der Haushaltsausschuss auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD unter anderem, die deutsche Beteiligung am Welternährungsprogramm um 21,99 Millionen Euro auf 50 Millionen Euro sowie die Mittel für den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) von 22,1 Millionen Euro auf 48 Millionen zu erhöhen. Auch brachten sie einen neuen Titel, die „Förderung langfristiger Vorhaben der Zivilgesellschaft“, mit einem Baransatz von 50 Millionen Euro und einer Verpflichtungsermächtigung von hundert Millionen Euro aus. Im Gegenzug kürzten die Haushälter etwa die Zuschüsse für die Bilaterale Finanzielle Zusammenarbeit um knapp 62 Millionen Euro. *Johanna Metz*





UN-Generalsekretär Antonio Guterres (links) am 21. September bei seiner Rede zum 75. Jahrestag der Vereinten Nationen in New York. Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele („Agenda 2030“, rechts oben) gehört zu den größten Herausforderungen der Staatengemeinschaft, die ihre Beschlüsse im Weltwirtschaftsrat (unten rechts) fasst. Ihm gehörte in den vergangenen zwei Jahren als nichtständiges Mitglied auch Deutschland an.



Die Menschheitsaufgabe

UN Zum 75. Jubiläum gibt es einen Überschuss an Problemen – und einen Mangel an multilateralen Lösungen

Für den 75. Geburtstag der Vereinten Nationen hatte sich António Guterres zweifellos bessere Zeiten gewünscht. Trotzdem betonte der UN-Generalsekretär zur Eröffnung der UN-Vollversammlung am 21. September vor den virtuell zugeschalteten Staats- und Regierungschefs zunächst die Erfolge des Staatenbunds: Ein dritter Weltkrieg sei verhindert worden, Kolonien befreit, die Apartheid besiegt und Millionen Menschen durch humanitäre Hilfe gerettet worden – unter anderem. Dennoch bleibe Entscheidendes zu tun. So sei das Schaffen von Gleichberechtigung eine der größten menschenrechtlichen Herausforderungen. „Der Klimakollaps steht bevor. Die Artenvielfalt kollabiert. Die Armut steigt wieder. Hass breitet sich aus. Geopolitische Spannungen nehmen zu.“ Auch 2020 finde sich die Welt nur einen Wimpernschlag von einem möglichen Einsatz von Nuklearwaffen entfernt, während digitale Technologien Chancen, aber auch neue Bedrohungen geschaffen hätten. Schließlich habe die Corona-Pandemie die Verletzlichkeit der Welt offenbart. Guterres' Bilanz: „Wir haben heute einen Überschuss an multilateralen Bedrohungen und ein Defizit an multilateralen Lösungen.“

»**Neuanfang**« Mit dem Ziel, gemeinsam als Weltgemeinschaft nach Lösungen zu suchen, hatten Vertreter von 50 Staaten in San Francisco die UN-Charta ausgehandelt, die am 24. Oktober 1945 in Kraft trat. Die meisten Staaten lagen damals noch in den Trümmern, die der zweite Weltkrieg hinterlassen hatte. Nur wenige Monate später, am 17. Januar 1946, eröffnete der Australier J.O. Makin die erste Sitzung des UN-Sicherheitsrats. Und der UN-Botschafter der USA, Edward Stettinius, rief dazu auf, die Charta mit Leben zu füllen: „Herr Präsident, heute beginnt die Geschichte des Sicherheitsrats. Es wird eine entscheidende Geschichte für die Menschheit sein.“

Es ist ein Neuanfang im Streben nach Frieden und Sicherheit. Viele Niederlagen liegen hinter uns, und viele Schwierigkeiten liegen vor uns. Diesmal aber können wir es uns nicht leisten, zu versagen.“ Die Verabschiedung der UN-Charta hatte eine lange Vorgeschichte, die nicht am Anecdote ist. Der Historiker Pierre-Étienne Bourneuf, der das Archiv der Vereinten Nationen im Genfer Völkerbundpalast leitet, schmunzelt besonders, wenn er an die Umstände des Namens der Organisation zurückdenkt: Es geschah 1942 in einem Badezimmer im Weißen Haus. „Der britische Premier Winston Churchill hatte mitten im Krieg den Ozean überquert, um US-Präsident Roosevelt zu treffen“, zitiert Bourneuf aus den Akten. Beide hätten nach einem griffigen Namen für einen Bund der Staaten gesucht, die gegen Hitler und seine Verbündeten kämpften. Eines Morgens habe Roosevelt eine zündende Idee gehabt, mit der er den verdutzten Churchill überraschte, während dieser in der Badewanne lag. „Roosevelt ging einfach ins Badezimmer und fragte: Was hältst Du von Vereinte Nationen? Und Churchill sagte: Okay.“ Ihre Strukturen übernahmen die UN weitgehend vom bestenfalls glücklos genannten Völkerbund, der 1946 aufgelöst wurde. Im Weiteren hätten sich die UN aber weitgehend emanzipiert, urteilt Archivar Colin Wells. „Ich glaube, die UN haben es weitgehend erfolgreich geschafft, nicht so eurozentrisch zu sein. Die Strukturen sind gleichberechtigter, und die Rechte der kleineren Staaten sind stärker geschützt.“ Allerdings gab es auch Krisen, allen voran der Völkermord 1994 in Ruanda, der von den UN nicht verhindert wurde. Das „Zusammenwirken aller Völker, um den Weltfrieden zu wahren“, wie es in der

»Wir können es uns nicht erlauben, dass die Welt wieder in zwei Blöcke zerfällt.«

Tatjana Valovaya, russische Ökonomin

UN-Charta heißt, währte ohnehin nicht lange. Schon 1945 hatte sich der Ost-West-Konflikt abgezeichnet, der sich mit der Gründung von Nato und Warschauer Pakt zum Kalten Krieg ausweitete. Der Ton auch innerhalb der Vereinten Nationen wurde rauer. Und führte zu Eklaten wie diesem: In der UN-Vollversammlung 1960 donnerte der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita Chruschtschow mit einem Schuh aufs Rednerpult und beschimpfte einen Vertreter der Philippinen als „amerikanischen Speichel-lecker“ und „Imperialistenknecch“. Ungeachtet der lauten Worte aber hätten die UN erfolgreich ihre Rolle als Friedensbewahrer weitergeführt, sagt der Historiker Bourneuf und zitiert aus zwei Briefen vom Januar 1963, die in seinem Archiv lagern. „Eine stammt vom amerikanischen, einer vom sowjetischen Botschafter. Beide danken dem damaligen UN-Generalsekretär Sithu U Thant für seine Vermittlerrolle während der Kubakrise im Oktober des Vorjahres. In Geschichtsbüchern ist davon keine Rede. Und das zeigt, dass die UN ihre wichtigste Arbeit gerade hinter den Kulissen macht.“

Konkurrenz der Blockmächte Der globale Kampf der Systeme wurde auch und vor allem über die Entwicklungsländer ausgetragen. 1964, bei der ersten UN-Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD in Genf, organisierten sich die „blockfreien“ Staaten, von denen viele gerade erst unabhängig geworden waren, in der Gruppe der 77, kurz G77. Dort und innerhalb der von den G77 dominierten UNCTAD mussten sich die Blockmächte USA und Sowjetunion um Stimmen und Unterstützung bemühen. Das erlebte auch der inzwischen pensionierte UNCTAD-Direktor Taffere Tesfa-

chew in seiner täglichen Arbeit. „Die beiden Lager im Kalten Krieg kamen auf die G77 zu und warben um Unterstützung, immer wenn es um größere UN- und multilaterale Angelegenheiten ging. So schafften es die Entwicklungsländer, viele ihrer Ideen im Rahmen der UN durchzusetzen.“ Ein Beispiel: Zollvorteile, die Waren aus Entwicklungsländern wettbewerbsfähiger machten. Als Ende der 1980er Jahre der eiserne Vorhang fiel, sei der Einfluss der Entwicklungsländer, zu denen zu diesem Zeitpunkt auch noch Brasilien, Mexiko, Malaysia oder China gehörten, zugunsten westlicher Industriestaaten zurückgegangen, so Tesfawech. Erst seit einigen Jahren wachse er wieder. Diesmal ist es China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, das sich um sie bemüht. Das Gründungsmitglied der G77, der China bis heute angehört, nutzt die Erfahrung aus dem Kalten Krieg und vergibt große Kredite selbst an die ärmsten Länder der Welt. „Ein gutes Beispiel ist Ostafrika, um das sich China und die USA gleichermaßen bemühen. Die Chinesen haben jetzt eine Militärpräsenz in Dschibuti und unterhalten Handelsbeziehungen. Sie investieren viel, das macht die USA nervös. Die USA haben erkannt, dass China seine Wirtschaftsmacht einsetzt, um politisch präsent zu sein und Einfluss auszuüben.“ Die russische Ökonomin Tatjana Valovaya, die als UN-Untergeneralsekretärin die Vereinten Nationen in Genf leitet, warnt wie Guterres vor einem neuen Kalten Krieg, diesmal zwischen China und den USA. „Wir können es uns wirklich nicht erlauben, dass die Welt wieder in zwei Blöcke zerfällt. Es mag mit der Wirtschaft beginnen und mit Technologie, aber dann führt es zu einer geopolitischen Krise.“ Im Gegensatz zu New York, wo im UN-Sicherheitsrat oft der politische Streit im Vordergrund steht, gilt Genf als Ort der leisen diplomatischen Töne. Während der Sicherheitsrat in New York sich nicht über Wege aus der Krise in Syrien oder im Jemen einigen kann, werden in Genf für beide Länder Friedensverhandlungen geführt. Auch nach Jahren allerdings ohne konkretes Ergebnis. Insgesamt 12.000 Treffen finden jedes Jahr in den getafelten Sälen des Völkerbundpalasts statt. 175 der 193 UN-Mitgliedstaaten sind in Genf mit eigenen Botschaften präsent. Eigentlich perfekte Bedingungen für globale Verhandlungen. Doch seit März hat die Corona-Pandemie die Genfer Diplomatie zu einem abrupten Halt gebracht. Manche Meetings werden digital durchgeführt, aber auf Dauer sei das keine Lösung, glaubt Valovaya. „Die Diplomatie kann ohne physische Treffen nicht überleben. Die Grundlage von Verständigung ist Vertrauen. Und das baut man nur auf, wenn man sich persönlich in die Augen sehen kann.“ Der Menschenrechtsrat tagte deshalb stets auch in Präsenz. Valovaya will den Genfer Völkerbundpalast zu einem „Exzellenzzentrum für hybride Diplomatie“ umbauen. Doch dazu bräuchte es wohl mehr als nur modernste Technik. Es ist auch ein Umdenken nötig, bei Botschaftern ebenso wie bei UN-Diplomaten.

Es bräuchte neue Regeln, neue Abläufe in einer notorisch konservativen Profession. Dazu kommt: Die Corona-Pandemie erschwert nicht nur die Arbeitsweise der UN. Sie erschwert mindestens im gleichen Maß die Ziele, die die Organisation verfolgt – allen voran die 2015 beschlossene Nachhaltigkeitsagenda. Sie soll bis 2030 Krieg, Hunger, Armut, Krankheit, Klimakrise und Entwicklungsnotstand lindern. „Die Pandemie hat uns gezeigt, dass die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele wichtiger ist als je zuvor“, sagt Valovaya. „Diejenigen, denen es vor Corona schon am schlechtesten ging, sind seit der Pandemie noch ärmer und gefährdeter. Das betrifft viele Frauen überall auf der Welt, viele Minderheiten und wirtschaftlich Benachteiligte. Sie ver-

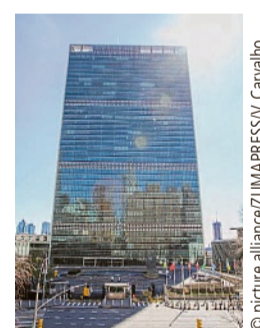
brachte Themen auf die Tagesordnung, die Deutschland wichtig waren: Der Kampf gegen sexuelle Gewalt in Konflikten, zu dem eine Resolution verabschiedet wurde, sowie die Klimakrise, zu der Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) im Juli eine Sitzung des Sicherheitsrats leitete. Auch wenn eine entsprechende Resolution vorerst scheiterte, hoffen Diplomaten in New York, dass die neue US-Administration unter dem gewählten Präsidenten Joe Biden die deutsche Vorlage nutzen und sich für das Thema im Sicherheitsrat stark machen wird. Generell dürften nicht nur in New York und Genf viele UN-Vertreter aufgeatmet haben, dass ihnen eine zweite Trump-Amtszeit erspart bleibt. Die USA waren un-

STICHWORT

So funktionieren die Vereinten Nationen

> Aufgaben Die Weltorganisation mit Sitz im Hauptquartier in New York (Foto) engagiert sich in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung. Ihre Resolutionen sind nur im Sicherheitsrat, einem der UN-Hauptorgane, völkerrechtlich verbindlich.

> Mitglieder Mit 193 Ländern gehören den UN heute fast alle Staaten der Welt an. Sie treffen in erster Linie die wichtigen Entscheidungen. Das UN-Sekretariat begleitet diesen Prozess, ebenso nichtstaatliche Akteure. Zum UN-System gehören auch Nebenorgane, Programme und die Sonderorganisationen.



Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945 auf der Konferenz von San Francisco. Der Vertreter Chinas unterschrieb das Dokument als erster.

lieren als erste ihre Jobs und sind die letzten, die mit Gesundheitsversorgung rechnen dürfen.“ Doch angesichts nationaler Rettungspakete, einbrechender Steuereinnahmen und einer drohenden Weltwirtschaftskrise gilt als völlig unklar, ob der zur Umsetzung nötige internationale, finanzielle Kraftakt gelingen kann. Als noch unwahrscheinlicher gelten die großen Reformen innerhalb der Vereinten Nationen, etwa im Sicherheitsrat. Seit Jahren setzt sich nicht nur Deutschland dafür ein, dass das Gremium erweitert wird und nicht mehr nur die Vetomächte USA, China, Frankreich, Großbritannien und Russland dauerhaft darin vertreten sind. Jeder einzelne von ihnen kann seit 75 Jahren jede Resolution blockieren. Von Handlungsunfähigkeit ist immer häufiger die Rede, weil die Staaten ihr Recht nutzen. In diesem Umfeld hatte Deutschland es in den vergangenen zwei Jahren nicht leicht, seinen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat zu nutzen. China und Russland, aber auch die USA unter ihrem UN-kritischen Präsidenten Donald Trump blockierten viele Vorstöße. Dass Deutschland erreichte, dass der Zugang für humanitäre Helfer im Bürgerkriegsland Syrien wenigstens ein wenig offen blieb, galt da schon als Erfolg. Der ständige Vertreter Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, Christoph Heusgen, engagierte sich zudem für eine politische Lösung in Libyen, flankiert von einer „Berliner Konferenz“ im Januar dieses Jahres. Und er

ter Trump von einer Stütze des UN-Systems zu einem der härtesten Kritiker geworden. Der Ausstieg der USA unter anderem aus dem Pariser Klimaabkommen und dem Menschenrechtsrat hatte die Organisation schwer getroffen. In die Bresche sprang China. Dass Peking sich aktiver in den UN und auch im Sicherheitsrat engagiert, ist auch eine Folge des Rückzugs der USA und dürfte die Zukunft der UN maßgeblich prägen. Denn China schweben grundsätzlich andere Vereinte Nationen vor, in denen etwa das Thema Menschenrechte keine Rolle mehr spielen dürfte. Auf Deutschland konnte sich Guterres dagegen während seiner Amtszeit immer verlassen. Das starke Engagement der Bundesrepublik auf globaler Ebene dürfte somit ein Thema seiner Rede sein, die er am 18. Dezember vor dem Bundestag halten wird. Deutschland wird auch nach seiner Zeit im Sicherheitsrat gebraucht. An globalen Herausforderungen für die kommenden Jahre mangelt es nicht. Marc Engelhardt

Der Autor berichtet seit 2010 aus Genf über die Vereinten Nationen, unter anderem für den Deutschlandfunk.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es war die Abgeordnete Cansel Kiziltepe (SPD), die kurz nach Mitternacht die entscheidende Frage stellt: „Haben Sie Wirecard-Aktien?“ Der Zeuge Ralf Bose zögert. Er ist Leiter der Wirtschaftsprüfungsaufsichtsstelle (Apas), die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstellt ist. Bisher hatte er in der Befragung mit lockeren Antworten eine gute Figur gemacht, aber er ahnt, dass seine Antwort der Vernehmung nun eine neue Richtung geben wird. „Nein“, sagt er zunächst. Dann fügt er noch etwas leiser hinzu: „Nicht mehr.“

Es war in diesem Augenblick klar, dass das Eingeständnis eines führenden deutschen Wirtschaftsaufsehers, in der Vergangenheit mit Wirecard-Aktien gehandelt zu haben, eine Flut von Nachfragen auslösen würde. Tatsächlich wurde es eine lange Nacht für die Abgeordneten des 3. Untersuchungsausschusses, bis die Vorgänge einigermaßen sortiert und eingeordnet waren.

Der Fall Wirecard ist einer der größten Skandale der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Das Unternehmen aus Aschheim bei München galt spätestens mit seinem Aufstieg in den Deutschen Aktienindex Dax Ende 2018 als Star der deutschen Wirtschaftswelt. Im Juni 2020 folgte der tiefe Fall: Das Management musste zugeben, dass Milliardensummen aus der Bilanz auf Betrug beruhten. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass auch die traumhaften Gewinne erlogen waren. Der Fall hat jedoch auch eine politische Seite: Wie konnten die deutschen Institutionen so bei der Aufsicht versagen? Und warum hat die Politik das Unternehmen noch gedeckt, als die Zweifel an seiner Seriosität sich bereits verdichteten?

Die Sitzung am vergangenen Donnerstag hat sich ausschließlich mit einer speziellen Frage der Finanzaufsicht befasst: Der staatlichen Überwachung der privaten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Eigentlich wollten die Abgeordneten daran arbeiten, eines der großen Rätsel des Skandals zu ergründen: Wie konnte die große Abschlussprüfungsgesellschaft Ernst & Young (EY) der Wirecard AG viele Jahre lang saubere Bilanzen bescheinigen, wenn der Löwenanteil der Umsätze und der ganze Gewinn durch Kreisgeschäfte aufgebläht war?

Dazu konnte Bose letztlich nur wenig beitragen, denn in seiner Behörde läuft das Verfahren gegen EY noch. Die Abgeordneten fragten stattdessen intensiv nach, warum er das Verfahren erst im Mai 2020 eröffnen ließ, als der desaströse Zustand von Wirecard schon offen zutage lag. Schließlich gab es im Frühjahr 2019 schon starke Verdachtsmomente: Artikel in der britischen Zeitung „Financial Times“ legten Elemente der Betrugschäfte offen. Außerdem meldete sich der Deutschland-Vorstand von EY überraschend bei Bose mit einem Telefontermin, indem er die Unregelmäßigkeiten erläutern wollte.

Hochverdächtig? Nicht für Bose und sein Team. Sie gaben sich mit dem Versprechen von EY zufrieden, die Unregelmäßigkeiten zusammen mit Wirecard rasch aufzuklären. „Damit war der Fall für uns erledigt“, sagte Bose.

Diese Art der Aufsicht basiere zu sehr auf Vertrauen, klagte der Abgeordnete Jens Zimmermann (SPD). Die Apas habe es



Prüfer mit Aktien

WIRECARD Im Ausschuss bekennt ein führender Aufseher, selbst mit Wirecard-Papieren gehandelt zu haben

Wirecard steht im Zentrum eines Skandals um Betrug und Versäumnisse bei der Prüfung.

© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Dave Bedrosian

ganz dem überwachten Unternehmen überlassen, die Zweifel auszuräumen. Sie habe nach Bekanntwerden der immer neuen Vorwürfe immer wieder abgewartet. Sie habe abgewartet, was die Bafin über den Fall herausfindet. Sie habe abgewartet, wie EY die Unregelmäßigkeiten erklären würde. Später habe sie erwartet, was ein Sonderbericht der parallel eingeschalteten Prüfungsfirma KPMG zutage bringt.

Sensation Doch diese Fragen wurden schnell von der kleinen Sensation mit Boses Aktiengeschäften überlagert. Dieser hatte nach eigener Angabe am 28. April 2020 ein großes Paket Wirecard-Aktien geordert und am 20. Mai wieder verkauft. Eine kur-

ze Zeitspanne, in der er zudem nur Verlust gemacht hat. Beide Daten fallen mit ersten Meilensteinen der Aufklärung des Skandals zusammen. Ende April hat eine weitere Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, KPMG, einen Bericht veröffentlicht, der den Betrugsverdacht erhärtet. Im Mai hat die deutsche Finanzaufsicht Bafin den Apas-Beamten, darunter Bose, weitere Details aus dem vertraulichen Teil des Berichts erläutert. Bose hat zwar, wenn seine Darstellung richtig ist, eher eine Dummheit gemacht als ein erfolgreiches Insider-Geschäft. Aber der ganze Vorgang weckte enormes Misstrauen beim Ausschuss.

Die verschiedenen Ausschussmitglieder hatten unterschiedliche Probleme mit Boses Verhalten. Der Ausschussvorsitzende

Kay Gottschalk (AfD) zeigte sich erschrocken über den Anschein der Korruption, der sich hier ergab. Fabio De Masi (Die Linke) verwies auf die Außenwirkung: Anleger verlieren ihr Geld, Aufsichtsbeamten zocken mit der Aktie. Die Abgeordneten Jens Zimmermann (SPD) und Florian Toncar (FDP) zeigen sich vor allem erstaunt von Boses Naivität in Finanzdingen. Dieser hatte selbst bei KPMG gelernt und leitet die Apas seit ihren Anfangstagen. Wie konnte er glauben, mit Wirecard noch Gewinn machen zu können, wenn sich der ganze Betrieb gerade als Luftnummer herausstellte? Für Toncar war Boses Instinktlosigkeit eine Erklärung dafür, warum er schon 2019 die Indizien für Betrug nicht ernst genommen hat. *Finn Mayer-Kuckuk* ||

Nachrichtendienste sollen mehr kooperieren

PKGR Verbesserungen bei Kampf gegen Rechts gefordert

Bundeswehr, Rechtsextremismus – und zumindest ein beruhigender Satz: Derzeit hätten die Nachrichtendienste „keine Beweise für eine Schattenarmee, die einen gewaltsamen Umsturz plant“. Dieser Befund findet sich in einer Unterrichtung (19/25180), mit der sich das sonst strikt abgeschottete tagende Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) in der vergangenen Woche an die Öffentlichkeit wandte. Seit einer Reform darf das Gremium eigene Ermittlungen anstellen. Und bei den vom ihm kontrollierten Nachrichtendiensten – Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst (BAMAD), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und Bundesnachrichtendienst (BND) – habe sich personell und organisatorisch schon so manches verbessert, seit das PKGr näher hinschaut. Davon gaben sich die Mitglieder überzeugt. Auf ihren Bericht einigten sie sich ohne Gegenstimme, wie sie denn nach eigener Darstellung ohnehin den üblichen Polit-Zwist zwischen Koalition und Opposition weitgehend ausblenden.

Noch freilich bleibt viel zu tun, wie der Unterrichtung über die Aufklärung möglicher rechtsextremistischer Netzwerke mit Bezügen zur Bundeswehr zu entnehmen ist. So müsse die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste untereinander sowie mit Polizei und Generalbundesanwalt deutlich verstärkt werden, verwies der Vorsitzende Roderich Kiesewetter (CDU) auf eine Kernforderung. Die Untersuchung habe gezeigt, dass in der Bundeswehr sowie unterschiedlichen Sicherheitsbehörden teilweise trotz bestehender Sicherheitsüberprüfungen eine Reihe von Beschäftigten mit rechtsextremistischem und auch gewaltorientiertem Gedankengut tätig seien.

Konstantin von Notz (Grüne) verwies auf deutliche Hinweise auf sehr sorglosen, nicht ordnungsgemäßen Umgang bei der Verwaltung von Schusswaffen und Munition in den Dienststellen der Bundeswehr. Es sei kein Zustand, dass Schusswaffen und Munition, die zu einem großen Teil aus den Beständen der Bundeswehr und sonstiger Spezialeinheiten der Polizeien stammten, für die Protagonisten unbemerkt zu entwendet gewesen seien. Thomas Hitschler (SPD) stuft den Rechtsextremismus als größte Gefahr für Deutschland ein und legte ein besonderes Augenmerk darauf, dass sich die Protagonisten perfekt in der digitalen Welt bewegen. Er mahnte eine bessere personelle und

sachliche Ausstattung der Sicherheitsbehörden an und beklagte teils fehlende verantwortungsvolle Führung. Roman Reusch (AfD) hob hervor, dass das PKGr eigene Ermittlungen anstellen könne und somit eine ressortübergreifende Sicht auf die Nachrichtendienste habe. Diese Sichtweise stehe gegen Eifersüchteleien und Tunnelblick in den Behörden, die er mit dem Satz beschrieb: „Paragraph eins: Jeder macht seins.“

Stephan Thomae (FDP) meinte, die vom PKGr angestoßenen Reformen im BAMAD hätten nicht zuletzt dazu geführt, dass nicht nur Einzelpersonen in den Blick genommen würden, sondern auch in Netzwerken gedacht werde. Er begrüßte, dass die Antennen inzwischen verstärkt in Richtung rechts gerichtet seien. Die Wirksamkeit dieses Vorgehens habe sich bewiesen. André Hahn (Linke) beklagte, der MAD sei über Jahre schlecht aufgestellt gewesen und habe das Problem des Rechtsextremismus gelehrt. Er sprach von fragwürdigem Korpsgeist nach der Devise: Soldaten befragen Soldaten. Dem früheren BfV-Präsidenten Hans-Georg Maaßen hielt er vor, die schützende Hand über den Rechtsextremismus gehalten zu haben. Das habe sich jetzt geändert.

Andrea Lindholz (CSU) befand, die Verzahnung der Dienste untereinander und mit den übrigen Sicherheitsbehörden müsse noch wesentlich besser ausgestaltet werden, auch wenn schon einiges erreicht worden sei. Der Rechtsextremismus habe eine solche Relevanz, dass bei seiner Bekämpfung nicht nachgelassen werden dürfe.

In dem Bericht wird darauf verwiesen, dass Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden und Bundeswehr oft in intensiven Verbindungen zueinander stünden. Eine Vernetzung erfolge dabei virtuell über die Sozialen Medien, aber wohl auch bei Treffen im Rahmen von Waffenbörsern, Schießtrainings und beruflichen Zusammentreffen. Eine Vielzahl dieser Personen stehe in Verbindung zu rechtsextremistischen Bestrebungen der ideologischen Bewegung, dem „Flügel“ der AfD in Bund und Ländern, der NPD, zu Burschen- und zu Kameradschaften. Zudem geht das PKGr auf einen Informationsabfluss vom BAMAD an das Bundeswehr-„Kommando Spezialkräfte“ ein, der bei den Ermittlungen zutage getreten sei. Falsch verstandener Kameradschaft und schon niedrigschwelliger extremen Bestrebungen sei zügig zu begegnen, mahnt das Gremium. *Franz Ludwig Averdunk* ||

»Eine Reihe Beschäftigter mit rechtsextremem Gedankengut.«

Roderich Kiesewetter (CDU)

»Der Umgang mit Schusswaffen ist kein Zustand.«

Konstantin von Notz (Grüne)

Der Behördenleiter und das Tribunal

AMRI-AUSSCHUSS Schweriner Verfassungsschutzchef weist Vorwürfe zurück

Hätte er das damals nur geahnt. Hätte er absehen können, was da noch auf ihn zukommen würde. Ausgerechnet am Ende eines honorigen Beamtenlebens, schon in Sichtweite des feierlichen Abschieds. Freilich, im Nachhinein weiß man es immer besser: „Aus heutiger Sicht würde ich nicht zuletzt wegen des vielen Ärgers anders entscheiden.“

Der Ärger, wie Reinhard Müller sich ausdrückt, bedeutete für ihn in der vergangenen Woche, dass er sich einem Tribunal zu stellen hatte. Abgeordnete, die ihre Fragen wie Pfeile auf ihn abschossen. Mit strengen Mienen, unerbittlich. Müller ist 64 Jahre alt. Nach zwei Jahrzehnten im Polizeidienst steht er seit 2009 an der Spitze des Verfassungsschutzes im Land Mecklenburg-Vorpommern, und die letzten Monate seiner Amtszeit hätte er sich gewiss schöner vorstellen können als in der Rolle des Angeklagten. Opfer, wie er es sieht, einer Intrige rachsüchtiger Ex-Mitarbeiter.

Der Ärger begann, ohne dass Müller es damals schon ahnte, am 7. Februar 2017. An jenem Tag traf ein V-Mann-Führer seiner Behörde, der Öffentlichkeit mittlerweile bekannt unter dem Kürzel T. S., einen Informanten, der seit einem knappen Jahr im radikalislamischen Milieu Berlins unterwegs war. Der Mann hatte, wenn auch nur vom Hörensagen, Sensationelles zu berichten: Anis Amri, der tunesische Attentäter, der knapp sieben Wochen zuvor den mörderischen Anschlag auf dem Breitscheidplatz verübt hatte, sei dabei von ei-

nem kriminellen arabischstämmigen Clan unterstützt worden. Für seinen Auftritt vor dem Amri-Untersuchungsausschuss hatte sich Müller jedes Detail notiert, Daten und Fakten in minutiöser Abfolge. Am 16. Februar habe ihm die Information vorgelegen, einen Tag später habe er sie dem Bundesamt und dem Berliner Landesamt für Verfassungsschutz weitergereicht. Obwohl er seine Zweifel hatte. Der V-Mann, von dem die Angabe stammte, hatte schon im Mai des Vorjahres eine falsche Fährte gelegt. Damals hatte er ebenfalls vom Hörensagen behauptet, derselbe Clan, der später angeblich Amri unterstützte, plane für den Ramadan einen Anschlag in Berlin oder sonstwo in Europa. Die Sache hatte eine aufwendige Geheimdienst-Operation mit dem Codenamen „Opalgrün“ ausgelöst. Mit Ablauf des Ramadan war sie erledigt. Ähnlich lief es auch jetzt. Am 21. März 2017, so Müller, habe das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz mitgeteilt, die Angaben über Amris vermeintliche Helfer hätten sich auch „durch breit angelegte operative Maßnahmen nicht bestätigt“. Das hatte Müller wohl im Hinterkopf, als weitere zwei Monate später der Informant eine neue Version aufstischte. In einem Treffen mit T. S. am 24. Mai behauptete er, Amri habe den Anschlag in Bereicherungsabsicht verübt. Seine Clan-Freunde hätten ihn mit einer Tasche voll Geld entlohnt und auch das Fluchtfahrzeug gestellt.

Müller glaubte kein Wort. Der fanatische Islamist Amri sollte statt für die Aussicht aufs Paradies für schnöden Mammon ge-

mordet haben? Und ein im kriminellen Milieu erfolgreich tätiger Clan in Kauf genommen haben, mit Terrorverstrickungen ins Polizeivisier zu geraten? Am 19. Juni 2017 zeichnete Müller den von T.S. verfassten Trefferbericht ab, ließ die Sache aber im Übrigen auf sich beruhen. Es war die Entscheidung, die er sich heute als Fehler anrechnet.

Das es einer war, konnte ihm spätestens am 15. August 2019 dämmern. Damals suchte T. S. mit ihm das Gespräch. Der Mann beschwerte sich. Er war frustriert über seine Arbeitssituation. Und er kam nochmals auf die alte Geschichte über Amris angebliche Clan-Verbindungen zu sprechen. Auf Müllers Frage, was er jetzt von ihm erwarte, habe T. S. geantwortet: „Nichts.“ Stattdessen wandte er sich im Oktober 2019 an den Generalbundesanwalt. Damit war die Geschichte in der Welt, die jetzt den Untersuchungsausschuss elektrisiert: Der Schweriner Verdachtsfall habe ermittlungrelevante Erkenntnisse zum Breitscheidplatz-Antentat unterschlagen.

„Mich lässt dieses Gebaren wirklich fassungslos zurück“, empörte sich Irene Mihalic (Grüne). Der Ausschuss hat T. S. und seinen damaligen Kollegen A. B. gehört. Er findet sie seriös und glaubwürdig. Müller hält beide für Aufschneider und Querulanten. Generalbundesanwalt Peter Frank mochte sich vor dem Ausschuss nicht festlegen, für wie plausibel er die Geschichte über Amris Clan-Kontakt hält. Nur so viel: „Bislang ist niemand festgenommen.“ *Winfried Dolderer* ||

»Heute würde ich nicht zuletzt wegen des vielen Ärgers anders entscheiden.«

R. Müller, Schweriner Verfassungsschutzchef

»Wir waren alle extrem überrascht«

PKW-MAUT Zeugen berichten über erstaunliches Angebot des Bieterkonsortiums

Es war kurz vor 22 Uhr am 10. Dezember, als dem Zeugen der Krug platzte. Schon über drei Stunden dauerte die Vernehmung von Guido Z., dem Leiter der Abteilung Straßenverkehr im Bundesverkehrsministerium. Immer und immer wieder fragte Christian Jung, Obmann der FDP-Fraktion im 2. Untersuchungsausschuss („Pkw-Maut“), nach Details der hochrangigen Krisenrunde, die sich am 18. Juni 2019, dem Tag des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Pkw-Maut, im Ministerium versammelt hatte. Jetzt werde er unbotmäßig, beschied Z. dem verdutzten Fragesteller. „Ich beantworte die Frage nicht.“

Der Ausschussvorsitzende Udo Schiefner (SPD) verzichtete darauf, die Antwortverweigerung zu sanktionieren – offenbar war auch er der Ansicht, dieselben Fragen seien bereits mehrfach gestellt worden. Zuvor hatte Z. berichtet, wie am Abend des 18. Juni 2019 im Ministerbüro darüber beraten wurde, welche Konsequenzen man aus dem EuGH-Urteil ziehen solle, das die deutsche Pkw-Maut als nicht europarechtskonform bezeichnete. Um 22 Uhr habe er mit dem zuständigen Unterabteilungsleiter Ludger M. an der Kündigung der Verträge „gebastelt“. Und danach sei es noch um die Frage gegangen, wie man der Betreiberfirma die Kündigung zustelle.

Natürlich spielte auch in der jüngsten Sitzung des Ausschusses die politisch brisante Frage eine Rolle, ob Klaus-Peter Schulenberg, Vorstandsvorsitzender der Bieterfirma CTS Eventim, Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer in einem Gespräch am 29. November 2018 anbot, mit der Vertragsunterzeichnung bis nach dem EuGH-Urteil zu warten. Scheuer hatte bei seiner Vernehmung im Ausschuss erklärt, nach seiner Erinnerung habe es ein solches Angebot nicht gegeben. Abteilungsleiter Z. gab zu Protokoll, er schlie-

ße, dass eine solche Verschiebung ernsthaft in Erwägung gezogen worden sei. Denn allen im Ministerium sei klar gewesen, dass das Geld aus der Pkw-Maut schnell – das heißt im Jahr 2020 – fließen müsse. Das Wahljahr 2021 wäre „ein schwieriges Jahr für derartige Dinge“ gewesen.

Zu der von den Oppositionsfractionen geforderten Gegenüberstellung von Schulenberg und Scheuer wird es nicht kommen. Die Vertreter von CDU/CSU und SPD lehnten einen entsprechenden Antrag ab, mit dem die Fraktionen von FDP, Grünen und Linken eine direkte Konfrontation der beiden Hauptzeugen erzwingen wollten. Hintergrund der Kontroverse ist, dass das finale Angebot des Bieterkonsortiums von CTS Eventim und Kapsch TrafficCom um rund eine Milliarde Euro über dem vom Bundeshaushalt vorgegebenen Rahmen lag. „Wir waren alle extrem überrascht“ über diese Summe, erklärte Ludger M., Leiter der für

Nutzerfinanzierung zuständigen Unterabteilung im Verkehrsministerium, im Ausschuss. M. bestätigte die Aussage einer früheren Zeugin, wonach der damalige Staatssekretär Gerhard Schulz empört war, weil er erst am 14. November 2018 und damit vier Wochen nach Abgabe des finalen Angebots über die Höhe der Angebotssumme informiert worden sei. Zu diesem Zeitpunkt war es nicht mehr möglich, in der Bereinigungssitzung mehr Geld für die Pkw-Maut zu fordern. Allerdings liegt dem Ausschuss die Mail einer Beamtin vor, die bereits kurz nach Eingang des finalen Angebots über dessen Höhe informiert hatte. Die Mail ging auch an Staatssekretär Schulz. Abteilungsleiter Z. konnte den Widerspruch nicht auflären. Er glaube, dass „alle über das Angebot in irgendeiner Weise informiert worden sind“, sagte er.

Vernommen wurden auch führende Vertreter des Bieterkonsortiums. Volker Bischoff, bis April 2020 Finanzvorstand von CTS Eventim, gab zu Protokoll, dass ihm sein Vorstandsvorsitzender Schulenberg am 7. Dezember 2018 vom Angebot zur Verschlebung berichtet habe. Die ablehnende Reaktion von Minister Scheuer habe ihn verwundert, da man durch eine Verschiebung mehr Zeit bekommen hätte, um die „Prämissen des Vertrags“ zu diskutieren. André Laux, Chief Operating Officer (COO) von Kapsch TrafficCom, äußerte sein Unverständnis über die Kündigung des Vertrags am 18. Juni 2019, dem Tag des EuGH-Urteils. Diese Kündigung habe „ausschließlich politische Gründe“ gehabt. Dass auch Mängel der Feinplanungsdokumentation als Kündigungsgrund genannt worden seien, sei „so überraschend wie inakzeptabel“ gewesen. Denn bis zu diesem Zeitpunkt sei das Projekt zwar nicht reibungslos, aber „professionell“ verlaufen. *Christian Hunziker* ||



Die Brücken für die Maut-Schilder hängen vielerorts. Nur die Maut-Gebühr fehlt.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Die Erleichterung war Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) anzusehen. Beim EU-Gipfel war ihr in der Nacht von Donnerstag auf Freitag als Ratsvorsitzende gelungen, einen Kompromiss mit Polen und Ungarn zu finden, um den erbittert geführten Streit um einen Rechtsstaatsmechanismus zu beenden. Beide Staaten wollten eine Verknüpfung der Auszahlung von EU-Geldern und der Befolgung von Rechtsstaatlichkeit nicht akzeptieren, gaben nun aber ihre Blockade des im Juli vereinbarten EU-Haushalts für die kommenden sieben Jahre und das Corona-Rettungspaket auf. Dies wiederum war Grundlage für eine Einigung auf ein neues Klimaschutzziel für 2030. „Dafür hat es sich gelohnt, eine Nacht nicht zu schlafen“, sagte Merkel am Freitagvormittag. Merkel hat damit am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft zwei große Erfolge erungen – auch wenn der Ausgang des Brexits weiter offen ist. Anfang der Woche hatte es noch so ausgesehen, als ob bei keinem der großen Themen ein Fortschritt erzielt werden könnte. Merkel begrüßte, dass die Mitgliedstaaten nun ein „Zeichen der Zusammenarbeit“ gesetzt hätten.

Gesichtswahrender Deal Mit einem Kompromissangebot an Polen und Ungarn durchbrach die Deutsche deren Widerstand. Das neue Rechtsstaatsinstrument soll nun nicht angewandt werden, ehe der Europäische Gerichtshof nicht geprüft hat, ob dieser mit europäischem Recht vereinbar sei. Die Regierungschefs beider Länder akzeptierten den gesichtswahrenden Kompromiss. Das Einlenken Polens und Ungarns hatte freilich auch viel damit zu tun, dass beide Länder sich mit ihrer Fundamentalopposition selbst schaden. Im 750 Milliarden Euro starken Wiederaufbauprogramm sind für beide bedeutende Beträge vorgesehen. Relativ zur Wirtschaftsleistung werden sie aus dem Fonds sogar mehr Geld als Italien bekommen, das in der ersten Corona-Welle stark gelitten hatte. Um innenpolitisch Stimmung zu machen, blockierten Polen und Ungarn jedoch über Monate den Deal, der im Juli bei einem der längsten EU-Gipfel der Geschichte beschlossen worden war.



Geballte Fäuste bei Angela Merkel (links CDU) wie tags zuvor im Bundestag. In Brüssel konnte die Kanzlerin – hier mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des EU-Parlaments David Sassoli und Italiens Premier Giuseppe Conte (von links nach rechts) – zentrale Streitpunkte ausräumen. © picture-alliance/ASSOCIATED PRESS/Olivier Matthys

Zusammengerauft

EUROPA Zum Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft gelingt Kanzlerin Merkel der Durchbruch beim EU-Haushalt und einem neuen Klimaschutzziel

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte am Freitag in Brüssel, dass die Überprüfung des Europäischen Gerichtshofs eher Monate als Jahre dauern werde. „Uns geht kein Fall verloren.“ Die Kommission werde ab Januar mögliche Unregelmäßigkeiten festhalten und den neuen Mechanismus anwenden, so wie ihn der Europäische Gerichtshof bestätigt habe.

Ohne den Durchbruch bei den gemeinsamen Finanzen hätten die Staats- und Regierungschefs das Thema Klimaschutz überhaupt nicht debattieren können. Viele EU-Staaten schielen auf Mittel aus Brüssel, um den Übergang zur Klimaneutralität bis 2050 bewältigen zu können. Bis alle Mitgliedstaaten auf das neue gemeinsame Ziel von 55 Prozent CO₂-Einsparungen bis zum Jahr 2030 eingeschworen waren, dau-

erte es allerdings die ganze Nacht. Vor allem Polen legte sich quer und verlangte verbindliche Zusagen für seine Energiebranche. Die harten Verhandlungen gaben einen Vorgeschmack auf die Auseinandersetzungen, die den EU-Mitgliedstaaten in den kommenden Monaten bevorstehen. Aus politischer Sicht ist es einfach, einem globalen Einsparungsziel zuzustimmen, das die EU weltweit zum Vorreiter beim

Klimaschutz macht. Wenn es darum geht, im eigenen Land Maßnahmen zu ergreifen, die bestimmte Gruppen stärker treffen, wird es schon deutlich schwieriger. Hinzu kommt: Dem Europäischen Parlament ist der Gipfelbeschluss zum Klimaschutz nicht ambitioniert genug. Die Vorsitzende der Grünen im EU-Parlament, Ska Keller, spricht von einem „bedeutenden Fortschritt“. Er „wird aber nicht ausreichen,

um die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen“. Die Europaabgeordneten hatten sich mit knapper Mehrheit für ein Ziel von 60 Prozent ausgesprochen.

Kritik an Netto-Zielen Skeptisch sehen manche Europaabgeordnete auch, dass die Staats- und Regierungschefs ein Netto-Ziel vereinbart haben. Wenn nachhaltige Forstwirtschaft der Atmosphäre CO₂ entzieht, soll das auf Emissionen angerechnet werden können. Umweltverbände sehen damit die Gefahr, dass Ziele aufgeweicht werden könnten.

Die Verschärfung des gemeinsamen EU-Klimaziels bedeutet allerdings nicht, dass jeder Mitgliedstaat klimaneutral sein wird. Die Lastenteilung zwischen den Mitgliedern war in der Nachtsitzung bereits ein Streitpunkt und birgt in den kommenden Monaten erhebliches Konfliktpotential. Außerdem muss der Emissionshandel neu geregelt werden. Aus deutscher Sicht brisant: Ein höheres globales CO₂-Limit bedeutet Nachbesserungen bei den Emissionslimits für Pkw – zum Ärger der deutschen Automobilhersteller.

Nebenrolle für den Brexit Der Brexit spielte auf dem EU-Gipfel – obwohl die harte Variante zum Jahresende droht – eine Nebenrolle. Kommissionspräsidentin von der Leyen informierte die Staats- und Regierungschefs über den Besuch des britischen Ministerpräsidenten Boris Johnson Mitte vergangener Woche und unterstrich, dass die Positionen Großbritanniens und der EU immer noch voneinander abwichen. Der Tagesordnungspunkt habe auf dem Gipfel gerade einmal acht Minuten Zeit eingenommen, sagte der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte. Ein klarer Wink in Richtung London, dass sich die Staats- und Regierungschefs auf Themen beschränken wollten, die ihnen wirklich wichtig sind. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.



Anzeige



Die neue Generation Radio heißt DAB+.

X, Y oder Z?

Ein echter Meilenstein für den terrestrischen Hörfunk: Radio wird digital. Mit DAB+ profitieren Radiohörerinnen und -hörer in ganz Deutschland von einer größeren Programmauswahl und besserem Klang. Mehr Informationen, auch zur Aktionszeit von ARD und Deutschlandradio, unter dabplus.de



dab+
mehr radio

AUFGEKEHRT

Auf die Größe kommt es an

Auf die Größe kommt es nicht an. Oder doch? Fakt ist: Überall wird gemessen, was das Maßband hergibt. Manchmal heimlich, dann wieder ganz offiziell. Schon Kinder sind von Klein an dieser Mess-Manie ausgesetzt, wenn Mama und Papa das Wachstum ihrer Sprösslinge Jahr für Jahr am Türhaken verewigen. Und eine der gängigsten Thesen der modernen Küchenpsychologie verrät uns die Zusammenhänge zwischen der Länge von Krawatten, dem Ego von Männern und der Größe ihres Penis. Wer es nicht glauben mag, der sollte einfach mal nach „Donald Trump“ und „Stormy Daniels“ googeln. Doch ganz egal, was Trump unter „great again“ versteht, im Vergleich zu den 884.886 Zentimetern, die es in der vergangenen Woche in die Nachrichten geschafft haben, sind es eh nur Peanuts.

Forscher aus China und Nepal haben den ohnehin schon größten Berg der Erde neu vermessen und festgestellt: Der Mount Everest bringt es nicht nur auf 8.848 Meter, sondern auf 86 Zentimeter mehr. Mal abgesehen davon, dass nach dieser Meldung das Ego so manchen Everest-Bezwingers ebenfalls komplett neu vermessen werden muss, sind vor allem die politischen Implikationen interessant. Im Zeichen „ewiger Freundschaft“ haben Nepal und China laut eigenem Bekunden die Vermessung des Himalaya-Riesen an ihrer gemeinsamen Grenze durchgeführt. Und diese ewige Freundschaft lässt sich ebenfalls bemessen: So bekommt das bitterarme Nepal Infrastrukturhilfen von China gezahlt. Im Gegenzug erkennt es Taiwan und Tibet als Teile der Volksrepublik an. Auf die Größe kommt es eben doch an. Zumindest im Bereich von 884.886 Zentimetern.

Alexander Weinlein

VOR 10 JAHREN...

Arabischer Frühling

17.12.2010: In Tunesien beginnt eine Revolution. „Wir erleben in diesen Tagen, welche Kraft die Idee der Freiheit entfalten kann“, sagte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) am 27. Januar 2011 im Bundestag. Das Parlament debattierte damals zum Thema „Tunesien – Jetzt Grundfrage für stabile Demokratie schaffen“. Hintergrund waren die Ereignisse in Nordafrika und



Demonstranten im Januar 2011 in Tunesiens Hauptstadt Tunis.

dem Nahen Osten, die am 17. Dezember 2010, ihren Anfang genommen hatten: Als die Polizei einmal mehr seinen Obst- und Gemüsekarren beschlagnahmt hatte, zündete sich Mohamed Bouazizi, ein 26-jähriger tunesischer Gemüsehändler, selbst an – aus Protest gegen Korruption und Perspektivlosigkeit in seinem Land. Am 4. Januar starb er. Es war der Beginn einer Revolutionsbewegung, die als Arabischer Frühling in die Geschichtsbücher einging. Als der Bundestag im Januar das Thema auf die Tagesordnung setzte, waren die Proteste und der Ruf nach mehr Demokratie bereits nach Ägypten, Algerien und Jordanien übergelagert. Weitere Staaten, darunter Syrien und Libyen sollten folgen. Westerwelle sprach von einer „Globalisierung der Werte“ und „demokratischer Prinzipien“. Eine flächendeckende Demokratisierung der Region, wie im Westen gehofft, hat es aber nicht gegeben. Einzig Tunesien hält an den erkämpften demokratischen Reformen fest. Dass Bouazizi sich aus politischen Gründen selbst getötet hat, bestritt dessen Familie übrigens. Seine Geschwister beteuerten, es sei ein Unfall gewesen. Im Islam gilt Selbstmord als schwere Sünde.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR PARLAMENTSFragen



Diskussion auf Abstand: Anna-Bettina Kaiser, Heinrich Oberreuter und der Vorsitzende der DVParl, Johann David Wadephal (CDU).

Wem die Stunde schlägt

Krisen, so heißt es, sind die Stunde der Exekutive, in der die Bürger nach dem starken Staat rufen. Allzu willig schien der Bundestag tatsächlich zu Beginn der Corona-Krise der Bundesregierung Sonderrechte zur Pandemiebekämpfung einzuräumen. Verordnungen im Eiltempo folgten, die öffentliches Leben, Grundrechte und individuelle Freiheiten eingeschränkten wie selten zuvor – ohne dass ein Parlament je darüber abgestimmt hätte. Der Gesetzgeber habe sich freiwillig selbst entmachtet und damit einer Parallelgesetzgebung Tür und Tor geöffnet, kritisierten so manche Politikwissenschaftler und Journalisten später. Doch stimmt das? Was macht die „Stunde der Exekutive“ mit dem Parlament – welche Rolle sollte es bei der Pandemiebekämpfung spielen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich in der vergangenen Woche eine von der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen (DVParl) organisierte Diskussionsrunde mit Vertretern der Bundestagsfraktionen, die coronabedingt nur per Live-Stream im Parla-

mentsfernsehen übertragen wurde. Der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter, der als stellvertretender DVParl-Vorsitzender die Diskussion moderierte, griff die These von der „Stunde der Exekutive“ auf und merkte an, dass diese so im „Zeitplan der parlamentarischen Demokratie“ eigentlich gar nicht vorgesehen sei. Wer sie nach den Auseinandersetzungen um die 1968 vom Bundestag verabschiedeten Notstandsgesetze beerdigt glaubt habe, wundere sich nun über ihre Auferstehung in der aktuellen Krise. Anna-Bettina Kaiser, Professorin unter anderem für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität zu Berlin, stellte hingegen in ihrem Impulsvortrag das „Schlagwort vom Ausnahmezustand als „Stunde der Exekutive“ in Frage. Schon der umstrittene Staatsrechtler Carl Schmitt habe geschrieben: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand verfügt“. Die Geschichte zeige zudem, dass stets darum gerungen wurde. Die Exekutive sei zwar grundsätzlich schneller handlungsfähig, so Kaiser. Entscheidender

aber sei, ob das Parlament das Heft des Handels aus der Hand gebe. Dieses könne in der gegenwärtigen Krise nicht beobachtet werden: Den Vorwürfen mancher Kritiker zum Trotz sei der Bundestag nie „ausgefallen“, habe den ersten Lockdown nicht als „Notparlament“, sondern im „Normalmodus“ bewältigt, hob die Rechtswissenschaftlerin hervor. Auch der Umstand, dass es laut Infektionsschutzgesetz dem Bundestag obliegt, die pandemische Lage festzustellen, zeige, dass sich dieser durchaus als „Gewalt gegenüber der Exekutive behauptet“ habe. Zu Recht bemängelt werde zwar, dass der Bundestag erst spät mit der Reform des Infektionsschutzgesetzes im November für die Anti-Corona-Maßnahmen eine „parlamentarische Ermächtigung“ geschaffen habe, räumte Kaiser ein: „Das Parlament hat sich unnötig angreifbar gemacht, indem es die pandemisch ruhigen Sommermonate hat verstreichen lassen.“ Alles in allem jedoch sei der Bundestag „Herr des Geschehens geblieben“, so Kaisers Fazit.

Sandra Schmid

LESERPOST

Zur Ausgabe 49-50 vom 30. November, „Advent im kleinen Kreis“, Seite 1

Die Skepsis der Opposition gegenüber dem Krisenmanagement der Bundesregierung verdient leider ihre Berechtigung. Denn letztlich werden die Maßnahmen viel zu wenig auf ihren echten Wirkungsgrad hinterfragt, da zum Beispiel in einer Stadt wie Hamburg die Staats- und Universitätsbibliothek selbst beim Entleihen eines einzigen Buches mittlerweile wie ein Hochsicherheits-trakt abgeriegelt ist, während man hingegen an benachbarten Dammtorbahnhof, wo viel mehr Menschen zusammenkommen und dementsprechend geschützt werden müssten, jegliches Hygiene- und Abstands-konzept mit der Lupe suchen muss. Deshalb sollte die Politik beziehungsweise die Exeku-

tive hier dringend ihren Kurs dahingehend korrigieren, dass die Parlamente schon ex ante und nicht erst ex post aktiv in die Beschlüsse eingebunden werden!

Rasmus Ph. Helt, 20539 Hamburg

Zur gleichen Ausgabe, „Ausnahmen für Weihnachten und Silvester“, Seite 1

Ob Jesus Christus wohl in diesen Zeiten Lust hätte, überhaupt das Weihnachtsfest zu feiern? Spekulation, Spekulation, Früchte- und Magenbrot, mir dreht es gleich der Magen um! Soll das schon die gewisse Vorfreude auf das kommende Fest sein? Heuer läßt das „weibliche“ Christkind nur virtuell zum virtuellen

Weihnachts-, Advent- oder Christkindles-Markt ein. Wir nehmen alles ganz stoisch (un)gelassen hin, alles ist nur halb so schlimm, schlimmer wäre es, wenn es noch schlimmer gekommen wäre! Vor über 2.000 Jahren ist uns ein Kindlein geboren, im Stall von Bethlehem. Eine Geburt unter ganz widrigen und unter völlig unhygienischen Umständen, heute kaum mehr denkbar! Vielleicht feiern wir heuer wirklich einmal (s)einen Geburtstag so, ohne großes Brimborium, einfach nur ein stilles und stades Weihnachtsfest, natürlich nur unter Beachtung und Einhaltung aller aktuellen Vorschriften.

Klaus P. Jaworek, 91186 Büchenbach

Zur gleichen Ausgabe, „Es reicht noch nicht“, Interview mit Katja Suding, Seite 2

Ich frage mich, ob Katja Suding oder auch die NRW-Ministerin Gebauer, ebenfalls FDP, jemals eine Schule von innen gesehen haben – ich bezweifle es stark. Ich arbeite seit über einem Jahrzehnt an verschiedensten Schulformen. Das Problem, welches überall vorherrscht und von allen Kollegen angeführt wird, ist nicht in erster Linie die mangelnde Digitalisierung, sondern der Lehrermangel, gleich gefolgt vom Raum-mangel, wobei das eine das andere bedingt; denn hätte man mehr Lehrer um die Klassen zu verkleinern, dann tauchte ja direkt der fehlende Raum als Problem auf! Wohin mit den kleineren Klassen? Auf den Schulhof, ins grüne Klassenzimmer? Unterricht im Schichtbetrieb? Anstatt das Problem der viel zu großen Klassen ernsthaft anzugehen und zu lösen, was keine der etablierten Parteien in den vergangenen Jahrzehnten getan hat, wird jetzt parteiübergreifend von mangelnder Digitalisierung geschwafelt. Stattdessen werden die Klassen und die unterfinanzierten Strukturen noch mit Flüchtlingskindern zusätzlich belastet, obwohl die Nerven schon blank liegen. Mir zeigt sich hier einmal mehr, was für ein Haufen unsere tollen Politiker doch sind, sie sind nicht nur unfähig, sie sind auch nicht willens, Probleme abzuarbeiten.

Toni Vollmer, 50968 Köln

SEITENBLICKE

DIE EU HAT IHR KLIMAZIEL BIS 2030 VERSCHÄRFT. WIE WOLLEN DIE DAS SCHAFFEN? ÄH... MIT CORONA UND WEITEREN LOCKDOWNS?



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 21. Dezember.

PERSONALIA

>Angelika Köster-Loßack † Bundestagsabgeordnete 1994-2002, Bündnis 90/Die Grünen
Angelika Köster-Loßack starb am 29. November im Alter von 73 Jahren. Die promovierte Ethnologin und Dozentin war 1984 Mitbegründerin der Grün-Alternativen Liste in Heidelberg. 1990 trat sie den Grünen bei und gehörte dem dortigen Kreisvorstand an. Mitglied des Gemeinderats in Heidelberg war Köster-Loßack von 1986 bis 1989. Im Bundestag engagierte sie sich im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU sowie im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Angelika Köster-Loßack war von 2002 bis 2005 für die Heinrich-Böll-Stiftung in Asien tätig.

>Alexander Warrickoff † Bundestagsabgeordneter 1983-1994, CDU
Am 11. November starb Alexander Warrickoff im Alter von 86 Jahren. Der promovierte Jurist und Geschäftsführer trat 1974 der CDU bei, gehörte von 1974 bis 1983 dem CDU-Vorstand des Wetterauskreises an und engagierte sich auch kommunalpolitisch. Warrickoff, Direktkandidat des Wahlkreises Odenwald, wirkte im Technologie-, Innen- sowie im Arbeitsausschuss mit.

>Arno Schmidt Bundestagsabgeordneter 1990-1994, FDP
Arno Schmidt vollendet am 20. Dezember sein 75. Lebensjahr. Der Diplom-Pädagoge aus Dresden zählte 1989 zu den Mitbegründern der FDP in der DDR, war in jenem Jahr zugleich Gründungsmitglied des sächsischen Landesverbandes seiner Partei, an dessen Spitze er bis 1991 stand. Bis 1995 amtierte er als stellvertretender Landesvorsitzender und gehörte von 1990 bis 1992 auch dem FDP-Bundesvorstand an. Im Bundestag war Schmidt Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie des EG-Ausschusses.

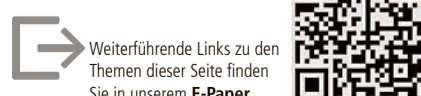
>Sigrid Semper Bundestagsabgeordnete 1990-1994, FDP
Am 22. Dezember begeht Sigrid Semper ihren 80. Geburtstag. Die aus Leipzig stammende promovierte Pädagogin trat 1965 der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in der DDR bei und war seit 1978 Mitglied des Leipziger Kreisvorstands. Sigrid Semper arbeitete im Bundestag im Verteidigungsausschuss sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit.

>Helmut Sauer Bundestagsabgeordneter 1972-1994, CDU
Am 24. Dezember wird Helmut Sauer 75 Jahre alt. Der Grundstücks- und Wohnungswirtschaftskaufmann aus Salzgitter trat 1965 der CDU bei und war von 1971 bis 1993 dortiger Kreisvorsitzender. Er gehörte ferner dem Landesvorstand Niedersachsen und von 1990 bis 2017 dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1972 bis 1974 war er Ratsherr seiner Heimatstadt. Sauer amtierte von 1989 bis 2017 als Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU. Von 1984 bis 1992 und von 2000 bis 2014 war er Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Bereits seit 1982 hat er das Amt des niedersächsischen Landesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien inne. Im Bundestag gehörte Sauer, 1972 der jüngste Abgeordnete, von 1976 bis 1990 dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen an. Von 1979 bis 1994 war er zudem Mitglied der Nordatlantischen Versammlung.

>Mechthild Dyckmans Bundestagsabgeordnete 2005-2013, FDP
Mechthild Dyckmans wird am 26. Dezember 70 Jahre alt. Die Richterin aus Kassel, zuletzt am dortigen Hessischen Verwaltungsgerichtshof tätig, trat 1977 der FDP bei. Sie amtierte von 2004 bis 2012 als Kreisvorsitzende und gehörte dem hessischen FDP-Landesvorstand an. Von 1995 bis 1997 war sie Stadtverordnete in Kassel. Die justizpolitische Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion wirkte im Rechtsausschuss mit. Von 2009 bis 2013 war Mechthild Dyckmans zudem Drogenbeauftragte der Bundesregierung.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 16. – 18.12.2020
Mittwoch: Arbeitsschutzkontrollgesetz
Donnerstag: Erneuerbare Energien-Gesetz, Corona Schutzimpfung
Freitag: Menschenrechtspolitik
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream



Peter Boehringer, AfD:

Die beiden größten Haushalte der deutschen Geschichte



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Die Bundeshaushalte 2020 und 2021 umfassen zusammen 1 000 Milliarden Euro bei bislang unvorstellbaren 400 Milliarden Euro Neuverschuldung. Die beiden größten Haushalte der deutschen Geschichte. Angeblich alles Corona bedingt. Eine Virusinfektion soll die Grenzüberschreitungen rechtfertigen – wir werden es ja gleich überall wieder hören. Ganz so, als ob Deutschland noch nie eine Krise durchlebt hätte. Ganz so, als könne es nie wieder ähnlich schlimme Krisen geben. Deutschland hat seit 1945 viele Krisen gesehen: den Hungerwinter 1946, den Kalten Krieg seit den 50ern mit dramatischen Zuspitzungen 1953 und in der Kuba Krise 1962, die Ölpreisschocks der 70er, die Massenarbeitslosigkeit der 80er, die Börsencrashes 1980 und 1987, den Crash 2000, dann 9/11 und seit 2010 eigentlich permanent die Finanzkrise. Und natürlich auch viele schwere Grippe, einige davon mit Zehntausenden Opfern.

Nun kommt ein weiteres gefährliches Virus, und alle etablierten Maßstäbe der Haushaltsführung werden gesprengt: fast 40 Prozent Kreditfinanzierungsquote dieses Haushalts bzw. etwa 6 Prozent Neuverschuldung bezogen auf die Wirtschaftsleistung des gesamten Landes. Die Maastricht Obergrenze ist bekanntlich 3 Prozent. 100 Prozent Zielverfehlung das sind historische Dimensionen. Absolut liegt die Corona Neuverschuldung sogar beim Vierfachen des bisherigen Negativrekords von 2010. Niemals zuvor wurde auf eine Krise

mit einem verordneten Stillstand des ganzen Landes reagiert, wenn man von vier autofreien Sonntagen im Zuge des Ölpreisschocks 1973 einmal absieht.

Dass das nicht verhältnismäßig ist, sieht man auch daran, dass nur wenige Bürger persönlich einen kausal sicher an Corona Verstorbenen kennen. Aber fast jeder kennt inzwischen betroffene Gastronomen, Hoteliers, Einzelhändler und Selbstständige fast aller Branchen. Immer mehr kennen Kurzarbeiter in der Auto und Maschinenbauindustrie. Jeden Tag hören wir neue Horrormeldungen. Im laufenden Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen um 500 000 Menschen angestiegen. Zusammen mit den zugehörigen Familienangehörigen sind das millionenfache Schicksale. Wir haben noch gar nichts gesehen. 2021 wird das Jahr der massiven Auswirkungen des Lockdowns. Zehntausende Insolvenzen werden kommen; die massenhafte Kurzarbeit wird in millionenfacher Arbeitslosigkeit münden. Bei Familienbetrieben und Mittelständlern wird derzeit vielfach die Lebensleistung von Generationen vernichtet wegen der völlig unverhältnismäßigen Reaktion der Regierung auf eine Infektionskrankheit, die der PCR-Test übrigens nach wie vor nicht nachweisen kann. All das wegen einer Viruskrankheit mit nur minimal messbarer Übersterblichkeit.

Die Schicksalsfrage von Millionen Betroffenen lautet daher: Wie lange noch? Wir haben diese Frage bei den Haushaltsberatungen eigentlich fast allen Ministern gestellt und Antworten bekommen von „Januar“, „Vielleicht Februar“, „Juni“ bis „Könnte aber auch 2022 werden“. Das Land kann aber erst dann wieder zur Normalität zurückkehren, wenn endlich der Lockdown beendet wird, wenn endlich wieder Planbarkeit herrscht. Die Menschen sind ebenso wie die Unternehmen völlig verunsichert und oftmals geradezu depressiv. Von gesundheitlichen und gesellschaftlichen Kollateralschäden ganz abgesehen, die die Regierung nebenbei auch noch

produziert. Sogar die „Bild“-Zeitung schreibt inzwischen, dass mehr Menschen wegen der unwissenschaftlich ohne objektive Kriterien und ohne echten Wirkungsnachweis verfügten Maßnahmen sterben als am Virus selbst. Bei Hunderttausenden verschobenen Operationen und unterlassenen Krebs und Herz Vorsorgeuntersuchungen ist das ja auch völlig klar. An dieser Stelle hier sagte ich bereits im März:

Psychischer Stress durch Freiheitsbeschränkungen, Existenzängste sowie Arbeitslosigkeit aufgrund von Firmeninsolvenzen, die staatliche Stützzahlungen bei einem längeren Shutdown letztlich nicht verhindern können, werden nach einiger Zeit zu einer verringerten Lebensdauer der Menschen führen.

Was also tun? Die Regierung kommt ohne Gesichtverlust nicht mehr raus aus der selbstgestellten Falle ihrer Lockdown-Politik. Man setzt nun auf ein schnelles Ende der Krise durch die Impfung. Das aber ist unverantwortlich: Eine kaum getestete, völlig neue Imp-

fung auf Basis des trotz 30-jähriger Forschung noch nie eingesetzten RNA-Impfprinzips – ein Prinzip! – kann weder 2021 noch 2022 eine ernsthafte Option sein!

Der vorliegende Haushaltsentwurf gibt die Corona Ausgleichszahlungen in derzeitiger Höhe nur etwa bis Sommer 2021 her. Mit Glück kann der Finanzminister die Lockdown Folgen sogar noch bis zur Bundestagswahl mit Schuldengeld abfedern – Stillhalteprämien sozusagen. Es ist jedoch eine Illusion, dass staatliche Mittel auch nur annähernd ausreichen könnten, die derzeit regulativ gestörte Wertschöpfung des Privatsektors zu ersetzen. Man kann Wertschöpfung nicht durch Geldschöpfung ersetzen! Und dennoch versucht die Regierung nun genau das!

„Nach uns die Sintflut“ ist ganz klar das Motto in diesem letzten Haushalt der Kabinettsausscheider Merkel und Scholz. Danach wird im Bundesbudget ein riesiges Loch klaffen; denn 2021 werden die Steuereinnahmen niemals wie geplant um 4 Prozent wachsen, weil die Umsätze der Realwirtschaft unter Lockdown Bedingungen sogar fallen werden! Durch die anhaltende CO2- und Coronahysterie werden zentrale Wirtschaftsstrukturen irreversibel zerschlagen. Die Fertigung von Verbrennermotoren bei Daimler und BMW etwa wurde nach einem Jahrhundert der Ferti-

gung in Deutschland mit Millionen Arbeitsplätzen, die davon abhängen, aufgegeben bzw. ins Ausland notverkauft – natürlich auch wegen der CO2-Religion. Die AfD erkennt den Schuldenbedarf 2021 zu einem kleinen Teil an: verfassungskonform, das heißt ohne illegitime Verlängerung der häuslicher Notsituation. Die wirklich sinnvollen Ausgaben im Gesundheitswesen und beim Kurzarbeitergeld anerkennt auch die AfD, vor allem solche für Personal in Intensivstationen, also für Ärzte und Pfleger. Hier liegt derzeit der einzig relevante Engpass. Zahlen Sie also hohe Boni an diese Menschen, Herr Scholz! Bei gleichzeitigem Ende des Lockdowns amortisiert sich dieses Invest tausendfach. Wir haben alle diese Ausgaben – ebenso die zum Schutz der Risikogruppen – seit März immer mitgetragen. Niemand steht hier im Weg. Tun Sie mehr bei diesem einzigen Engpass „Intensivstationen“, der saisonal ab Dezember gar nicht selten ist und wie bei vielen Grippewellen noch bis März weiter bestehen wird. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft kann nur über das schnelle Ende des Lockdowns kommen, nicht über verfassungswidrige massenhafte Bürgerrechtseinschränkungen, nicht über unbezahlbare Dauersubventionen, nicht über Corona Steuererhöhungen, nicht über Massenquarantänen und keinesfalls über unzureichend getestete Impfungen oder gar über eine faktische Impfpflicht, die wir kategorisch ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da klatscht selbst die eigene Fraktion so gut wie gar nicht! – Gegenruf der Abg. Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], an den Abg. Michael Grosse-Brömer gewandt: Das war ja gar nichts, oder? – Gegenruf des Abg. Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Totalausfall!)

Alle etablierten Maßstäbe der Haushaltsführung werden gesprengt.



Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) spricht zu Beginn der Haushaltswoche über den Etat 2021.

© picture-alliance/dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Dennis Rohde, SPD:

Dieser Haushalt ist ein Zeichen an alle Bürgerinnen und Bürger



Dennis Rohde (*1986)
Wahlkreis Oldenburg – Ammerland

1 8 700 Neuinfizierte im Schnitt pro Tag, fast 20 000 Verstorbene in diesem Land, 400 bis 500 kommen momentan fast jeden Tag dazu, und, Herr Bohringer, Sie halten hier so eine Rede! Das, was Sie gemacht haben, war Beihilfe zur Masseninfektion und vollkommen unverantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir leben wahrlich in ungewöhnlichen Zeiten, und ungewöhnlich ist auch der Haushalt, den wir heute diskutieren: 500 Milliarden Euro Ausgaben, 179,8 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme geplant. Ich will aber an dieser Stelle in aller Deutlichkeit sagen: Ich halte den Haushalt auch in dieser Größenordnung für angemessen und für richtig. Denn was steckt hinter diesen abstrakten Zahlen, über die wir diskutieren? Wir haben allein in diesem Haushalt 61 Milliarden Euro für Investitionen vorgesehen. Das ist deutlich mehr – 20 Milliarden Euro mehr – als vor der Krise. Es bringt zum Ausdruck, was uns wichtig ist: Gegen so eine Krise darf der Staat nicht ansparen; er muss bei den Investitionen selbst tätig werden, und das tun wir mit 61 Milliarden Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will aber, weil ich weiß, dass das gleich eh angesprochen werden wird, in Richtung der drei Häuser, die die starken investiven Haushalte haben – in Richtung des Wirtschaftsministeriums, des Verkehrsministeriums, aber auch des Innenministeriums –, deutlich machen: Wir würden uns freuen, wenn diese 61 Milliarden Euro heute nicht nur etatisiert werden, sondern wenn sie am Ende des Jahres 2021 auch abgeflossen sind

und einen wirklichen Beitrag zur Belebung der Konjunktur in Deutschland leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eine zweite große Zahl, die sich im Haushalt findet: 39,5 Milliarden Euro Wirtschaftshilfen, Brückenhilfen. 39,5 Milliarden Euro sind viel Geld; aber dieses Geld ist dafür da, dass Unternehmen, die vor der Krise unternehmerisch erfolgreich waren, die jetzt in der Krise aufgrund dieser Pandemie teils massive Einschränkungen erfahren, auch nach der Krise wieder erfolgreich sein können und – noch ein Schritt weitergedacht – dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei diesen Unternehmen nicht aufgrund einer Insolvenz in die Arbeitslosigkeit gehen, sondern dass sie eine Beschäftigungsperspektive nach der Krise haben. Ich finde: Das sind 39,5 Milliarden Euro, die wir gut anlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und ich sage auch: Jeder Euro Wirtschaftshilfe, den wir heute leisten, ist Wirtschaftskraft von morgen, sind Steuereinnahmen von morgen. Täten wir nichts, würde es uns am Ende des Tages viel teurer kommen.

Ich will aber auch nicht verhehlen: Diese Pandemie ist schwer vorauszusagen, schwer zu kalkulieren. Wir wissen nicht, was dieses hartnäckige Virus in den nächsten Wochen noch in unserer Gesellschaft auslösen wird. Und weil wir das nicht wissen, weil wir uns eben in einer schwierigen Situation befinden, haben wir 35 Milliarden Euro als Vorsorge im Haushalt eingestellt; 35 Milliarden Euro, von denen ich durchaus sagen will: Ich bin froh, wenn wir am Ende des Tages da gar nicht ranmüssen, wenn das Geld nicht abfließt, weil das

Ausdruck dafür ist, dass wir besser, schneller und am Ende auch günstiger durch diese Krise gekommen sind. Aber wenn wir das Geld brauchen, dann steht es zur Verfügung. Und es ist Ausdruck der Handlungsfähigkeit dieses Staates, dass wir auch auf der Zielgeraden dieser Pandemie niemanden zurücklassen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Mir ist auch wichtig, zu betonen: Diese 35 Milliarden Euro – das sage ich als Abgeordneter ei-

ner Koalitionsfraktion – sind kein Blankoscheck für die Regierung.

35 Milliarden Euro sind viel Geld, und deshalb haben wir auch als Haushälter bewusst gesagt: 20 Milliarden Euro davon sperren wir. – Da kommt man sowieso erst ran, wenn wir als Haushaltsausschuss dem zustimmen. Aber auch bei Großinvestitionen, bei allem, was über 100 Millionen Euro hinausgeht, dürfen Gelder nur mit Zustimmung des Haushaltsausschusses abfließen. Wir müssen das Heft des Handelns auch in dieser Krise in der Hand behalten, und das ist für uns auch wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will deutlich machen: In diesem Haushalt wird auch die Frage beantwortet: In welchem Land wachen wir eigentlich auf, wenn diese Krise einmal bewältigt ist? – Wir haben in den letzten

sieben Jahren als Große Koalition viel Arbeit darauf verwendet, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in vielfältiger Hinsicht zu verbessern: Wir haben zum Beispiel durch Hilfen des Staates die soziale Sicherheit für diejenigen verbessert, die erwerbsunfähig geworden sind, die aufgrund von Krankheit nicht mehr in der Lage waren zu arbeiten. Wir haben im Bereich der inneren Sicherheit, auch als Antwort auf die Terrorwelle des letzten Jahrzehnts, bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt, ja auch beim Zoll materiell und personell aufgestockt.

Und auch bei der äußeren Sicherheit haben wir Verbesserungen erzielt, indem wir insbesondere bei der persönlichen Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten in den letzten Jahren nachgelegt haben.

Ich erlebe in der Debatte, dass der eine oder andere unter dem Deckmantel dieser Krise diese Sicherheiten der Bürgerinnen und Bürger jetzt wieder abbauen will; auch denen gibt dieser Haushalt

eine klare Antwort. Das ist kein Deckmantel für Staatsabbau; wir halten an dem fest, was wir auf den Weg gebracht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Herr Präsident, abschließend. Dieser Haushalt ist ein Zeichen an alle Bürgerinnen und Bürger, die auf die Handlungsfähigkeit und auf die Solidarität dieses Staates in der Krise vertrauen. Das ist ein Zeichen, dass wir in dieser Pandemie niemanden zurücklassen wollen und dass wir gemeinsam auch die letzten Meter, bis

wir hoffentlich über einen Impfstoff zur Herdenimmunität kommen, gehen werden. Dieser Haushalt ist ein Ausdruck für die Handlungsfähigkeit und für die Solidarität unseres Staates.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir halten an dem fest, was wir auf den Weg gebracht haben.

Christian Dürr, FDP:

Rücklage von fast 50 Milliarden Euro wird zurückgehalten



Christian Dürr (*1977)
Landesliste Niedersachsen

Schulden sind ein süßes Gift. Sie sind in zweifacher Hinsicht ein süßes Gift. Zum Ersten führen Schulden immer dazu, dass man der Versuchung erliegt, alle Probleme mit Geld zu lösen und mit Geld zu erschlagen. Ich glaube, das ist nicht richtig ... Zum Zweiten ist es ein süßes Gift, weil man ja nicht selber etwas tun muss, sondern weil es die kommenden Generationen tun müssen. Deswegen ist es auch nicht akzeptabel.

Ich bin nicht überrascht, dass meine Fraktion mir hier Applaus spendet; das hat sie schon am 29. September bei der ersten Beratung

dieses Haushaltes getan. Ich bin überrascht, dass die Kolleginnen und Kollegen der Union keinen Beifall spenden; denn das waren eins zu eins die Worte des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, bei der Einbringung dieses Bundeshaushaltes, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, ausweislich des aktuellen ARD-DeutschlandTrends machen sich zwei Drittel der Menschen in Deutschland große Sorgen über die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Sie, meine Damen und Herren, stimmen in dieser Woche einem Bundeshaushalt zu, der dazu führt, dass der Bund in diesem und im kommenden Jahr die Rekordsumme von 1 Billion Euro ausgibt und eine Rekordverschuldung von zusätzlichen 400 Milliarden Euro aufnimmt. Sie beklagen das süße Gift der Verschuldung. Dabei war dieses süße Gift in den vergangenen Wochen doch in Wahrheit Ihr Grundnahrungsmittel. Da fallen Wort und Handeln komplett auseinander, und das ist nicht akzeptabel, liebe Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition.

Sie sagen, das Geld werde für die Unternehmenshilfen gebraucht. Das stimmt aber nicht. Die Wahrheit ist: Ein Großteil der mittelständischen Unternehmen in Deutschland sagt: Das Geld kommt überhaupt nicht an.

Wir hören: Die Software zur Auszahlung der Hilfen wird wahrscheinlich überhaupt erst im Frühjahr des kommenden Jahres fertig programmiert sein, ganz zu schweigen von der Bearbeitung der Anträge. Viele Familienbetriebe fühlen sich wie damals in der DDR. Im Schaufenster ist die große Auslage in Milliardenhöhe von Olaf Scholz bereitgestellt; man betritt den Laden, und dann heißt es: Lieferzeit zwei Jahre.

Ich will in Richtung der Union klar sagen: Das können Sie nicht allein dem Bundesfinanzminister in die Schuhe schieben. Zuständig ist der Bundeswirtschaftsminister von der CDU, Peter Altmaier. Nichts klappt bei den Unternehmenshilfen zurzeit, und daran müssen Sie arbeiten.

Sie sagen, das Geld sei für die Bekämpfung der Pandemie. Sie schaffen mit diesem Bundeshaushalt in der Ministerialverwaltung in Deutschland Tausende zusätzli-

che Stellen. Aber dort, wo jetzt ganz konkret zur Bekämpfung der Coronapandemie neue Stellen benötigt werden, nämlich beim Robert-Koch-Institut, verweigert die Bundesregierung diesem Institut, das uns bisher ja durch das, was es tut, und durch Objektivität geholfen hat und das uns gut durch diese Krise bringt, neue Stellen. Meine Fraktion hat diese bereits im März beantragt. Wir haben sie im November erneut beantragt. Nichts tun Sie an der Stelle, wo es jetzt dringend nötig ist, um diese katastrophale Pandemie zu bekämpfen. Ich fordere Sie auf, Frau Bundeskanzlerin: Rufen Sie Ihr Kabinett zur Raison! Da müssen Sie jetzt etwas tun, um die Pandemie zu bekämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Sie sagen, das Geld brauche man für Zukunftsinvestitionen. Die Wahrheit ist – ich will das hier wiederholen -: Das Geld aus dem DigitalPakt Schule kommt erneut nicht dort an, wo jetzt Zukunftsinvestitionen nötig sind. Weniger als 1 Prozent der Gelder aus dem DigitalPakt sind überhaupt erst abgeflossen. Das ist das Gegenteil, liebe Kollegen der SPD, von Bildungsgerechtigkeit und von sozialer Gerechtigkeit, um das klar zu sagen.

Dort, wo jetzt dringend Entlastung geboten wäre, verweigern Sie sie, zum Beispiel bei der vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlages, der im kommenden Jahr doch in Wahrheit eine Steuer für mittelständische Betriebe sein wird. Diese Schulden sind die Steuererhöhungen von morgen.

Diese Schulden sind die Steuererhöhungen von morgen.

fen, Herr Brinkhaus – ist doch bereits ein Coronasoli oder – gestern Abend – die Einführung einer Vermögensteuer in Deutschland, also einer Betriebssteuer für die Unternehmen, die es jetzt besonders schwer haben. Damit tritt man de-

und Kollegen, Herr Kollege Dürr, im Regierungsentwurf – ja – waren nur 2 Milliarden Euro für Überbrückungshilfen der Wirtschaft und 5 Milliarden Euro für die Pandemievorsorge vorgesehen. In der Bereinigungsvorlage hat die Bundesregierung nachgelegt. Ich muss ehrlich sagen: Als Haushälter hätte ich mir Ende September an dieser Stelle etwas anderes gewünscht. Dann kamen in der Bereinigungsvorlage knapp 40 Milliarden Euro Überbrückungshilfen dazu, 12 Milliarden Euro für den Gesundheitsschutz, 6 Milliarden Euro mussten bei der Deutschen Bahn verschoben werden, weil dieses Jahr nichts umgesetzt werden konnte. Wir haben dann – Dennis Rohde ist darauf eingegangen – in der Bereinigungssitzung sehr verantwortungsvoll noch einmal 20 Milliarden Euro bei der Vorsorge draufgepackt. Übrigens: Dieser gesamte Titel beträgt 35 Milliarden Euro und bedarf bei einer Ausgabe von über 100 Millionen Euro der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. 20 Milliarden Euro sind gesperrt. Deswegen unterstütze ich Dennis Rohde in seiner Aussage. Hier kann die Bundesregierung nicht nach Belieben verfahren, sondern sie muss die Zustimmung des Parlaments einholen. Lieber Otto Fricke, jemand muss mir einmal den semantischen Unterschied zwischen Zustimmung und Einwilligung erklären. Für mich ist das das Gleiche.

Der Bund hat noch nie so viel für die Länder und Kommunen geleistet.

von den Vertretern der Länder gesagt wird: Ja, Bund, wenn du so etwas in den Raum wirfst, dann bezahle bitte die Ausfälle im ÖPNV. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man nicht miteinander umgehen. Der Bund trägt eindeutig die größte Last bei der Bewältigung dieser Pandemie. Deswegen sind auch Länder und Kommunen gefordert, ihren Beitrag und ihren Anteil zu leisten. Liebe Kolleginnen

nen in der Krise noch mal in die Knie. Sie wollen also, dass die Unternehmen, die die Hilfen jetzt nicht bekommen, sie ab Oktober in Form von neuen Steuern oder Steuererhöhungen zurückzahlen. Meine Damen und Herren, das ist weder ökonomisch klug noch ist es gerecht.

Zum Schluss will ich sagen: Wir zeigen Ihnen, dass es anders geht. Über 500 Änderungsanträge hat meine Fraktion zu diesem Bundeshaushalt gestellt. Wir kommen mit unseren Änderungsvorschlägen mit weniger als der Hälfte der neuen Schulden aus. Stattdessen geben wir das vorhandene Geld für die Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten. Die Abschaffung des Solis, die Entlastung von kleinen und mitt-

leren Einkommen, eine echte steuerliche Verlustverrechnung – das wäre jetzt das Gebot der Stunde.

Stattdessen ist dieser Haushalt ich darf zitieren „ein doppelter Verfassungsbruch“. Sie halten eine Rücklage von fast 50 Milliarden Euro zurück und verweigern die verfassungsmäßig gebotene Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Das ist kein Bundeshaushalt, Herr Finanzminister und Frau Bundeskanzlerin, das ist eine Farce.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Albrecht Glaser (AfD) – Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwie ist die FDP allweil peinlich!)

und Kollegen, Herr Kollege Dürr, im Regierungsentwurf – ja – waren nur 2 Milliarden Euro für Überbrückungshilfen der Wirtschaft und 5 Milliarden Euro für die Pandemievorsorge vorgesehen. In der Bereinigungsvorlage hat die Bundesregierung nachgelegt. Ich muss ehrlich sagen: Als Haushälter hätte ich mir Ende September an dieser Stelle etwas anderes gewünscht. Dann kamen in der Bereinigungsvorlage knapp 40 Milliarden Euro Überbrückungshilfen dazu, 12 Milliarden Euro für den Gesundheitsschutz, 6 Milliarden Euro mussten bei der Deutschen Bahn verschoben werden, weil dieses Jahr nichts umgesetzt werden konnte. Wir haben dann – Dennis Rohde ist darauf eingegangen – in der Bereinigungssitzung sehr verantwortungsvoll noch einmal 20 Milliarden Euro bei der Vorsorge draufgepackt. Übrigens: Dieser gesamte Titel beträgt 35 Milliarden Euro und bedarf bei einer Ausgabe von über 100 Millionen Euro der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. 20 Milliarden Euro sind gesperrt. Deswegen unterstütze ich Dennis Rohde in seiner Aussage. Hier kann die Bundesregierung nicht nach Belieben verfahren, sondern sie muss die Zustimmung des Parlaments einholen. Lieber Otto Fricke, jemand muss mir einmal den semantischen Unterschied zwischen Zustimmung und Einwilligung erklären. Für mich ist das das Gleiche.

Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass der Staat alles wird leisten können.

deutlich anders aus. 164 Milliarden Euro müssen ab dem Jahr 2026 getilgt werden. Deswegen haben wir, glaube ich, eine Verantwortung, nicht nur das Hier und Heute zu betrachten, sondern auch das Morgen und das Übermorgen. Mir sei der Hinweis gestattet: Wenn es bei den geplanten Schulden bleibt, dann sind wir ab

2026 bei einer Tilgungsrate von knapp 16 Milliarden Euro. Das wird sicher nicht so kommen. Mir ist aber gleichwohl bewusst: Herr Bundesfinanzminister, wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass der Staat alles

wird leisten können, was wir heute tun. Ich stehe ohne Wenn und Aber zur Schuldenbremse. Was wäre, wenn wir die Schuldenbremse nicht hätten? Was wäre, wenn wir nicht tilgen müssten? Ich glaube, der eine oder die andere würde hier in ganz anderen Dimensionen debattieren. Deswegen ist die Schuldenbremse aus Sicht der Union gut und richtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich an, was wir als Haushälter in der Bereinigungssitzung umgesetzt haben. Ich lege Wert darauf, festzuhalten, dass alles, was wir im Baransatz 2021 in den Haushalt eingebracht haben, auch gegenfinanziert ist. Wir haben uns ein großes Paket für Bildung und Forschung gepackt: neue Fraunhofer-Institute. Wir haben das Netzwerk der Universitätsmedizin unter Leitung der Charité deutlich ausgebaut, ein Programm für die Entwicklung von Therapeutika gegen Covid-19 aufgelegt und – ich kann das nur cursorisch machen – im Einzelplan 30 noch einmal 150 Millio-

Fortsetzung auf nächster Seite

Eckhardt Rehberg, CDU:

Das wird nicht jeden in der Bundesregierung freuen



Eckhardt Rehberg (*1954)
Wahlkreis 017

Herr Kollege Dürr, wenn ich Ihnen einen guten Ratschlag geben darf: Man sollte Vergleiche zur ehemaligen DDR nur dann ziehen, wenn man die auch live erlebt hat.

Diesen guten Ratschlag gebe ich Ihnen. – Das ist das Erste.

Das Zweite. Ich wusste gar nicht, dass Sie Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sind. Sie haben ja hier von Verfassungsbruch geredet. Ich glaube, wir sollten den Stil wahren. Verfassungsbruch ist es dann, wenn Karlsruhe das so entschieden hat, und nicht, wenn es jemand wie Sie, Herr Dürr, hier im Deutschen Bundestag postuliert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wenn ich beide Haushalte zusammennehme, sind es über 1 000 Milliarden beziehungsweise 1 Billion Euro in diesem und im kommenden davon 400 Milliarden Euro an Schulden. Aber mit Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 ist das neben der Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges die größte

Herausforderung, die wir im vereinten Deutschland erlebt haben. Ich glaube, dass man das nicht mit der Finanzkrise – ich komme noch darauf zurück – und auch nicht mit der deutschen Einheit vergleichen kann. Warum? Weil das so tiefgreifend ist. Vielleicht, Herr Kollege Boehringer – Sie haben hier viel erzählt -, haben auch wir uns nach dem relativ guten Verlauf des Sommers zu sehr in Sicherheit gewogen, weil die Infiziertenzahlen sanken und viele Krankenhausbetten nicht belegt waren. Dann aber stiegen förmlich explosionsartig ab Ende September und im Oktober die Zahlen wieder an. Ich sage Ihnen dasselbe, was ich hier schon vor Wochen gesagt habe: Ich möchte in Deutschland keine Bilder sehen wie in den Vereinigten Staaten von Amerika oder in Italien, wo im Frühjahr dieses Jahres die Särge aus den Krankenhäusern mit Militärlastwagen herausgefahren werden mussten. Dies, glaube ich, wollten und wollen wir in Deutschland nicht erleben. Deswegen ist es gut und richtig, in Gesundheitsschutz zu investieren, Vorsorge zu treffen, Überbrückungshilfen in einer nie gekannten Größenordnung zu realisieren, Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch in die Zukunft zu investieren; ich nenne Stichworte wie Digitalisierung, Klimaschutz, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur. Vergessen wir bitte auch nicht diesen Punkt: Der Bund hat

noch nie so viel für die Länder und Kommunen geleistet wie in diesem und auch im kommenden Jahr. Ich bin Ralph Brinkhaus ausdrücklich dankbar, dass er diese Debatte angestoßen hat. Die Bewältigung dieser Krise ist eine gesamtstaatliche Verantwortung. Es kann nicht so sein, dass wir beim Bund Kreditfinanzierungsquoten in diesem und im kommenden Jahr von rund 40 Prozent haben, während sie bei den Ländern deutlich im einstelligen Bereich sind. Oder: Die Steuereinnahmen werden bei den Ländern und Kommunen im kommenden Jahr fast schon wieder so hoch sein wie im letzten Jahr. Wenn ich mir die Zahlen des Statistischen Bundesamts zu den bereinigten Einnahmen anschau, muss ich feststellen: Die Länder haben in diesem Jahr höhere Einnahmen als im letzten Jahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist es aus meiner Sicht nicht angemessen, wenn bei der Debatte der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin über das Thema Wechselunterricht

nen Euro für die Sicherung von Aus- und Weiterbildung bereitgestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns an, was andere fordern: Die Linken werden natürlich wieder damit kommen, der ganze Haushalt sei unsozial. Fast 52 Prozent gehen in den Sozialbereich. Mit der Festlegung – ich halte sie für richtig –, dass die Sozialbeiträge stabil bei 40 Prozent bleiben sollen, ist das und wird das für die kommenden Jahre eine große Herausforderung sein.

Herr Kollege Dürr, Steuerentlastung, ja, klar, wir entlasten: ab 1.

Januar kommenden Jahres gesamtstaatlich 17 Milliarden Euro, 10 Milliarden Euro durch die Abschaffung des Soli für über 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger und 7 Milliarden Euro für die Familien, Stichworte: Kindergeld, Grundfreibetrag usw. Das sind alleine in diesem Bereich Steuerminderereinnahmen für den Bund in Höhe von 13 Milliarden Euro. Das heißt, wir halten und haben an dieser Stelle Wort gehalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss: Haushälter machen bestimmte Dinge in der Be-

reinigungssitzung, sie hat dieses Mal 17 Stunden und 37 Minuten gedauert. Ich bin schon ein bisschen stolz, dass es Dennis Rohde und mir gelungen ist, einen Maßgabebeschluss zum Thema Ausgaberebeste durchzubringen. Das wird nicht jeden in der Bundesregierung freuen; Dennis, darüber sind wir uns beide im Klaren gewesen. Aber dem Aufwuchs der Ausgabe-rebeste endlich einmal einen Riegel vorzuschieben, war mir persönlich ich glaube, letztendlich auch dir, Dennis – ein ganz wichtiges Anliegen. Es kann nicht sein, dass wir

im Januar dieses Jahres bei über 22 Milliarden Euro Ausgaberebesten lagen. Deswegen, Dennis, ist der Appell an die unionsgeführten Häuser gut und richtig. Wenn ich aber einmal schaue, was alleine bei der Familienministerin in den Sondervermögen rumliegt, dann sieht das auch nicht viel besser mit der Umsetzung aus. Ich glaube, die unionsgeführten Häuser und die SPD-geführten Häuser haben in gleicher Art und Weise unsere Kritik an dieser Stelle verdient. Und wenn der Maßgabebeschluss zu den Ausgaberebesten da-

zu beiträgt, das Geld schneller abfließen zu lassen, dann haben wir ein gutes Werk getan.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Die soziale Spaltung ist schärfer und tiefer geworden



Dr. Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Die soziale Spaltung ist während der Pandemie in unserer Gesellschaft schärfer und tiefer geworden. Darum wäre es Aufgabe der Koalitionsfraktionen gewesen, aufgerissene Gräben zuzuschütten. Doch das haben Sie nicht getan. Sie retten stattdessen Konzerne wie die Lufthansa und speisen Arbeitslose mit Almosen ab. Das ist ungerecht, dem stellen wir uns entgegen, meine Damen und Herren.

Wir messen den Haushalt an drei Fragen. Erstens: Ist der Haushalt sozial? Zweitens: Ist der Haushalt auf Frieden ausgerichtet? Und drittens: Ist er umweltverträglich? – Alle drei Fragen müssen wir mit Nein beantworten.

Zur ersten Frage. Die Bundesregierung – und Kollege Rehberg ist gerade schon darauf eingegangen – sagt, er sei sozial, weil der Haushalt für Arbeit und Soziales der größte Einzelhaushalt ist. Aber dabei verschweigt sie ihre unsoziale Steuerpolitik. Was tut sie? Sie entlastet die Vermögenden und belastet immer mehr die Mittel- und

die Unterschicht. Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

Darum fordern wir als Linke eine Vermögensabgabe, und zwar für die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung. Ich wiederhole: für die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung. Erst gestern informierte die „Tagesschau“ über eine Milliardenstudie. Und auch in Deutschland ist der Klub der Superreichen während der Krise größer geworden und das Gesamtvermögen dieses Klubs enorm gewachsen. Die Summe, über die 119 Milliarden verfügen, ist deutlich höher als der gesamte Bundeshaushalt. Das kann doch nicht in Ordnung sein. Und darum fordern wir diese Vermögensabgabe. Wir brauchen sie unbedingt, um unser Land sicher und sozial zu gestalten, meine Damen und Herren. Darum lassen wir es Ihnen auch nicht durchgehen, dass Sie

sich an der zentralen Frage dieser Debatte, wer nämlich die Rechnung bezahlt, vorbeimogeln. Sie wollen nach der Bundestagswahl wieder die Schuldenbremse einführen. Meine Damen und Herren, die Schuldenbremse

ist unsinnig, sie ist ökonomischer Selbstmord, sie ist ein Zukunftskiller, sie gehört endlich abgeschafft.

Der Tilgungsplan der Bundesregierung wird den Haushalt ab 2026 jährlich mit circa 15 Milliarden Euro belasten. Das muss man sich einmal vorstellen. Das ist genau so viel, wie für die Haushalte für Familien, Senioren, Frauen und Jugend sowie Umwelt zusammen zur Verfügung steht. Das wollen Sie streichen. Das müssen Sie

Ihren Wählerinnen und Wählern ehrlich sagen, oder Sie sagen: Ja, eine Vermögensabgabe ist die richtige Lösung, meine Damen und Herren.

Würden Sie dagegen unserem Tilgungsplan, unserem Vorschlag folgen, gäbe es ab 2026 lediglich 5,5 Milliarden Euro pro Jahr abzuzahlen. Hier sagen wir ganz deutlich: Da streifen wir einfach einmal 10 Prozent bei der Rüstung, und schon hätten wir das. Das wäre sozial verträglich, und es wäre auch friedlich, meine Damen und Herren. Das führt mich direkt zur zweiten Frage: Ist der Haushalt ein Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt? Auch diese Frage muss man ein-

deutig mit Nein beantworten. Die Bundeswehr wird nach NATO-Kriterien 53 Milliarden Euro für 2021 bekommen. Ich finde, das ist nicht nur Geldverschwendung, sondern das ist auch ein Beitrag zur Destabilisierung Europas und der Welt, und dem müssen wir ein Ende machen, meine Damen und Herren.

Die Rüstungsausgaben sind in den letzten Jahren explodiert. Darüber haben sich Rüstungskonzerne und Beraterfirmen gefreut; doch die Bundeswehr selbst ist in einem desolaten Zustand. Eine aktuelle Studie zeigt: Die Rüstungsbranche hat ein Boomjahr hinter sich. Es profitieren vor allem Firmen aus den USA und auch Europa, und zum Beispiel ist mit Airbus auch eine Firma mit deutscher Beteiligung dabei.

Wir sagen Ihnen ganz deutlich: Statt das Geld in Aufrüstung zu investieren, sollten wir in Bildung, Wohnen, Gesundheit und Klimaschutz investieren. Das wäre der richtige Weg, meine Damen und

Herren. Es wird ja jetzt auch immer so viel über die Zukunft gesprochen – das ist richtig –, und es wird über die Schulden gesprochen, die wir unseren Kindern, Enkelkindern, Urenkeln – wie auch immer – hinterlassen. Aber ich glaube, die größere Schande wäre, wenn wir unseren Kindern und Enkeln eine desolante Infrastruktur hinterlassen würden, wenn wir nicht in unser Gesundheitssystem, nicht in den Klimaschutz investieren würden. Das ist das Gebot der Stunde, meine Damen und Herren.

Dritte Frage und abschließend: Ist der Haushalt klimafreundlich? Nein, es gibt immer noch massenhaft umweltschädliche Subventionen. Darum lautet unser Vorschlag: Statt 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Aufrüstung ausgeben zu wollen, sollten wir mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Klimaschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit ausgeben. Das wäre für uns alle gut. Das würde die Menschheit retten, und das würde uns eine gute Zukunft geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als Linke fordern eine Vermögensabgabe für die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung.

Die Rüstungsausgaben sind in den letzten Jahren explodiert.



Künstler demonstrieren Anfang Dezember für wirksame Corona-Hilfen für Soloselbstständige vor dem Finanzministerium in Berlin.

© picture-alliance/dpa

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/ Die Grünen:

Wir wollen zielgerichtete Unternehmenshilfen



Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Auch wenn wir diesen Haushalt in vielen Punkten kritisieren und ihn am Freitag bei der namentlichen Abstimmung ablehnen werden, ist für uns klar: Dass der Bundeshaushalt in dieser schweren Krise, in dieser schweren Pandemie, die so existenziell ist für unser Gesundheitssystem, für die Wirtschaft, für die Beschäftigten, für die Bevölkerung, im nächsten Jahr knapp 180 Milliarden Euro an Kredit aufnehmen kann, ist verständlich, und das ist richtig.

Wir kritisieren gleichzeitig die viel zu kurzen Tilgungsfristen; deswegen werden wir uns heute bei der namentlichen Abstimmung enthalten. Aber wir sagen ganz klar: Man darf in eine Krise nicht noch hineinsparen. Am Ende würde alles viel, viel teurer werden. Der Staat kann sich die Bekämpfung der Pandemie finanziell leisten, und er muss sie sich leisten; daran darf es keinen Zweifel geben.

Umso verstörender finde ich deswegen die Debatten innerhalb der Union in den letzten Tagen und auch Ihre Äußerungen, Frau Bundeskanzlerin, die jetzt daran konkret Zweifel säen und eine Debatte zur Unzeit anfangen über angebliche finanzielle Grenzen des Staates bei der Pandemiebekämpfung, und das losgelöst von der Sachlage. Wir haben gerade negative Zinsen. Wir haben eine extrem geringe Schuldenquote im Vergleich zu anderen Industrieländern. Und wer jetzt bei CDU/CSU sagt, wir können uns die Pandemiebekämpfung und die damit einhergehenden notwendigen Hilfen nicht mehr leisten, der erzeugt Unsicherheit, der zerstört Vertrauen, und damit sinkt auch die Ak-

zeptanz der notwendigen Einschränkungen. Ich halte diese Debatte in der Union für brandgefährlich.

Für uns ist klar: Natürlich müssen sich auch die Bundesländer an der Finanzierung der Coronahilfen stärker beteiligen. Wir sagen aber auch: Wir wollen natürlich zielgerichtete Unternehmenshilfen haben.

Wir wollen gerechte Unternehmenshilfen, und sie müssen bei denen ankommen, die sie wirklich brauchen. Deswegen halten wir eine Weiterentwicklung für sinnvoll, die sich an einer vollständigen Übernahme der Betriebskosten orientiert und die endlich auch die Einrichtung eines Unternehmerlohns vorsieht. Der Unternehmerlohn wird seit Monaten gefordert, seit Monaten hier diskutiert. Er muss jetzt endlich auch kommen. Es fehlt auch in diesem Haushalt ein befristeter Krisenaufschlag für ALG-II-Empfängerinnen und -Empfänger, für Erwachsene und für Kinder. Das haben wir im Haushaltsausschuss konkret beantragt. Konkret haben

es Union und SPD abgelehnt. Ich halte diese Entscheidung für falsch. Ich halte sie für unsozial und kaltherzig. Diese Koalition lässt gerade die Ärmsten der Armen in dieser Krise im Stich, und deswegen hat dieser Haushalt leider ei-

ne soziale Schieflage.

Doch wie geht es nach Corona weiter? Auch diese entscheidende Frage müssen wir jetzt diskutieren. Dazu gibt es wenige Antworten im Finanzplan. Olaf Scholz, Sie wollen als Finanzminister 2022 unbedingt zur unveränderten Schuldenbremse zurück, und das hat Konsequenzen für die Finanzplanung. Sie haben momentan eine Lücke von fast 60 Milliarden Euro von 2022 bis 2024 durch sogenannte globale Minderausgaben. Das kann einen gefährlichen Sparruck nach Corona auslösen, den wir unbedingt verhindern müssen. Deswegen sagen wir sehr deutlich: Wir brauchen jetzt politische verbindliche Garantien in Deutschland, aber auch in Europa, dass man nach der Krise nicht einen harten Sparkurs einschlägt. Man muss dafür sorgen, dass nach Corona nicht der Rotstift angesetzt wird. Das wäre Gift für die wirtschaftliche Erholung, und das wä-

re auch Gift für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Deswegen schlagen wir vor, dass es deutlich längere Tilgungsfristen bei den Coronakrediten gibt. FDP und CDU in NRW haben zum Beispiel Fristen von 50 Jahren vorgeschlagen und beschlossen.

Wir schlagen auch vor, dass klimaschädigende Subventionen gestrichen werden, zum Beispiel beim schmutzigen Diesel, bei der Flugindustrie, beim Lkw oder bei der Plastikproduktion. Wir wollen auch, dass Menschen mit hohen Einkommen, Menschen mit hohem Vermögen sich fair an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Denn wir sagen klar: Starke Schultern können mehr tragen, und sie sollten das auch tun.

Aber wir dürfen nicht vergessen, dass parallel zu Corona weitere sehr große Aufgaben anstehen. Der November dieses Jahres war der heißeste November aller Zeiten. Die Polkappen schmelzen dramatisch.

Da müssen Sie gar nicht lachen. Wenn Sie die Wissenschaft ernstnehmen würden, dann würden Sie wissen, dass die Klimakrise

sehr real ist und dass wir jetzt handeln müssen. Denn die Klimakrise war während Corona nicht im Lockdown.

Was jetzt notwendig ist und was viele Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Wirtschaft auch wissen, ist, dass eine große Transformation der Wirtschaft ansteht. Wer hier glaubt, dass eine klimaneutrale Stahlindustrie, eine klimaneutrale Chemieindustrie, der ökologische Umbau der Autoindustrie, der massive Ausbau der Schieneninfrastruktur einfach so nebenbei aus der Portokasse zu finanzieren wären, der irrt. Das ist doch wahnsinnig! Es wäre weltfremd, wenn wir nicht sagen wür-

Wir sollten die Chancen für die Transformation, die es gibt, jetzt konkret nutzen.

den: Wir müssen jetzt eine große Investitionsoffensive nach vorne bringen. – Das steht jetzt nach Corona an.

Das sehen wir aber leider nicht im Haushalt, Herr Scholz. Bei Ihnen werden Investitionen bei 48 Milliarden Euro in der Finanzplanung eingefroren. Jetzt schon ist klar: Das wird vorne und hinten nicht reichen. Deswegen sagen wir: Wir brauchen einen großen Investitionsfonds über die nächsten zehn Jahre. Bis 2030 wollen wir pro Jahr 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren, 500 Milliarden Euro bis 2030.

In Zeiten von historisch niedrigen Zinsen können wir das auch finanzieren. Wir wollen die Schuldenbremse nicht abschaffen; das ist klar. Wir wollen sie aber weiterentwickeln. Wir wollen sie reformieren, sodass Nettoinvestitionen

zukünftig konkret über Kredite finanziert werden können.

Denn aktuell verdient der Staat Geld an der Ausgabe neuer Kredite. In so einer Situation, wo wir einen riesigen Investitionsstau haben, wo der klimaneutrale Umbau der Wirtschaft ansteht, wo wir bei der Digitalisierung massiv hinterhinken, zu sagen: „Wir machen diese Investitionen nicht, weil wir keine Kredite dafür aufnehmen würden“, das wäre weltfremd und eine schwere Fehlentscheidung.

Wir sollten die Chancen für die Transformation, die es gibt, jetzt konkret nutzen. Wir haben in der Weltwirtschaft, in der Entwicklung der Industrieländer seit den 80er-Jahren den Trend, dass die Zinsen sinken. Sie werden auch mittelfristig weiterhin so gering bleiben; dafür gibt es viele ökonomische Gründe. Gleichzeitig eskaliert die Klimakrise immer weiter. Wir müssen jetzt handeln. Wir müssen jetzt konkret etwas tun, um das zu stoppen. Deswegen sagen wir klar: Unsere Kinder und Enkel haben nichts davon, wenn Union und SPD sich einer Reform der Schuldenbremse verweigern, wenn gleichzeitig die Lebensgrundlagen auf diesem Planeten weiter zerstört werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war sehr gut! – Gegenruf des Abg. Alexander Dobrindt (CDU/CSU): Das war nix! Das war echt nix! Erstens kannte ich die Rede schon, und zweitens bleibt er unehrlich und sagt nicht, dass er die Schuldenbremse abschaffen will!)



Vergangene Woche tagte der Bundestag mit abschließenden Beratungen über den Haushalt 2021.

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Wir werden aus dieser Krise herauswachsen



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Die Welt, in der wir leben, besteht nicht nur aus Erzählungen. Sie besteht nicht nur darin, dass irgendjemand eine Geschichte komplett erzählt und sagt: Das könnte eine Möglichkeit sein. – Sie besteht auch darin, dass wir jeden Tag überprüfen können, ob das eigentlich stimmt, was so erzählt wird. Und deshalb will ich ausdrücklich mit Blick auf die AfD sagen: Es ist so, dass das, was Sie hier heute gesagt haben, jeden Tag in den Krankenhäusern dieser Republik widerlegt wird, jeden Tag auf den Intensivstationen widerlegt wird. Es ist eine große Katastrophe, was Sie hier tun, weil Sie den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes etwas Falsches erzählen. Weil das so ist, stimmt auch nicht, dass wir nichts tun müssten, sondern tatsächlich ist es so, dass wir eine große Herausforderung zu bewältigen haben, die darin besteht, dass wir jeden Tag die Gesundheitskrise bekämpfen müssen. Wir müssen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützen.

Da haben wir eine Verantwortung als Deutscher Bundestag, als Bundesregierung, als 16 Landesregierungen, als 16 Landesparlamente, als über 200 Landräte, als 11 700 Gemeinden in diesem Lande. Und alle zusammen arbeiten jeden Tag daran, das möglich zu machen, und das ist auch richtig. Weil dies richtig ist, ist es notwendig, dass wir nicht nur die gesundheitliche Krise bekämpfen, sondern auch die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, die damit verbunden sind. Dazu kann man hier eines ganz eindeutig sagen: Deutschland hat mit den Programmen, die wir in diesem Jahr auf den Weg gebracht haben, dazu beigetragen, dass wir mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Coronakrise viel besser fertig geworden sind, als viele vorherge-

sagt haben. Wenn Sie sich die ökonomischen Daten anschauen, die wir heute feststellen können, dann sehen Sie, dass sie viel besser sind als alle Prognosen vorher. Die wirtschaftliche Entwicklung ist besser; in vielen Bereichen sind wir sogar auf das Vorkrisenniveau vorangeschritten. Wir haben trotz des gegenwärtigen partiellen Lockdowns eine Situation, in der Branchen und Unternehmen tatsächlich wieder zurecht kommen.

Die Beschäftigung hat sich besser entwickelt, als es alle vorhergesehen haben,

und die Vorhersagen für die künftige Zeit sind genauso. Deutschland hat mit seiner massiven fiskalischen Antwort dazu beigetragen, dass wir auch ökonomisch und sozial durch diese Krise kommen.

Wir werden für diese Reaktion auch international gelobt. Das, was der Internationale Währungsfond dazu sagt, was die OECD dazu sagt,

was die Europäische Union dazu sagt, was die Europäische Zentralbank dazu sagt, was die große Mehrheit der Ökonomeninnen und Ökonomen in diesem Land und international zur Krisenbekämpfungspolitik der Bundesrepublik Deutschland sagt, lautet: Das ist der Goldstandard,

so muss man es machen, wenn man eine so große Krise bekämpfen will. Wir haben diesen Weg eingeschlagen und werden ihn auch fortführen.

Mit diesem Haushalt nehmen wir sehr viele Schulden auf. Das ist so. Und ich will als Bundesminister der Finanzen sagen: Das empfinde ich trotz der Wichtigkeit dieser Entscheidung in keiner Minute als etwas, das einem leichtfallen kann. Man muss es sich, auch wenn man so viel Geld mobilisieren, sehr genau überlegen.

Ich bin deshalb nicht nur den Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung, sondern auch dem Bundestag und dem Haushaltsausschuss sehr dankbar, dass wir gemeinsam viel Geld mobilisieren, aber gleichzeitig nicht alles finanzieren, was irgendjemand bei dieser Gelegenheit sich so ausgedacht hat.

Denn gerade wenn man in der Lage ist, viel Geld einzusetzen, weil das zur Krisenbekämpfung notwendig ist, muss man genau hinschauen, was man im Einzelnen tut. Und das ist auch gemacht worden. Deshalb: Danke an den Haushaltsausschuss, Danke an den Bundestag für die Beschlüsse, die Sie sich hier vorgenommen haben. Ich glaube, es ist so, dass wir vor der Krise eine solide Haushaltspolitik gemacht haben,

die dazu geführt hat, dass wir Ende des letzten Jahres alle Stabilitätskriterien Europas eingehalten haben, und dass wir auch jetzt eine solide Haushaltspolitik machen, weil wir viel Geld einsetzen, aber wohlüberlegt und für einen

guten Zweck, nämlich um durch die Krise zu kommen.

Ganz klar ist, dass wir uns natürlich auch mit der Frage auseinandersetzen müssen: Was kommt danach? Und damit es noch mal gesagt ist: Die Bundesregierung wird sich im März nächsten Jahres über Eckwerte für den Bundeshaushalt verständigen. Es wird einen Haushaltsentwurf der Bundesregierung für das Jahr 2022

geben, und auch die Finanzplanung für die gesamte nächste Legislaturperiode wird konzipiert werden müssen. Es wird also kein Drum-Herumreden bei der Frage geben können, wie wir mit den Konsequenzen der Krise, wenn wir sie dann überwunden haben, werden umgehen können.

Deshalb will ich Ihnen meine Sicht der Dinge sagen. Eines ist ganz klar: Wir können und müssen – erstens – auf alle Fälle darauf setzen, dass unsere Wirtschaft in Deutschland wächst. Das ist das, was uns schon mal gelungen ist. Nach der letzten Krise haben wir es nämlich tatsächlich geschafft, dass sich die vielen zusätzlichen Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung relativiert haben, weil wir es hinbekommen haben, dass Deutschlands Wirtschaft gewachsen ist, und wir hatten deshalb am Ende des letzten Jahres nur 60 Prozent Staatsverschuldung. Aber damals, nach der Krise, waren es über 80 Prozent Staatsverschuldung. Jetzt werden es knapp über 70 Prozent sein. Und deshalb ist es sehr plausibel, dass wir das schaffen können, das gilt insbesondere, wenn wir zweitens auf die richtigen Zukunftsfragen setzen. Und deshalb will ich ausdrücklich auch an dieser Stelle sagen: Was wir für die Zukunft brauchen, sind Investitionen in

die richtige Entwicklung. Wir müssen dafür sorgen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze, die dazugehören, gelingt, damit wir eine CO₂-neutrale Wirtschaft haben. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das klappt mit dem industriellen Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, damit wir eine CO₂-neutrale Wirtschaft haben, und wir müssen dafür sorgen, dass

Die Beschäftigung hat sich besser entwickelt, als es alle vorhergesehen haben.

es mit technologischem und digitalem Fortschritt klappt, damit in Deutschland in 10, 20 Jahren und auch in 30 Jahren noch Unternehmen und Arbeitsplätze existieren, die auf Weltniveau mitspielen. Alles das wird mit

diesem Haushalt auch auf den Weg gebracht.

Natürlich wird man sich drittens auch über die Frage unterhalten müssen: Wie soll das eigentlich mit der sozialen Gerechtigkeit bei der Bewältigung von Krisenlasten gehen? Und da will ich gar keinen Zweifel daran lassen: Aus meiner sicheren Überzeugung ist es so, dass man es natürlich nicht hinbekommen wird, die Kosten dieser Krise zu bewältigen, wenn man, wie einige es hier vorschlagen, Steuersenkungen für Milliardäre und Spitzenverdiener

und Steuersenkungen für sehr reiche, leistungsfähige Unternehmen vorschlägt.

Das ist nicht der Weg, wie man Krisenfolgen bewältigen kann. Und natürlich auch das will ich gerne sagen wird es darum gehen, auch dafür Sorge zu tragen, dass unser Steuersystem fair und gerecht ist, zu einer ordentlichen Bilanz beiträgt und dafür sorgt, dass diejenigen, die sehr viel leisten können, einen größeren Beitrag leisten als diejenigen, die weniger leisten können. Das heißt, es gibt eine klare Antwort auf die Herausforderungen: Wir werden aus dieser Krise herauswachsen. Wir werden dafür sorgen, dass wir die Zukunft mit den richtigen Investitionen gewinnen, und wir werden dafür Sorge tragen, dass dieses Land fair und gerecht ist. Das ist die Aufgabe für die Zukunft.

(Beifall bei der SPD – Stephan Brandner (AfD): Maske!)



Ab dem 14. Dezember gelten in Sachsen verschärfte Corona-Maßnahmen. Geplant sind die Schließung von Schulen, Kitas und von Teilen des Einzelhandels sowie strengere Mund-Nasen-Schutzregeln.

©picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Bruno Hollnagel (AfD), Andreas Jung (CDU/CSU), Otto Fricke (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen), Hans Michelbach (CDU/CSU), Cansel Kiziltepe (SPD) und Markus Uhl (CDU/CSU).

Generalausprache / 198. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 9. Dezember 2020

Dr. Alice Weidel, AfD:

Es schmerzt mich, was aus diesem Land geworden ist



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Vielleicht ist dieser Haushalt ja tatsächlich der letzte, den eine von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, geführte Bundesregierung vorlegt. Dem Land und seinen Bürgern wäre das zu wünschen. Die Frage ist nur: Wie viel Unheil wollen Sie in Ihrer verbleibenden Amtszeit noch anrichten?

Die katastrophale Bilanz dieses Coronajahres, Ihr planloser und grotesker Umgang mit der Herausforderung durch das SARS-CoV-2-Virus, lässt nichts Gutes ahnen. Eine verlogene Lockdown-Politik hat das kürzlich Ihr Parteifreund, der Staatsrechtler und Verteidigungsminister a. D. Professor Rupert Scholz genannt, einer jener vernünftigen und qualifizierten Köpfe, die in der von Ihnen dominierten Partei keine Chance mehr haben. Auch nach einem Dreivierteljahr stochern Sie immer noch im Nebel und klammern sich an die untaugliche Holzhammermethode Lockdown, die mehr Kollateralschäden anrichtet, als Nutzen im Kampf gegen das Coronavirus zu bringen.

Ihr bayerischer Adlatus, Markus Söder, greift noch tiefer in die Trickkiste autoritärer Herrschaft und wirft sogar mit Ausgangssperren um sich. Statt das Gebotene zu tun und gezielt die besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen, sperren Sie die Bürger ein, vernichten Existenzen, treiben ganze Branchen in den Ruin und versuchen, bis an den Wohnzimmertisch in das Privatleben der Bürger hineinzuregieren.

So kann es nicht weitergehen.

Der Staat kann auch nicht unbegrenzt Betriebe, die faktisch mit Berufsverbot belegt wurden, auf Kosten der Steuerzahler entschädigen. Das sagen Sie ja sogar selbst. Dann ziehen Sie aber auch die Konsequenzen und beenden die kontraproduktive Lockdown-Politik. Alles andere ist – in den Worten von Rupert Scholz – verlogen.

Die zur Untätigkeit verurteilten und vom Ruin bedrohten Gewerbetreibenden durften jetzt erst erfahren, dass die großartig versprochenen Novemberhilfen wohl erst irgendwann im Januar kommen, weil noch ein Softwaretool fehlt. So viel zur Digitalisierung, die Sie seit Jahr und Tag im Munde führen, ohne dass sich etwas tut. Schnell sind Sie mit Milliardenhilfen nur bei großen Konzernen, die Sie im Gegenzug sukzessive unter Staatskontrolle bringen.

Alle paar Wochen maßt sich Ihre von der Verfassung nicht vorgegebene Kungelrunde mit den Ministerpräsidenten an, neue widersprüchliche und übergreifende Maßnahmen zu verhängen. Obendrauf haben Sie sich noch mit einem fragwürdigen, euphemistisch als Bevölkerungsschutzgesetz ausgegebenen Konstrukt einen Blankoscheck ausstellen lassen, um das Parlament zu umgehen. Das haben Sie übrigens – anders als die Auszahlung der Novemberhilfen – an nur einem Tag über die Bühne und durch alle Instanzen gebracht. Bürger, die gegen Ihre Maßnahmenpolitik protestieren, werden als Extremisten diffamiert, mit dem Verfassungsschutz bedroht und mit Wasserwerfern und Polizeigewalt auseinandergetrieben. Sie sind es, Frau Bundeskanzlerin, die dieses Land und diese Gesellschaft spalten.

Gelenkte Wirtschaft und Demokratie, ein verarmter Mittelstand aus hinteres Licht geführten Selbstständigen und Gewerbetreibenden, eingeschüchterte Bürger – das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Am Horizont ziehen Massenarbeitslosigkeit und bislang nicht gekannte Pleitewellen auf. Dazu kommt ein abnorm hoher Schuldenberg. Für

die vermeintlichen Geschenke, die Sie im kommenden Wahljahr verteilen wollen, werden künftige Generationen noch lange zu zahlen haben. Diese Bilanz allein dürfte schon reichen, um Ihre Kanzlerschaft als katastrophal in die Geschichte eingehen zu lassen; aber das ist nur der Gipfel.

Die schwersten Grundrechtseingriffe seit Bestehen der deutschen Nachkriegsdemokratie, die Sie zu verantworten haben, reihen sich nahtlos an die drei fundamentalen Rechtsbrüche, die auf immer mit Ihren Regierungsjahren verbunden bleiben werden: Erstens: die Transformation der Währungsunion in eine Haftungs- und Schuldenunion.

Zweitens: die Industrialisierungs- und Wohlstandsvernichtung durch Energiewende, Autowende, Kohle- und Atomausstieg. Drittens: die unkontrollierte Einwanderung unter Missbrauch des Asylrechts. Nach 15 Merkel-Jahren ist Deutschland ein Land, das seine Grenzen nicht gegen illegale Einwanderung schützen will, aber seine Bürger mit Ausgangssperren überzieht und Heerscharen von Polizisten zur Kontrolle der Maskenpflicht im Zugverkehr abkommandiert. Also bitte, in den 15 Jahren Ihrer Kanzlerschaft haben Sie verspielt, was Ihnen Ihre Amtsvorgänger an Reformkapital hinterlassen haben. Die Fehler der Vorgängerregierungen haben Sie nicht korrigiert, sondern verschlimmert. Das Deutschland, das Sie hinterlassen, ist tief gespalten, in seinen Grundlagen erschüttert und weit nach links abgedriftet. Aus einem leidlich sicheren Land mit funktionierender Wirtschaft und stabiler Energieversorgung ist ein Land des Misstrauens geworden, in dem die Straßen nicht mehr sicher sind und importierte Kriminalität und islamistischer Terror zu alltäglichen Bedrohungen geworden sind. Es ist ein Land der Widersprüche geworden.

Die Bundeswehr ist unter Ihrer Regierung zwar gendersensibel geworden, ist aber kaum noch einsatzfähig. Dafür sehen Polizisten immer häufiger wie Soldaten aus.

Wenn aber in Berlin oder Essen ein Clankrieg ausbricht, sind die Beamten zum Zuschauen verdonnert, bis ein muslimischer Friedensrichter aus der migrantischen Paralleljustiz den Streit geschlichtet hat.

Unsere Nachbarländer ergreifen im Krieg gegen den islamistischen Terror die Initiative. In Deutschland wird mit Phrasen beschwichtigt und lieber noch eine Milliarde für den Kampf gegen rechts ausgegeben. Frauen trauen sich nachts nicht mehr auf die Straße, aber die Regierung regelt akribisch, wer wen zu Weihnachten besuchen darf und wer nicht.

Die industrielle Basis bröckelt. Hunderttausende Arbeitsplätze sind schon weggefallen oder ins Ausland verlagert. Industriefeindliche Politik ist die

Ursache. Die Coronakrise hat diese Entwicklung beschleunigt und verschärft. Tatenlos nimmt diese Regierung hin, dass absurde EU-Grenzwerte der deutschen Automobilindustrie den Gar-

aus machen. Ergebnis jahrelanger Autohasserpolitik: Die Premiumhersteller BMW und Daimler verlegen den Bau von Verbrennungsmotoren wohin? Ins Ausland. Hochtechnologie, in Deutschland erfunden und perfektioniert, wandert ab. Zulieferer und gut bezahlte Jobs werden folgen. Elektromobilität, die auch durch noch so horrende Subventionen auf absehbare Zeit nicht wettbewerbsfähig wird, ist dafür kein Ersatz und wird es auch nie sein.

Im Namen der Klimaschutzhysterie schließen in Deutschland modernste Kohlekraftwerke und sichere Atommeiler. Dafür wird dann Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland importiert, wenn in den Windradwäldern, die unsere Landschaft verschandeln und Raubvögel erschlagen, wieder mal Flaute herrscht. Die bislang absurdeste Idee kommt von Rot-Grün in Hamburg: Buschholz aus Namibia importieren, um es in Deutschland zu verfeuern. Das ist Olaf Scholz' Home Turf. Was haben wir anderes zu erwarten?

Bürger und Unternehmen zahlen für diese wirtschaftspolitische Kakophonie mit den höchsten Energiepreisen, Steuer- und Abgaben-

lasten aller Industrieländer. Obwohl die Deutschen beim Privatvermögen und Rentenniveau weit hinter den meisten Euro-Ländern zurückliegen, dürfen sie demnächst für weitere Milliardentransfers in die südlichen Krisenstaaten zahlen. Hinter dem Vorhang der Coronakrise haben Sie nämlich auch das Verbot der Vergemeinschaftung von Staatsschulden weiter aufgebrochen. Die Eurobonds heißen jetzt Coronawiederaufbaufonds.

In diesen Tagen entscheidet sich, ob Großbritannien die EU mit oder ohne Brexit-Vertrag verlässt. Den Ausschlag für den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs gab der Kontrollverlust in der bis heute ungelösten Migrationskrise, mit dem Sie einen tiefen Keil zwischen die Europäer getrieben haben. Die Briten haben das nicht vergessen.

Während diese Regierung die Grundlagen unseres Wohlstands unterminiert, brummt in China schon wieder die Wirtschaft, gehen chinesische Staatsfonds auf Einkaufstour im gebeutelten deutschen Mittelstand, schafft Peking die größte Freihandelszone der Welt. In Deutschland beschäftigen wir uns derweil lieber mit der Frauenquote in Unternehmensvorständen.

- Da höre ich schon: „Richtig!“ – Radikal linke Ideologien wie Gendermainstreaming oder der kommunistische Kampfbegriff „Antifaschismus“ sind in den Mainstream gerückt, während Konformismus und Gesinnungsdruck, sozialistischer Irrglaube und planwirtschaftlicher Wahn eine absurde Wiederauferstehung erleben. Auch das gehört zur fatalen Bilanz Ihrer Regierungszeit.

In der Tat: Frau Merkel, Sie sind die beste Kanzlerin, die Grüne und Linke je hatten. Die Begeisterung, die man Ihnen von dort entgegenbringt, ist der beste Beleg. Es schmerzt mich, was

aus diesem Land geworden ist, und wir sind angetreten, um diese Schiefelage zu korrigieren. Wir wollen erreichen, dass Recht, Gesetz und Verfassung überall und unbedingt gelten und nicht nach Belieben zurechtgebogen und ignoriert werden, dass Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger im Mittelpunkt der Politik stehen und nicht Bevormundung in immer

Es schließen modernste Kohlekraftwerke und sichere Atommeiler.

Dieses Land kann Sie und Ihre Politik nicht mehr lange aushalten.

Fortsetzung auf nächster Seite

weitere Lebensbereiche. Unser Ziel ist, dass Staat und Verwaltung sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, das heißt die Gewährleistung des rechtlichen und ordnungspolitischen Rahmens und die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit und nicht die ständige und übergriffige Einmi-

schung in das Privatleben und die wirtschaftlichen Entscheidungen der Bürger.

Frau Merkel, kommen Sie heraus aus Ihrem geistigen Wandlitz! Blicken Sie über den Teller der Kanzleramt, das Sie in schwersten Krisenzeiten für 600 Millionen Euro vergrößern wol-

len, und schauen Sie sich an, wie es wirklich aussieht in diesem Land!

Hören Sie damit auf, sich in Ihrer Filterblase aus politischen Jasnägern und medialen Schmeichlern das eigene Versagen schönzureden und sich für Ihre Irrtümer auch noch feiern zu lassen! „Die Wahr-

heit ist dem Menschen zumutbar“, hat Ingeborg Bachmann einmal treffend gesagt.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Dieses Land kann Sie und Ihre Politik nicht mehr lange aushalten.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Dr. Götz

Frömming (AfD): Ingeborg Bachmann würde AfD wählen! – Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Pult gut saubermachen! Die AfD hat es mit der Hygiene nicht so! – Gegenruf der Abg. Dr. Alice Weidel (AfD): Regen Sie sich nicht so auf!

Dr. Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin:

Die Zahl der Kontakte ist noch zu hoch



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Fast 500 Milliarden Euro umfasst der Bundeshaushalt 2021, über den wir ja seit gestern sprechen. Nach einer Neuverschuldung im Jahre 2020 von 218 Milliarden Euro haben wir 2021 neue Schulden in Höhe von fast 180 Milliarden Euro veranschlagt. Eine Entscheidung über die Aufnahme von Schulden in dieser Größenordnung ist alles andere als leicht. Das fühlt und spürt jeder hier.

Wir hatten viele Jahre, in denen wir nicht mehr über neue Schulden sprechen mussten, sondern einen ausgeglichenen Haushalt hatten. Wir müssen uns auch immer wieder vergegenwärtigen, was öffentliche Schulden bedeuten. Es bedeutet natürlich die Belastung künftiger Haushalte, es bedeutet die Notwendigkeit, das zurückzahlen, und es bedeutet Einschränkungen für künftige Ausgaben und für künftige Generationen.

Aber – das ist das, was für uns wichtig ist, und ich bin sehr dankbar, dass die Mehrheit dieses Hauses das genauso sieht -: Wir leben in einer Pandemie. Wir leben damit in einer Ausnahmesituation. Wir leben mit einer Herausforderung, wie sie die Bundesrepublik Deutschland noch nicht in dieser Art gekannt hat. Wir müssen etwas dafür tun, dass wir in dieser besonderen Situation auch besonders handeln, und das drückt dieser Haushalt aus.

Was leitet uns dabei? Uns leitet dabei, dass Deutschland ein star-

kes Land ist, die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, ein wichtiger Partner in der Europäischen Union, der NATO, bei den Vereinten Nationen, ein weltweit anerkanntes, freies, offenes, demokratisches Land und ein Land mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und einer starken Zivilgesellschaft. Diese Stärke – das ist das, was uns leitet in diesem Haushalt – wollen wir auch in dieser Ausnahmesituation erhalten und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir nach Überwindung der Pandemie da wieder anknüpfen und diese Rolle auch weiterspielen können. Das ist das, was uns leitet.

Es macht ja niemand für uns. Dass wir das früher waren und heute sind, das reicht ja nicht aus, sondern wir müssen dafür arbeiten, dass das auch für die Zukunft gesichert ist. Ich habe es schon mehrfach hier gesagt: Diese Pandemie ist ja etwas, was die Kräfteverhältnisse auf der Welt durchaus erst einmal ökonomisch, aber vielleicht auch gesellschaftspolitisch neu ordnet. Das heißt, wir müssen schauen, wie wir eingebettet sind in die globalen Zusammenhänge. Wenn wir uns die Wirtschaftsprognosen des Internationalen Währungsfonds anschauen, dann sehen wir, dass viele Länder sehr, sehr starke Wirtschaftseinbrüche haben, schon nach den heutigen Prognosen, die sich ja immer wieder ändern können. Darunter sind auch viele europäische Länder – Italien, Frankreich, Großbritannien –, die alle einen Wirtschaftseinbruch von circa minus 10 Prozent für dieses Jahr verzeichnen. Dann gibt es eine Mittelgruppe – USA, Deutschland gehört im Augenblick laut Prognosen dazu, Australien –, die bei einem Wirtschaftseinbruch von minus 4 bis minus 6 Prozent liegt. Und dann gibt es Länder wie zum Beispiel China, die aus diesen Jahren mit einem Plus von 1,9

Prozent herauskommen werden, und zwar im Kampf gegen das gleiche Virus.

Das heißt: Wir müssen also alles tun, damit der Weg der Erholung, auf den wir im dritten Quartal nach einem massiven Einbruch im zweiten Quartal gekommen sind, auch fortgesetzt werden kann, und wir müssen alles dafür tun, dass die Prognosen, die besagen, dass wir 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen können, auch wirklich Realität werden.

Was wir immer wieder beachten müssen, ist, dass sich weltweit zeigt: Die Wirtschaft ist genau dort vor allem widerstandsfähig, wo die Pandemie unter Kontrolle ist. Es geht eben nicht um Kampf für die Gesundheit gegen Kampf für Wirtschaft und Bildung und Kultur und anderes, sondern beides miteinander in Einklang zu bringen, das ist die komplizierte Aufgabe, die wir täglich neu austarieren müssen. Wir wissen zwar immer mehr über das Virus; aber wir wissen nicht alles, zum Beispiel natürlich auch nicht, wie wir jetzt im Winter reagieren müssen.

Das heißt also: Wir müssen sehen, dass Deutschland zu denjenigen Ländern zählt, die diese Zeit erfolgreich bewältigen, und ich bin der Meinung, der Bundeshaushalt schafft damit die richtigen Voraussetzungen.

Danke auch an die Haushälter, die ja diesmal irgendwie etwas mehr zu tun hatten, um die Regierungsvorlage in ein Gesetzeswerk zu bringen, als das in normalen Zeiten der Fall ist. Deshalb ein ganz besonderer Dank!

Wir haben die Aufgabe, die Folgen der Pandemie abzufedern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt so gut wie möglich zu si-

chern. Und wir müssen belastbare Grundlagen schaffen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Zukunft. Deshalb haben wir auch Rekordinvestitionen in den Haushalten 2020 und 2021. Ich habe sehr wohl gestern in der Debatte gehört, dass man sagt: Regierung, jetzt habt ihr Geld; nun gebt es aber bitte auch aus. – Das nehmen wir sehr ernst. Ich sage ganz offen: An manchen Stellen müssen wir sicherlich auch etwas schneller handeln, auch manchmal in den Absprachen mit den Ländern schneller handeln. Das Geld ist da, und jetzt muss es eingesetzt werden. Denn von der Planung im Haushalt allein entsteht noch kein Wirtschaftswachstum, sondern nur, wenn das Geld auch fließt. Aber wir investieren klug in

die Zukunft. So ist es zum Beispiel richtig, dass wir 750 Millionen Euro für Impfstoffforschung und -entwicklung ausgeben. Wir können ja auch alle miteinander stolz sein, dass wir zwei Firmen in Deutsch-

land haben, und zwar BioNTech, die jetzt schon mit Pfizer zusammen in der Zulassungsphase sind, und CureVac, die auf der gleichen Basis einen Impfstoff entwickeln. Wir geben 9 Milliarden Euro in den nächsten Jahren für eine Nationale Wasserstoffstrategie aus, 2 Milliarden Euro für künstliche Intelligenz, 2 Milliarden Euro für Quantentechnologie, 2 Milliarden Euro für die zukünftigen Kommunikationstechnologien 5 G und 6 G.

Aber das Geld muss eingesetzt werden und dahin kommen, wo es gebraucht wird. Deutsche Unternehmen sollen im internationalen Wettbewerb mithalten können. Aber mir ist natürlich bewusst, dass viele Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Coronasituation tiefe Einschnitte hinnehmen müssen. Da denke ich natürlich wie viele andere hier auch als Allererstes daran, wie viele Menschen das in ihrer persönlichen Lebensgestaltung betrifft.

Wir hatten im November 2020 2,7 Millionen Arbeitslose. Das sind 519 000 mehr als im November 2019: Das sind 519 000 Familien, die heute Sorge haben, riesige Sor-

ge haben. Andere haben Sorge um ihren Arbeitsplatz. Deshalb war es natürlich als Erstes richtig, das Kurzarbeitergeld einzusetzen.

Dieses Kurzarbeitergeld ist für sehr viele eine Brücke. Gerade nach den Einschränkungen, die wir jetzt im November und Dezember vornehmen müssen, haben wir wieder 537 000 neue Anmeldungen allein im November gehabt. Das zeigt: Diese Brücke funktioniert, und sie muss deshalb auch fortgesetzt werden. Dafür haben wir ja die richtigen Rahmenentscheidungen getroffen.

Es geht darum, den Betroffenen schnell zu helfen; auch darüber ist gesprochen worden. Das ist natürlich eine gigantische Summe von Anträgen, die behandelt werden müssen. Vielen geht es zu langsam, aber ich weiß, dass hier die Regierung sehr hart arbeitet. Ich bin sehr froh, dass die Abschlagszahlungen jetzt auf 50 000 Euro erhöht werden konnten, sodass die Hilfe da besser ankommt.

Meine Damen und Herren, es waren schwere und schmerzhaft Entscheidungen, die wir bis hierher mit den Einschränkungen im November schon treffen mussten und die wir dann am 2. Dezember noch einmal verlängert haben, aber sie waren absolut notwendig. Wir müssen jetzt alles daransetzen, dass wir die deutsche Stärke nicht nur im wirtschaftlichen Bereich erhalten. Es geht nicht nur um ökonomische Daten, sondern es geht eben auch um einen weltweiten Systemwettbewerb, den wir ja spüren, um unterschiedliche politische und gesellschaftliche Systeme. Unser Handeln ist anders als das Handeln in Ländern, die stärker einer Diktatur gleichen; das ist vollkommen klar.

Deshalb wird die Wahrnehmung von uns natürlich auch durch die Frage bestimmt: Wie seid ihr denn durch diese schwierigen Monate gekommen? – Wir werden anerkannt als freiheitliche Demokratie mit offener und stark individualisierter Gesellschaft; darauf sind wir stolz.

Der wichtigste Schlüssel, den wir haben, sind nicht die Verbote und Schließungen und Kontrollen; diese müssen an vielen Stellen sein. Der wichtigste Schlüssel zur erfolgreichen Bekämpfung des Virus bei uns ist das verantwortliche Verhalten jedes Einzelnen und die Bereitschaft zum Mitmachen.

Wir wissen, dass wir verbindliche

Eine Entscheidung über Schulden in dieser Größenordnung ist alles andere als leicht.

Die Wirtschaft ist genau dort widerstandsfähig, wo die Pandemie unter Kontrolle ist.

Regeln brauchen. Wir wissen auch, dass sich nicht alle daran halten. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die große Mehrheit der Bevölkerung hat gezeigt, dass sie bereit ist, Rücksicht zu nehmen, eigene Interessen zurückzustellen, mitzuziehen. Ich bin davon überzeugt, dass die große Mehrheit der Bevölkerung dazu auch weiter bereit ist, weil sie die Dinge so sieht, dass wir hier mit einer außergewöhnlichen Situation konfrontiert werden. Dafür bin ich von Herzen dankbar, und das sollten wir alle miteinander sein. Aber dieser Dank darf natürlich keine Sonntagsrede sein; im Gegenzug erwarten die Bürgerinnen und Bürger, dass wir ihre Sorgen und ihre Bedürfnisse in der Gemeinschaft auch ernst nehmen. Das heißt ganz konkret: Wir müssen jetzt bei der Verabschiedung dieses Bundeshaushalts an möglichst viele Gruppen in der Gesellschaft denken, die alle Einschnitte und Rückschritte im Zusammenhang mit dieser Pandemie hinnehmen müssen. Lassen Sie mich mit den Älteren beginnen. Meine Damen und Herren, wir alle haben den Älteren und den ganz Alten in unserem Land viel zu verdanken. Die Pandemie macht das Leben in Heimen und Einrichtungen einsamer – wir haben oft darüber gesprochen –, und die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte sind noch belastender, als man sich das eigentlich wünschen würde. Wir haben 800 000 Menschen in Deutschland, die in Pflegeeinrichtungen leben. Aber wir haben auch Millionen Menschen, die ambulante Pflege in Anspruch nehmen oder durch Familienangehörige gepflegt werden; auch an die sollten wir denken.

Ich habe vor drei Wochen Gespräche mit Pflegebedürftigen und Pflegekräften geführt. Und ich habe gespürt, unter welchem unglaublichem Druck gerade die

Pflegekräfte, aber auch die zu Pflegenden stehen. Die Zahl der Infektionen in den Alters- und Pflegeheimen nimmt besorgniserregend zu. Deshalb müssen wir alles tun: Wir haben dafür auch Vorsorge mit Schnelltests getroffen, die leider oft nicht so schnell zur Verfügung stehen, wie wir uns das wünschen würden, und mit besserer Ausstattung der Pflegeheime. Aber wir haben hier eine noch wirklich große Aufgabe vor uns. Der Hoffnungsschimmer, den wir alle haben, ist, dass die zügige Impfung von Risikogruppen jetzt Anfang des Jahres auch beginnen wird. Ich will an der Stelle allerdings sagen: Wir sollten hier an

die Dinge sehr realistisch herangehen. Wir werden im ersten Quartal 2021 – das ist das Winterquartal – noch nicht so viele Impfungen durchführen können, dass wir sozusagen eine signifikante Veränderung in der Bevölkerung sehen werden. Aber wir haben die Chance, gerade Hochbetagte zu impfen, Pflegekräfte zu impfen und damit da, wo im Augenblick die meisten Todesfälle auftreten, wirklich schon einen Effekt zu erreichen. Damit wäre schon mal viel gewonnen. Ich bin den Ländern für die Vorbereitung der Impfzentren und die vorbereitenden Arbeiten sehr dankbar und natürlich auch dem Bundesgesundheitsminister. Meine Damen und Herren, neben den Älteren müssen wir natürlich auch auf die Jüngeren achten. Wir haben als Lehre aus dem Frühjahr gesagt: Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um Kitas und Schulen offen zu halten. Wir werden alles tun, um Kitas und Schulen offen zu halten. Allerdings gehört in den Wintermonaten auch das Lüften dazu. Das ist einfach so, weil wir besondere Bedingungen haben.

Die Pandemie hat manche Defizite offengelegt, an deren Überwindung wir jetzt arbeiten; ich denke an die Digitalisierung. Auch da ist es so: Von der Entscheidung, dass zum Beispiel jeder Lehrer einen Laptop bekommt, bis zu der Umsetzung, dass jeder Lehrer einen Laptop in der Hand hält, dauert es in Deutschland immer Monate. Wir können an allen Stellen schneller werden, aber genügend Geld ist da.

Wir werden das nächste Jahr zu einer Bildungsoffensive im digitalen Bereich nutzen. Wir werden mit den Ländern Kompetenzzentren für digitale Bildung entwickeln. Wir werden eine digitale Bildungsplattform schaffen, und zwar nicht nur für Schulen, sondern auch für Berufsschulen und für andere Bildungsbereiche.

Meine Damen und Herren, wir müssen auf die Familien achten. Die Familien stehen unter einem besonderen Stress und einer besonderen Herausforderung in diesen Zeiten. Da war es absolut richtig, dass wir den Anspruch auf jeweils 15 Kinderkrankentage pro Kind pro Jahr für jedes Elternteil beschlossen haben und für Alleinerziehende 30 Tage. Jeder ahnt, was jetzt in den Familien los ist, wenn man morgens nicht weiß: Hat das Kind Schnupfen? Kann es in die Schule gehen? Was ist in der Schule los? Was wartet auf uns?

Diesen Stress, der jetzt gerade in der kalten Jahreszeit da ist, müssen wir uns wirklich immer wie-

der vor Augen halten. Aber ich glaube, wir haben für Familien vieles getan, was sich in diesem Haushalt auch widerspiegelt: Wir werden das Kindergeld erhöhen. Wir werden den Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende verdoppeln. Der Solidaritätszuschlag fällt ab 1. Januar weg. Das sind Spielräume für Familien, die absolut wichtig sind. Und deshalb ist dieser Schwerpunkt im Haushalt von großer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, die Pandemie ist ja nichts, was sich auf Deutschland beschränkt, sondern wir sind als Mitglied in der Europäischen Union in die Gesamtherausforderung eingebettet. Deutschlands Stärke ist ja gerade auch die Verankerung in starken europäischen und internationalen Partnerschaften. Deshalb hat uns das natürlich auch in unserer EU-Ratspräsidentschaft beschäftigt. Wir alle hatten uns diese Ratspräsidentschaft wirklich anders vorgestellt. Vieles konnte dabei nicht umgesetzt werden; das ist schade. Das bestimmende Thema war natürlich die Pandemie. Deshalb kann ich sagen, dass wir hier in den letzten Monaten besser geworden sind, was die Koordination angeht: Wir haben jetzt mehrere Videoschalten mit allen Staats- und Regierungschefs gehabt, wo wir uns immer wieder koordiniert haben.

Ich will nur daran erinnern, dass unsere Betrachtung der Zahl der Inzidenzen, zum Beispiel mit 50 als Zielmarke, inzwischen in Europa weitestgehend akzeptiert wird, auch von der ECDC, der Europäischen Gesundheitsbehörde, dass wir mehr Harmonisierung, wenn auch noch keine vollständige, bei Quarantäneregelungen haben, dass es uns jetzt in der zweiten Welle weitestgehend gelungen ist, den freien Warenverkehr doch aufrechtzuerhalten. Das hat uns ja in der ersten Welle der Epidemie sehr geschadet.

Es ist eine gute Sache, dass zusammen mit den Mitgliedstaaten die Europäische Kommission auch die Impfstoffe beschafft hat. Für uns ist manchmal gar nicht so ersichtlich, dass das so wichtig ist. Aber für die vielen kleineren europäischen Länder ist es ganz, ganz wichtig, dass wir nicht 27-mal die Vertragsverhandlungen mit jedem Impfstoffhersteller führen, sondern dass wir hier zu einer fairen Verteilung kommen, dass wir bereits mit sechs Partnern, mit sechs Unternehmen solche Verträge abgeschlossen haben und dass auch keine Neiddiskussion zumindest innerhalb der Europäischen Union aufkommen wird bezüglich der Verfügbarkeit dieser Impfstoffe.

Meine Damen und Herren, morgen wird der Europäische Rat stattfinden. Ich würde Ihnen gerne

mehr erzählen, was wir auf diesem Europäischen Rat am Ende, am Freitag, herausbekommen werden. Aber fast alles ist noch im Fluss. Wir werden natürlich über die Frage des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union und die vertraglichen Grundlagen sprechen. Der britische Premierminister wird heute

Abend bei der Kommissionspräsidentin sein. Die Kommission führt für uns die Verhandlungen. Wir haben da volles Vertrauen. Es gibt nach wie vor die Chance eines Abkommens. Ich glaube nicht, dass wir schon morgen wissen, ob das gelingt oder nicht; das kann ich jedenfalls nicht versprechen. Wir arbeiten jedenfalls weiter daran. Aber wir sind auch vorbereitet auf Bedingungen, die wir nicht akzeptieren können, also wenn es Bedingungen von britischer Seite, die wir nicht akzeptieren können, gibt, einen Weg ohne Austrittsabkommen zu gehen. Eines ist klar: Die Integrität des Binnenmarktes muss gewahrt werden können.

Da gibt es eine Reihe komplizierter Fragen, die vor allen Dingen darin bestehen, wie man die Dynamik behandelt. Wir starten jetzt von einem mehr oder weniger gleichen, harmonisierten Rechtssystem. Aber über die Jahre werden sich die Rechtssysteme natürlich überall – im Umweltrecht, im Arbeitsrecht, im Gesundheitsrecht – auseinanderentwickeln. Wie reagiert die jeweils andere Seite darauf, wenn sich die Rechtssituation – entweder in der Europäischen Union oder in Großbritannien – ändert? Wir können nicht einfach sagen: „Darüber sprechen wir nicht“, sondern wir müssen ein Level Playing Field nicht nur für heute haben, sondern auch für morgen und übermorgen. Dafür muss man Absprachen treffen, die festlegen, wie wer reagieren kann, wenn der andere seine Rechtssituation verändert. Ansonsten kommt es zu unfairen Wettbewerbsbedingungen, die wir unseren Unternehmen nicht zumuten können. Das ist die große, schwierige Frage, die noch im Raum steht neben Fragen der Fischquoten und Ähnlichem. Aber die Frage des fairen Wettbewerbs in sich auseinanderentwickelnden Rechtssystemen ist die eigentlich große Frage, auf die wir befriedigende Antworten brauchen.

Wir werden beim Europäischen Rat über die Beziehung der Europäischen Union zur Türkei sprechen. Leider ist das Angebot, das wir zu Beginn unserer Präsidentschaft sehr intensiv gemacht haben, mit der Türkei in einen in-

tensiven Dialog zu kommen, nicht in dem Maße aufgegriffen worden, wie ich mir das gewünscht hätte. Die Aktivitäten im südlichen Mittelmeer sind nach wie vor da. Zypern hat darunter besonders zu leiden. So werden wir darüber entscheiden müssen, wie wir weiter vorgehen.

Und da liegt natürlich die Aufgabe des europäischen Finanzrahmens und Aufbausfonds vor uns. Sie wissen, dass es hier schon im Juli schwierige Verhandlungen gab.

Es war schon damals absehbar, dass die Geldsummen alleine nicht das Problem sind, sondern auch die Frage der Rechtsstaatlichkeit, der Konditionalität eine große Rolle spielt; sie hat uns schon im Juli sehr beschäftigt. Das Ganze musste jetzt in einem Rechtsakt umgesetzt werden. Ungarn und Polen haben daraufhin gesagt, dass sie dem so nicht zustimmen können. Wir suchen jetzt unter Beibehaltung des Rechtsstaatsmechanismus nach Lösungen, um diese Blockade aufzuheben. Auch da kann ich Ihnen leider noch nicht sagen, ob das gelingen wird oder nicht. Die deutsche Präsidentschaft arbeitet sehr eng zusammen mit dem Rat daran.

Das wiederum liegt als Problem vor einer anderen, eigentlich bestimmenden Frage für den morgigen Europäischen Rat, nämlich der Frage: Wie verpflichtet sich die Europäische Union zu ambitionierteren Klimazielen? Am Sonnabend findet eine außerordentliche UN-Konferenz statt. Eigentlich haben wir alle gesagt: „Wir wollen im Jahre 2020 unsere Ziele erhöhen“, und die Europäische Union steht hier unter Druck. Ich will nur daran erinnern: China hat gesagt, es werde 2060 CO₂-frei sein und vor 2030 den Peak bei den CO₂-Emissionen erreichen. Das sind sehr ambitionierte Vorhaben. Wir wissen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Wechsel der Administration wahrscheinlich wieder zurückkehren werden zum Pariser Abkommen. Das heißt, es lasten große Erwartungen auf Europa. Unser Ziel ist, hier mindestens 55 Prozent für alle Mitgliedstaaten zu vereinbaren. Die jeweiligen rechtlichen Regelungen werden ja dann erst 2021 erarbeitet. Ob uns das gelingt, hängt sehr stark auch davon ab, wie weit wir kommen bei den finanziellen Fragen.

Wir wissen leider schon jetzt mit Blick auf die Finanzen für den Haushalt 2021, dass wir nicht

Das Geld ist da, und jetzt muss es eingesetzt werden.

pünktlich starten können mit der mittelfristigen finanziellen Vorausschau und dass die Ausgangssituation, wenn wir keinen Haushalt haben, dann monatlich ein Zwölftel des vergangenen Haushaltes bedeutet, der aber geringer wird, weil Großbritannien ausgetreten ist. Das bedeutet für viele Programme, die auch hier in Deutschland eine große Rolle spielen, die Sozialprogramme, die Kohäsionsprogramme, dass erst einmal sehr große Unsicherheit sein wird. Deshalb müssen wir uns da auf eine schwierige Zeit einstellen.

Meine Damen und Herren, die Notwendigkeit, international zusammenzuarbeiten, hat sich während der Pandemie ja noch einmal verstärkt; wir sehen das. Ein Beispiel, wo uns der Wert globaler Partnerschaften noch mal richtig vor Augen geführt wurde, sind sicherlich die Entwicklung wirksamer Impfstoffe und ihrer fairen Verteilung. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir in den G-20-Staaten schon im März vereinbaren konnten, dass wir eine globale Initiative für die faire Verteilung von Impfstoffen starten werden, den sogenannten ACT-Accelerator mit der Plattform Covax. Wir werden jetzt darauf achten, dass hier auch wirklich genügend Geld ist. Es ist noch nicht genügend Geld da. Deutschland hat sich allerdings stark beteiligt, damit eben Impfstoffe beschafft werden können, nicht nur für Europa, nicht nur für Großbritannien, nicht nur für die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern genauso für die Entwicklungsländer.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben – das spüren wir alle – ganz besondere Wochen. Wir sind in einer entscheidenden, vielleicht in der entscheidenden Phase der Pandemiebekämpfung, und alle historischen Erfahrungen lehren, dass gerade die zweite Welle einer Pandemie weitaus anspruchsvoller ist als die erste. Sie lehren auch, dass eine solche zweite Welle sehr schmerzhaft sein kann. Deshalb denken wir auch an die Menschen, die Tag für Tag an oder mit dem Virus sterben. Wir denken an die, die zu dieser Stunde in den Krankenhäusern um ihr Leben kämpfen, an die, die alles für sie geben, die Ärzte und Pfleger. Und ich sage Ihnen ganz offen: Das kommt mir in diesen Tagen manchmal etwas zu kurz. Was sich da abspielt, was da geleistet wird, dafür ein herzliches Dankeschön! Daran sehen wir, dass die zweite Welle dieser Pandemie es in sich hat; das zeigen auch die historischen Erfahrungen, und es ist jetzt nicht anders, als es früher war. Wir erleben dabei ja so etwas wie ein Wechselbad der Gefühle. Auf der einen Seite, finde ich, können wir durchaus stolz darauf sein, wozu

wir in den letzten zehn Monaten seit Beginn der Pandemie in der Lage waren, jeder und jede Einzelne von uns, aber auch wir als Gemeinschaft. Wir haben schon ein sehr großes Stück des Weges zurückgelegt. Wir hatten es am Anfang des Jahres mit einem ganz unbekanntem Virus zu tun. Wir wissen heute sehr viel mehr über die Wege der Infektion, über die Möglichkeiten, sich zu schützen, über Symptome und Behandlungswege.

Wir konnten zu Beginn des Jahres niemandem sagen, wie schnell es gelingen würde, einen Impfstoff zu entwickeln. Dass heute in Deutschland an vielen Orten Impfzentren errichtet werden – und zwar mit der begründeten Hoffnung, dass dafür auch ein Impfstoff da ist –, das ist etwas, was es in einer so kurzen Zeit in der Geschichte der Menschheit noch nicht gegeben hat. Das müssen wir uns vor Augen führen.

Also: Wir sehen Licht am Ende des Tunnels. Warum ist das so? Das ist so, weil wir Menschen kreativ sind und weil wir einen unglaublichen Forschergeist haben, weil weltweit die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler uns gezeigt haben, was im Menschen steckt. Ich bin überzeugt: Wenn diese Pandemie überhaupt irgendetwas Gutes hat, dann zeigt sie uns, wozu wir Menschen imstande sind, wenn wir unser Herz in die Hand nehmen, wenn wir mit Ausdauer und Kreativität handeln und wenn wir über Grenzen hinweg zusammenarbeiten.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eben von einem Wechselbad der Gefühle gesprochen. Das heißt, dass zu dem gesamten Bild auf der anderen Seite eben leider auch gehört, dass die seit dem 2. November geltenden Kontaktbeschränkungen zwar das dramatische, exponentielle Wachstum der Neuinfektionen in den letzten Wochen stoppen konnten, dass aber die Trendumkehr ausgeblieben ist. Die Fallzahlen liegen auf einem viel zu hohen Niveau, und ganz alarmierend ist, wie stark die Zahl der Menschen, die intensivmedizinisch behandelt werden müssen, und die Zahl der Menschen wachsen, die an dem Virus sterben. Ich will es uns noch mal vor Augen führen: Die erste Lesung dieses Haushalts begann am Dienstag – da wurde er eingebracht –, dem 29. September. Da hatten wir 1 827 Fälle an einem Tag, 352 belegte Intensivbetten und 12 Tote. Heute haben wir 20 815 Fälle – 3 500 mehr als vor einer Woche –, 4 257 belegte Intensivbetten – das ist die Zahl von gestern; die von heute ist noch

nicht da – und 590 Tote. Die Konklusion heißt einfach: Die Zahl der Kontakte ist zu hoch. Die Reduktion der Kontakte ist nicht ausreichend.

- Wissen Sie, das ist der Unterschied; das ist ja auch nicht so schlimm. Es ist schade, aber es ist nicht so schlimm.

Ich glaube an die Kraft der Aufklärung. Dass Europa heute dort steht, wo es steht, hat es der Aufklärung zu verdanken und dem Glauben daran, dass es wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, die real sind und an die man sich besser halten sollte. Und da bin ich ganz sicher. Ich habe mich in der DDR für das Physikstudium entschieden – das hätte ich in der alten Bundesrepublik wahrscheinlich nicht getan –, weil ich ganz sicher war, dass man vieles außer Kraft setzen kann, aber die Schwerkraft nicht, die Lichtgeschwindigkeit nicht und andere Fakten auch nicht. Und das wird auch weiter gelten, meine Damen und Herren. Da brauchen wir uns gar keine Sorgen zu machen.

Weil die Zahlen so sind, wie sie sind, müssen wir etwas tun, und zwar Bund und Länder gemeinsam. Ich kenne die Zuständigkeiten der Länder beim Infektionsschutzgesetz – wir haben hier viel darüber gesprochen –, und ich achte diese Zuständigkeiten auch. Ich weiß aus den vielen Runden, die wir miteinander hatten: Wir können es nur gemeinsam machen. Aber ich kenne natürlich auch meine besondere Verantwortung, auch die Verantwortung der Bundesregierung, und deshalb halte ich es schon für geboten, dass Sie wissen, was mich leitet. Da will ich sagen, dass ich glaube, dass wir gut daran tun, das, was uns die Wissenschaft sagt, nämlich gestern die Leopoldina, wirklich ernst zu nehmen.

Wir freuen uns, wenn die Wissenschaft einen Impfstoff entwickelt. Wir freuen uns, wenn wir Menschen haben, die bei uns den PCR-Test entwickelt haben. Wenn uns die Wissenschaftler aber etwas sagen, dann fangen wir an, zu überlegen: Na ja, könnte sein, kann aber auch nicht sein. – Ich kann nur sagen: Nehmen wir das ernst! Die Leopoldina hat uns gestern in drei Stufen genannt, was jetzt notwendig ist. Da gibt es eine Entwicklung, über die ich mich sehr freue, und die betrifft die Stufe 2: Was tun wir ab dem 24. Dezember? – Es scheint doch weitge-

hend unstrittiger zu werden, dass wir danach eine Phase brauchen, vielleicht bis zum 10. Januar. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Ziel heißt: Runter auf 50 Fälle pro 100 000 in sieben Tagen! Das Ziel heißt nicht, nach Tagen zu rechnen. Das Ziel heißt, nach Resultat zu rechnen; sonst entgleitet uns die Pandemie wieder und wieder. Wir können den Menschen nicht zumuten, sie immer wieder darüber im Unklaren zu lassen. Das ist ganz, ganz wichtig.

Deshalb sind die Empfehlungen meiner Meinung nach richtig, dann die Geschäfte zu schließen und die Zahl der Menschen, die sich treffen, so klein wie möglich zu halten. Wir haben Regelungen getroffen, dass zu Weihnachten Familienfeste möglich sein sollen; aber ich appelliere an jeden, hier wirklich vorsichtig zu sein. Und ich sage es noch einmal – ich habe es schon öffentlich gesagt, aber ich sage es auch hier noch mal -: Ich halte die Öffnung von Hotels für die Übernachtung von Verwandten für falsch, weil sie wieder Anreize schafft, die vielleicht nicht notwendig sind. Aber das ist jetzt etwas, was wir nicht mehr überwinden werden.

Ich halte es auch für richtig, die Schulen in dieser Zeit entweder durch Verlängerung der Ferien bis zum 10. Januar zu schließen oder aber Digitalunterricht zu machen, was auch immer – das ist egal. Wir brauchen aber Kontaktreduzierungen.

Ich sage Ihnen, was mir jetzt Sorge macht – darüber müssen wir sehr schnell in den nächsten Tagen sprechen –, und das ist die Entwicklung im Augenblick: 3 500 Fälle mehr als vor einer Woche. Ich weiß, dass wir Bundesländer haben – Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt –, in denen wir einen ziemlich freien Anstieg der Fälle sehen. Aber selbst wenn wir die he-

rausrechnen, haben wir immer noch Anstiege. Und bis Weihnachten sind es von heute an noch genau 14 Tage – 14 Tage! Wir müssen alles tun, dass wir nicht wieder in ein exponentielles Wachstum kommen. Nun hat uns die Leopoldina gesagt, für diese Zeit sollten wir wirklich alle Kontakte, die nicht absolut notwendig sind, reduzieren und meiden. So hart das ist – und ich weiß, wie viel Liebe dahintersteckt, wenn Glühweinstände oder Waffelbäckereien aufgebaut werden –:

Das verträgt sich nicht mit der Vereinbarung, dass wir zum Beispiel Essen nur zum Mitnehmen für den Verzehr zu Hause einkaufen. Es tut mir leid, es tut mir wirklich im Herzen leid, aber wenn wir als

Preis dafür Todeszahlen von 590 Menschen am Tag in Kauf nehmen sollen, dann ist das nicht akzeptabel aus meiner Sicht. Und deshalb müssen wir da ran!

Wenn die Wissenschaft uns geradezu anfleht, vor Weihnachten, also bevor man Oma und Opa und andere ältere Menschen sieht, eine Woche der Kontaktreduzierung zu ermöglichen, dann sollten wir vielleicht doch noch mal nachdenken, ob wir nicht irgendeinen Weg finden, die Ferien nicht erst am 19. Dezember beginnen zu lassen, sondern vielleicht schon am 16. Dezember. Was wird man denn im Rückblick auf ein Jahrhundertereignis einmal sagen, wenn wir nicht in der Lage waren, für diese drei Tage noch irgendeine Lösung zu finden? Es mag ja sein, dass die Aufhebung der Schulpflicht das Falsche ist; dann muss es eben der Digitalunterricht oder sonst etwas sein. Ich weiß es nicht; das ist auch nicht meine Kompetenz, da will ich mich nicht einmischen. Ich will nur sagen: Wenn wir vor Weihnachten zu viele Kontakte haben und es anschließend die letzten Weihnachten mit den Großeltern waren, dann werden wir etwas versäumt haben. Das sollten wir nicht tun, meine Damen und Herren!

Die Leopoldina hat auch recht, wenn sie uns mahnt, nach der Zeit des Zurückfahrens die möglichst höchste Berechenbarkeit für die weiteren Maßnahmen aufzuzeigen. Wenn wir ganz realistisch sind, dann sehen wir: Die Winterzeit geht bis Mitte März. Das ist eine überschaubare Zeit von Anfang Januar bis Mitte März, und das kriegen wir hin. Wir werden dann nach menschlichem Ermessen einen Impfstoff haben, und dann wird sich die Lage von Monat zu Monat verbessern.

Wir müssen uns jetzt noch ein Mal anstrengen. Wir haben jetzt schon so viele Monate mit diesem Virus verbracht, und wir haben doch gelernt: Wir können etwas dagegen tun! Es ist ein bisschen unmenschlich, dass ich immer auf Distanz gehen muss, dass ich niemanden treffen soll, und wenn, dann nur mit Schutzvorrichtung – das ist richtig –, mit dem Mund-Nasen-Schutz. Aber das ist ja auch nichts, was unser Leben total zerstört. Deshalb sollten wir schauen, dass wir nicht zu viele Menschenleben zerstören und gleichzeitig – das wissen wir ja – auch die Wirtschaft am Laufen halten. In diesem Sinne bitte ich Sie, auch die nächsten, nicht einfachen Tage mit uns gemeinsam durchzustehen.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen alles tun, dass wir nicht wieder in ein exponentielles Wachstum kommen.

Das Ziel heißt: Runter auf 50 Fälle pro 100 000 in sieben Tagen!

Christian Lindner, FDP:

Die Bürgerinnen und Bürger haben Vertrauen verdient



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die Coronapandemie beschäftigt uns nun bald ein Jahr. Wir haben viel gelernt. Eine anfängliche Hoffnung hat sich nicht bestätigt, nämlich dass es eine harmlose Erkrankung sei. Im Gegenteil ist Covid-19 nicht nur, aber insbesondere für Menschen mit einer Vorerkrankung oder höherem Lebensalter eine ernstzunehmende oder auch tödliche Gefahr. Die Reduzierung von Kontakten, Frau Bundeskanzlerin, ist deshalb notwendig. Es ist notwendig, Abstand zu halten, Maske zu tragen, auf die Hygiene zu achten, die Warn-App zu nutzen und zu lüften, wo immer das möglich ist. Gerade vor Weihnachten als dem Familienfest sind wir alle in besonderer Weise gefordert, auch Rücksicht zu nehmen auf unsere älteren Familienangehörigen. Wir müssen weiter gemeinsam auf Verantwortungsgefühl, auf Vernunft und auf Vorsicht setzen. Der Umgang mit Corona ist auch Ausdruck der sittlichen Reife eines jeden Einzelnen.

Das letzte Mal haben wir eine Debatte kurz nach einer Bund-Länder-Runde geführt; nun führen wir eine Debatte vermutlich kurz davor. Die ursprünglich für den November geplanten Freiheitseinschränkungen wurden zwischenzeitlich schon bis in den Januar ausgedehnt. Verschiedene Länder haben die für den Dezember beschlossenen Maßnahmen inzwischen zum Teil verbindlich verschärft, und die Frau Bundeskanzlerin hat sich hier heute die Empfehlungen der Leopoldina zu eigen gemacht, einen tiefgreifenden und länger andauernden Lockdown in unserem Land zu beschließen. Unabhängig von der Bewertung – dazu später im Einzelnen – zeigt sich: Die Halbwertszeit der Ankündigungen, Erklärungen und Verhaltensregeln wird immer kürzer. Damit wird auch die wichtigste Ressource in dieser

Krise immer knapper, nämlich die Berechenbarkeit staatlichen Handelns.

Herbst und Winter kamen offenbar so überraschend, dass wir nun wieder genau dort sind, wo wir im Frühjahr schon einmal waren. Man kann, man darf einer Regierung nicht zum Vorwurf machen, dass wir in einer Pandemie leben. Das kann und darf man ihr nicht zum Vorwurf machen. Aber man muss kritisieren, dass der Sommer und viele Monate und die Möglichkeiten des Gesamtstaates nicht genutzt wurden, um genau diese Situation, vor der wir jetzt stehen, abzuwenden. – Ja, in der Tat, Herr Brinkhaus, wir haben bereits im Frühjahr dringend dazu aufgerufen, flächendeckend die Versorgung mit FFP2-Masken sicherzustellen. Wir haben schon im Frühjahr angeregt, auch die Kapazitäten der Veterinär- und Zahnmedizin zu nutzen, um die Testkapazitäten auszuweiten. Insofern sollten Sie nicht den Eindruck erwecken, es habe keine Hinweise und unterstützenden Stimmen gegeben.

Der bayerische Ministerpräsident hat sogar schon mit großer Geste neue Maßnahmen beschlossen. Der Kollege Mützenich hat das Auftreten als theatralisch bezeichnet; das möge jeder für sich beurteilen. Aber welche Wirkung soll beispielsweise eine Ausgangssperre von 21 Uhr bis 5 Uhr morgens haben? Vom Gassigehen mit dem Hund um den Block geht jedenfalls keine Infektionsdynamik aus. Das sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Notwendigkeit der Kontaktbeschränkungen und der Pandemiebekämpfung, rein symbolische Einschränkungen, die erstens unwirksam sind, zweitens unverhältnismäßig in die Freiheit der Menschen eingreifen und die drittens dem Publikum ein planvolles Vorgehen nur simulieren sollen. Das braucht niemand.

Vom Bundesgesundheitsminister hat neulich ein Zitat Karriere gemacht.

Man würde mit dem Wissen heute, das kann ich Ihnen sagen, ... keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch mal passieren.

Das sagte Jens Spahn Anfang September im Rückblick auf das

Frühjahr. Wie lautet wenige Wochen später die aktuelle Fassung davon? Etwa so: Mit dem Wissen von heute würde man gestern nicht mehr gesagt haben, dass die Entscheidung vorgestern unnötig war. Niemand wirft der Regierung vor, Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen und sich zu korrigieren. Ich werfe etwas anderes vor: Die fortwährende Korrektur der Korrektur wirft Fragen nach der wissenschaftlichen Evidenz aller Maßnahmen auf – nach wenigen Wochen.

Dabei hat Jens Spahn ja recht: Unverändert fehlt der Beleg für pauschale Gefahren, die von der Kultur, von Museen, von der Speisegastronomie mit Hygienekonzepten, von Kosmetikstudios oder Schulen ausgehen sollen. Und nun geht es an den Handel; für den gilt dasselbe. Unverändert fehlt eine dauerhaft durchhaltbare Strategie, die auf wissenschaftlich begründete Maßnahmen setzt. Kein Zweifel: Bei hohem Infektionsgeschehen sind regional weitere Reduzierungen der Kontakte nötig. So hatten wir den Beschluss der Bund-Länder-Runde indessen auch verstanden. Zitat:

Aus der Infektionswelle darf keine Pleitewelle werden.

Bei besonders extremen Infektionslagen mit einer Inzidenz von über 200 Neuinfektionen ... und diffusem Infektionsgeschehen sollen die umfassenden allgemeinen Maßnahmen nochmals erweitert werden, um kurzfristig eine deutliche Absenkung des Infektionsgeschehens zu erreichen.

Damit liegt eine Regelung für ein regional differenziertes Handeln gegen steigendes Infektionsgeschehen doch auf dem Tisch. Warum setzen Sie nicht einfach das um, was Sie bereits in der Bund-Länder-Runde beschlossen hatten?

Aus unserer Sicht sind nicht pauschale und flächendeckende Maßnahmen nötig, sondern regionales und vor allem berechenbares Handeln. Wir hatten mit unseren Anträgen zum § 28a des Infektionsschutzgesetzes Vorschläge gemacht, wie wir Bevölkerung und Behörden mit einer klaren Wenn-dann-Zuordnung Handlungssicherheit geben könnten. Genau

diese Berechenbarkeit fehlt nun. Liebend gern würden wir darauf verzichten, binnen nur drei Wochen die praktische Bestätigung für unsere Befürchtung erhalten zu haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Werbespot der Bundesregierung zu besonderen Helden der Pandemie war gewiss amüsant gemeint. In diesem Haus denken die allermeisten, wenn nicht wir alle, bei Coronahelden vermutlich zuerst an die Beschäftigten in Heilberufen, an diejenigen, die in unserem Land den Alltag aufrechterhalten; wir denken bei Coronahelden auch an diejenigen, die sich trotz der Gefährdung der eigenen wirtschaftlichen Existenz den Mut nicht nehmen lassen. Das sind die Helden! Im Spot bestand das Heldentum des Studenten darin, faul wie ein Waschbär auf der Couch zu liegen. Viele Studierende bemühen sich mühsam um Kontakt zu Dozenten und vermischen digitale Lernangebote schmerzlich. Wer den Verlust von Lebenszeit fürchten muss, der wird über die Einladung zum Gammeln auf der Couch nicht unbefangen lachen können. Aber darum geht es nicht. Das ist geschenkt! Aber – das ist eben noch einmal zum Ausdruck gekommen – dieser Clip bringt die Krisenstrategie der Bundesregierung auf den Punkt: der Stillstand als nationale Kraftanstrengung.

Frau Bundeskanzlerin, nun steht uns ja ein weiteres Kapital bevor, wie Sie hier eben dargelegt haben. Manche haben schon vor dem Ratschlag der Leopoldina mit Frankreich argumentiert. Dort gab es einen mehrwöchigen harten Lockdown, um die Fallzahlen zu reduzieren. Jetzt wird bei uns der Eindruck erweckt, es würde ausreichen, einmalig bis zum 10. Januar zu schließen, um danach wieder eine Form der Normalität zu erreichen. Daran habe ich in der Tat Zweifel; denn ausgerechnet gestern kamen die aktuellen Zahlen aus Frankreich, und leider steigt dort die Zahl der Neuinfektionen wieder. Das wird man beobachten müssen. Damit ist doch klar: Ohne einen umfassenden Einsatz des Impfstoffs, der noch lange auf sich warten lassen wird, gibt es keine Garantie, dass aus kurzer Härte nachhaltiger Erfolg wird.

Im Gegenteil: Es ist unsicher, ob nicht die kurze Härte zu einer langen Härte werden muss. Danach ist dann nur eines sicher, nämlich der hohe soziale und wirtschaftliche Schaden durch den Stillstand des Landes. Deshalb sollten wir vor einer Bund-Länder-Runde miteinander besprechen, ob es strate-

gische Alternativen gibt.

Ja, wir brauchen Distanz im Alltag. Aber wir bleiben dabei angesichts der Zahl der Toten und wer betroffen ist, angesichts der Zahl der Hospitalisierung und wer hospitalisiert ist, angesichts des besonderen Risikos, das ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen tragen: Der Kernpunkt der Krisenbewältigung, wenn sie dauerhaft durchhaltbar sein soll, muss der Schutz der besonderen Risikogruppen sein. Sie gehören in das Zentrum staatlichen Handelns.

Jetzt ist hier gesagt und oft genug vorgetragen worden, dabei handele es sich nach der Zahl des Gemeinsamen Bundesausschusses um 27,35 Millionen Menschen, die könne man ja gar nicht alle schützen. Dabei weiß die Regierung selber es besser. Frau Bundeskanzlerin, mit Ihrer Rechtsverordnung zum Impfen, mit Ihrem Impfplan haben Sie ja bereits eine Clusterung nach unterschiedlichem Risikoprofil vorgelegt. Da sind zum einen die Menschen mit Vorerkrankungen und die Hochbetagten; die haben ein anderes Risikoprofil als noch sportive Mittsechziger. Das entnehme ich Ihrer Impfstrategie. Aus diesem Grund kann und muss sich der Schutz vulnerabler Gruppen auch praktisch bewähren, indem wir dafür sorgen, dass zum Beispiel in Altenpflegeheimen die von Herrn Brinkhaus in der letzten Debatte angesprochenen Defizite beseitigt werden, und indem wir Menschen im Alltag, Frau Bundeskanzlerin, nicht zumuten, jetzt draußen im Kalten vor dem Handel in einer Schlange zu stehen – möglicherweise achtet auch nicht jeder auf den Abstand –, um danach nahezu allein einkaufen zu gehen, nachdem man zuvor auch eng sitzend im Bus angereist war. Da haben wir im Alltag bessere Möglichkeiten, um den Menschen zu helfen.

Aktuell setzen wir jeden Monat rund 20 Milliarden Euro ein, um die Einnahmeverluste für die pauschalen Schließungen zu kompensieren. Was hätten wir mit diesem Geld alles tun können? Wir hätten Taxigutscheine finanzieren können, Schulen und Altenheime mit Luftfiltern ausstatten können, Testkapazitäten ausweiten können. Da ist der Unterschied: Sie setzen Milliarden ein, um die Schäden des Stillstands zu dämpfen. Wir wollen Mittel einsetzen, um öffentliches Leben zu erhalten – dort, wo es möglich ist. Das wäre im Übrigen auch für den Steuerzahler langfristig der bessere Weg.

Wir haben konkrete Maßnahmen ganz konkret in den Haushaltsberatungen beantragt. Das

Fortsetzung auf nächster Seite

RKI hat 68 zusätzliche Stellen für die Informationstechnik beantragt; denn ein großes Problem der Nachverfolgung von Infektionsketten ist doch, dass noch mit Fax und unzureichender IT gearbeitet wird. Was hat die Große Koalition gemacht? Trotz Milliarden Mehrausgaben: Von den 68 vom RKI beantragten Stellen haben CDU/CSU und SPD gerade einmal vier Stellen genehmigt, und das ist eine krass falsche Schwerpunktsetzung. Da ist von Ihnen an der falschen Stelle gespart worden.

Wir haben konkret beantragt, 1 Milliarde Euro zur Versorgung der vulnerablen Gruppen mit FFP2-Masken bereitzustellen, nachdem Sie, Frau Bundeskanzlerin, in der letzten Debatte gesagt haben, die normalen Alltagsmasken böten zum Beispiel beim Einkauf keinen hinreichenden Schutz. Das haben wir ernst genommen, und wir haben daraus die Konsequenz gezogen, dass wir die staatlichen Mittel dort einsetzen müssen, damit den Menschen mit höherem Schutzniveau ein Alltagsleben ermöglicht wird. Die Folgen Ihrer Strategie, meine Damen und Herren, sind am Haushalt ablesbar: 180 Milliarden Euro neue Schulden. Die wirklichen Folgen für den Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft werden wir erst langfristig im nächsten Jahr und in den nächsten Jahren sehen. Wir würden milder über die Schulden urteilen, Frau Bundeskanzlerin, wenn die Hilfsprogramme wenigstens ankämen. Es wurden aber großzügige Hilfen in Aussicht gestellt. Ich sage weiter: Damit wurde auch ein gewisses Stillhalten von Ländern und Branchen erreicht. Doch was ist daraus geworden? Von den Hilfen ist nichts ausgezahlt worden. – Wir wollen keine Hilfen kürzen, Herr Schneider.

Wir wollen, dass die Hilfen tatsächlich ankommen. Deshalb ist unser konkreter Vorschlag: Folgen Sie dem Rat der Länderwirtschaftsministerinnen und -wirtschaftsminister! Erhöhen Sie die Abschlagszahlungen auf 500 000 Euro! Und fassen Sie die November- und Dezemberhilfe in einer Hilfe zusammen, die unbürokratisch ausgezahlt werden kann, damit aus der Infektionswelle nicht eine Pleitewelle wird! Der Finanzminister könnte und sollte sich öffnen, wenn auch der Wirtschaftsminister sich inzwischen dafür ausspricht, den steuerlichen Verlustrücktrag auszudehnen. Herr Scholz, ich weiß nicht, warum sich Ihr Haus dagegen sperrt. Es ist ein reiner Liquiditätseffekt für den Staat; denn ob die Verluste dieses Jahres in der Zukunft genutzt werden oder ob die Verluste dieses Jahres gegen die vergangene Steuerschuld angerechnet werden,

ist für die Liquidität des Staates ein Unterschied, aber nicht für das Steueraufkommen insgesamt. Es gibt nur einen einzigen Unterschied: Zukünftig Steuern zahlen können nur Betriebe, die es dann überhaupt noch gibt. Deshalb sollten Sie einen Beitrag dafür leisten, dass diese Betriebe über diese schwierige Zeit kommen.

Das Dilemma Ihrer Krisenpolitik ist, dass das Schließen und Kompensieren des Einnahmeausfalls selbst in der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt irgendwann an Grenzen stößt. In bemerkenswerter Offenheit hat das der Kollege Brinkhaus in der Debatte in der letzten Sitzungswoche auch gesagt. Er hat gesagt: Ab dem nächsten Jahr könnten sich die Länder nicht mehr darauf verlassen, dass aus dem Bundeshaushalt allein die Hilfen geleistet werden. – Herr Brinkhaus, da haben Sie in der Tat die Grenzen dessen, was fiskalisch möglich ist, angesprochen. Nur, ob es aus dem Bundeshaushalt oder aus den Länderhaushalten geleistet wird, ist am Ende einerlei; denn für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist es die gleiche Steuerlast, die sie tragen müssen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stehen nämlich dem Gesamtstaat gegenüber und nicht den Länderhaushalten oder dem Bundeshaushalt. Wenn Sie also die Grenzen der fiskalischen Leistungsfähigkeit unseres Staates zu Recht betonen, dann müssen Sie auch die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

180 Milliarden Euro Neuverschuldung, die höchste Neuverschuldung! Diese Zahl ist noch unvollkommen; denn hinzu kommen noch unsere Haftungsverpflichtungen, beispielsweise für „Next Generation EU“, das 750-Milliarden-Euro-Programm der Europäischen Union. Nun, vor diesem Hintergrund, angesichts dieser enormen Dimension, sagt der Bundesfinanzminister: Die Grenze der Verschuldung ist nicht erreicht. – Für mich ist das keine Entwarnung, sondern ganz im Gegenteil: Das klingt für mich geradezu wie die Rechtfertigung zusätzlicher Schulden. Herr Scholz, die Grenze der Verschuldung darf in Deutschland niemals überhaupt in Sicht geraten. Das heißt nämlich nicht nur etwas für unsere eigene Schulden-tragfähigkeit.

Wir wirtschaften hier doch nicht allein nur für uns. Die Bonität und die fiskalische Stabilität der Bundesrepublik Deutschland haben doch eine enorme Bedeutung für die Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt. Wo steht

denn die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa ohne „AAA“-Bonität Deutschlands? Wir haben eine fiskalische Vorbildfunktion für andere in Europa. Deshalb müssen wir weiter der Stabilitätsanker der Europäischen Union, der Wirtschafts- und Währungsunion bleiben. Deshalb dürfen wir nicht mehr Schulden machen als überhaupt nur notwendig.

Schon jetzt wird in Italien darüber gesprochen, zu einem Schuldenerlass zu kommen. Unsere französischen Partner und Freunde sprechen offen darüber – wie in Deutschland übrigens die Grünen –, dass man doch nach der Coronapandemie nicht mehr zu den Stabilitätsregeln des Vertrages von Maastricht zurück kann. Deshalb geht es nicht nur um die aktuellen Hilfen jetzt, nicht nur um die deutsche Schuldentragfähigkeit, nicht nur um Fairness gegenüber unseren Steuerzahlenden, nicht nur um Fairness gegenüber der nächsten Generation. Es geht um die Integrität und Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt. Die Coronakrise darf nicht der Ausgangspunkt der nächsten Euro-Schuldenkrise werden. Aus diesem Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat unsere Fraktion konkret in über 527 Änderungsanträgen zum Entwurf des Bundeshaushaltes 2021 dargelegt, dass es möglich ist, die Schuldenaufnahme zu halbieren, und zwar ohne Voodoo und Zauberkünste. 20 Milliarden Euro alleine sind die Ausgabenreste des Jahres 2020. Gut 50 Milliarden Euro ist die Asylrücklage, die wir natürlich

zur Reduzierung der Neuverschuldung in diesem Jahr auflösen wollen. Sie wollen sie bis ins Jahr 2022 mittragen, als Rücklage. Ja, da ahnt man doch, um was es geht: dass nach der nächsten Bundestagswahl noch Milliardensummen als Wahlkampfkonto zur Verfügung stehen. Notkredite, wie wir sie jetzt aufnehmen, dürfen aber danach auch alle Rücklagen im Haushalt aufgelöst sind. Das ist auch ein Gebot der Haushaltswahrheit und -klarheit. Das sagen nicht nur wir, sondern das schreiben Ihnen auch führende Verfassungsrechtler – gestern noch in einem bemerkenswerten Interview in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ – ins Stammbuch. Also: Eine Halbierung der Schulden ist

möglich.

Dann wird es darum gehen: Wie gelingt die dauerhafte Sanierung der öffentlichen Finanzen nach der Pandemie? Der Bundesfinanzminister hat völlig zu Recht gesagt: Wir müssten aus unseren Schulden herauswachsen, also eine wachstumsorientierte Politik machen bei zugleich wieder neuer finanzieller Solidität. – Das war eine Strategie, wie sie nach 2010 unter

der Ägide des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble erfolgreich umgesetzt worden ist – aber unter ganz anderen Voraussetzungen. Damals haben wir Haushalte sanieren können, weil aufgrund der Euro-Krise die Zinsen nach unten gegangen sind, wir die Zinsgewinne nutzen konnten. Das steht nicht mehr zur Verfügung. Die Zinsen werden nicht sinken, sondern es bestehen Risiken, dass sie vielleicht dereinst wieder steigen könnten.

Wir hatten die breiten Schultern der Babyboomer mit ihrer gesamten finanziellen Feuerkraft ein Jahrzehnt zur Verfügung. Die wechseln jetzt aber auf die Seite der Bezieher von Ruhestandseinkommen; die gehen in den Ruhestand. Wir hatten noch die Reformdividende der Agenda 2010. Die ist reichlich genutzt und verbraucht worden, steht jetzt aber nicht mehr zur Verfügung. Deshalb wird uns allen gemeinsam in diesem Haus mit dem nächsten Haushalt, dem Haushalt für 2022 – jeder hat seine Meinung dazu –, ein vollkommen neuer Aushandlungsprozess bevorstehen, wie wir öffentliche Finanzen neu aufstellen, wie wir die Investitionsbedürfnisse von Staat und Privat neu ausbalancieren.

Inzwischen sehen wir auch schon, in welche Richtung das geht: Die Sozialdemokratie und der Finanzminister sprechen darüber, eine Vermögensteuer einführen zu wollen. – Ja, aber stellen Sie sicher, dass es überhaupt noch Vermögen gibt, die man besteuern kann! – Ach, wissen Sie, ich bin da total entspannt. Ich würde nur gerne einmal einen praktischen Vorschlag für eine Vermögensteuer sehen, der nicht einen bürokratischen Tsunami auslöst, der mehr Kosten verursacht, als Einnahmen erzielt werden. Wir könnten über einen solchen konkreten Vorschlag sprechen, den gibt es aber nicht.

Bündnis 90/Die Grünen sagen, sie wollen die Steuern erhöhen, unter anderem vielleicht auch, um die neue Leitidee des bedingungslosen Grundeinkommens zu finanzieren. Gestern sagte ein Haus-

haltspolitiker der Grünen, nach der Krise dürfe man doch um Gottes willen nicht zur Politik der schwarzen Null zurückkehren, wegen der Investitionen. Ich bin auch für Investitionen. Ich glaube auch, dass wir in den öffentlichen Haushalten einen Schwerpunkt im investiven Bereich setzen müssen, nachdem wir fast ein Jahrzehnt konsumtive Ausgaben gesehen haben, insbesondere im Bereich der Rentenpolitik, die nun wie eine Hypothek im nächsten Jahrzehnt die öffentlichen Haushalte belasten werden.

Dennoch gibt es einen Bewertungsunterschied. Sie setzen bei Investitionen – das ist Ihre DNA, und das sei Ihnen zugestanden – auf den Bereich der öffentlichen Investitionen, inklusive der Investitionslenkung durch den Staat, der Planung der Transformation am wortwörtlichen grünen Tisch. Das kann man auch so wollen. Wir setzen aber auf ein anderes Konzept. Wir setzen auf die soziale Marktwirtschaft, in der der Staat gute Rahmenbedingungen dafür setzt, dass private Investitionen Zukunft schaffen. Dann haben wir im Übrigen auch die Möglichkeit, öffentliche Verschuldung entbehrlich zu machen, weil Deutschland endlich wieder attraktiv für ausländische Direktinvestitionen werden könnte, die in unser Land fließen. Davon haben wir gegenwärtig zu wenig.

Immerhin die CDU sagt, sie schließt Steuererhöhungen aus. Wir erinnern uns allerdings auch an das Jahr 2005, als trotz des Ausschlusses von Steuererhöhungen danach die Mehrwertsteuer erhöht worden war. Also: Wir werden sehen, in welche Richtung es geht.

Für uns ist klar: Wir werden die wirtschaftliche Erholung nicht erreichen, indem wir den Bürgerinnen und Bürgern und Betrieben zusätzliche Belastungen in Aussicht stellen. Dafür kann jeder werben. Wer das will, möge in diesem Land für diese Position werben. Unsere ist eine andere. Unsere Position ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen verdient haben; das haben sie während der Pandemie gezeigt. Unsere Position ist, dass Erfindergeist à la BioN-Tech Zukunft schafft. Deshalb braucht unser Land eine Offensive für die Entfesselung genau dieser Kreativität und wirtschaftlichen Dynamik: durch weniger Bürokratie, durch die Senkung von Steuern und Abgaben, durch eine Initiative für Forschungsfreiheit und für weltweiten Handel. Vielleicht bietet ein Jahrzehnt „Politik ohne Geld“ auch die Möglichkeit der Rückbesinnung auf die freiheitliche Wirtschaftsordnung.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Saskia Esken (SPD): Genau!)

Die Coronakrise darf nicht der Ausgangspunkt der nächsten Euro-Schuldenkrise werden.

Notkredite dürfen nur aufgenommen werden, wenn alle Rücklagen aufgelöst sind.

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Der Sozialstaat hilft allen und nutzt allen



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Das ist der letzte ordentliche Haushalt, den dieser Bundestag beschließen wird. Die Einzelpläne stehen einerseits im Zeichen der existenziellen Herausforderung durch die Pandemie und andererseits für den Beginn eines Jahrzehnts, in dem wir die Weichen für eine sich wandelnde Arbeitswelt und klimaschonendes Wirtschaften stellen müssen. Dies spiegelt dieser Haushalt wider. Deswegen möchte ich mich insbesondere an die Haushälterinnen und Haushälter wenden und danke für konzentriertes, verantwortliches Handeln. Dieser Haushalt zeigt die Stärke und auf der anderen Seite auch die Verantwortung des Deutschen Bundestages.

Wenn ich für meine Fraktion eine persönliche Bemerkung machen darf: Kurz vor seinem plötzlichen Tod, wenige Tage zuvor, hatte uns Thomas Oppermann gebeten, in seiner Heimatstadt eine institutionelle Brücke zwischen der Kultur auf der einen Seite und der Wissenschaft an seiner Universität auf der anderen zu schlagen. Alle Fraktionen haben dem zugestimmt. Dafür danke ich. Insbesondere danke ich der Universität dafür, dass das Forum den Namen von Thomas Oppermann tragen wird. Vielen Dank dafür!

Im Kern, meine Damen und Herren, stellen sich in dieser Debatte drei Fragen: Können wir die Pandemie und ihre Folgen beherrschen? Was müssen wir tun, um die Demokratie zu stärken? Und: Welche Impulse sollen wir der internationalen Politik geben, wenn die USA bald wieder einen glaubwürdigen Präsidenten haben?

Deswegen sage ich direkt zu Beginn: Vor dem Hintergrund der Zahlen und der Belastungen unseres Gesundheitswesens sind weitere Beschränkungen geboten und verantwortlich. Meine Fraktion unterstützt entsprechende Überle-

gungen und Beschlüsse. Ich bin mir sicher: Die rechtlichen Grundlagen dafür sind vorhanden.

Eine weitere Antwort auf die Herausforderung durch die Pandemie ist in der Tat ein starker Haushalt, aber gleichzeitig auch ein anspruchsvoller Sozialstaat. Ohne diese beiden Komponenten können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verantworten, dass wir einen Haushalt beschließen. Ich bin fest davon überzeugt: Es ist gelungen, diese Komponenten zusammenzubringen.

Auf der einen Seite investieren wir in eine Gesundheitsversorgung, die wir weiterhin stärken müssen. Wir kämpfen aber auch dafür – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben es erwähnt –, dass Menschen in Beschäftigung gehalten werden und sich gleichzeitig qualifizieren können. Frau Bundeskanzlerin, ich war dabei und kann sagen, dass es nicht so einfach gewesen ist, mit dem Koalitionspartner die damalige Befristung der Kurzarbeit so einfach langfristig zu verlängern. Im Koalitionsausschuss haben wir darum gerungen, und ich bin stolz, dass es uns beiden am Ende gelungen ist.

Auf der anderen Seite steht auch wirtschaftliche Substanz hinter den Überlegungen und den Beschlüssen zu diesem Haushalt. Wir wollen wirtschaftliche Substanz sichern, weil wir, wenn die Krise beendet ist, dieses wirtschaftlich leistungsfähige Land auch schnell wieder hochfahren wollen. Gleichzeitig dürfen wir dabei nicht vergessen – auch dafür steht dieser Haushalt –: Wir sind in einem Jahrzehnt der Veränderungen, und deswegen investieren wir in Mobilität, klimaschonendes Wirtschaften, neue Arbeitsplätze und eine Digitalisierung, die die Voraussetzung für neue Arbeit in unserem Land ist.

Deswegen, meine Damen und Herren: Vor diesem Hintergrund sollten wir die staatlichen Ebenen nicht gegeneinander ausspielen. Bund, Länder und Kommunen und deren Beschäftigte leisten Außerordentliches, und dafür möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken.

Ich sage auch sehr deutlich: Einige haben die Länder in der Kri-

senbekämpfung als „Leerstelle“ bezeichnet. Ich empfinde das als ungerecht und ohne Grundlage. Die Neuverschuldung und die Kreditemächtigungen, die die Länder in den vergangenen Monaten – zum Teil in Nachtragshaushalten und Sondervermögen – aufgenommen haben, betragen 105 Milliarden Euro. Ich glaube, wir sollten alles dafür tun, deutlich zu machen: Die Bewältigung der Krise bleibt eine gemeinsame Aufgabe. Wir sind ein starkes Land, sind gut darauf vorbereitet und können einen entscheidenden Anteil leisten – aber eben alle staatlichen Ebenen zusammen und nicht gegeneinander, meine Damen und Herren.

Deswegen: Wenn wir die Krise gemeistert haben, werden wir klären, wie wir die finanziellen Lasten abtragen können. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Breite Schultern müssen in Zukunft einen außerordentlichen Beitrag leisten. Das ist nur gerecht. Herr Kollege Lindner, wenn Sie Sorge haben, dass es in diesem Land nicht mehr genügend Vermögende gibt, muss ich sagen: Das war der Witz des Tages.

Doch die Pandemie berührt ein weiteres Thema unserer Demokratie, um die wir tagtäglich so hart ringen. Freedom House hat vor einigen Monaten festgestellt, dass sich in 80 von 192 Ländern auf der Welt die Bedingungen für die Demokratie und die Menschenrechte verschlechtert haben. Das ist ein bedrückender Befund, gerade für ein Land wie Deutschland, wo wir aus der historischen Verantwortung heraus immer wieder um diese Demokratie kämpfen müssen.

Wir stehen vor einer doppelten Bewährungsprobe: In Demokratien stehen auf der einen Seite das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und der Schutz menschlichen Lebens im Vordergrund. Beides bildet die Grundlage für individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit. Auf der anderen Seite muss die Demokratie unter den Bedingungen der Pandemie Reaktionen zeigen, die dem Wesen liberaler Demokratien fremd sind, insbesondere wenn es um die zeitliche Einschränkung von Grundrechten geht. Aber darum müssen wir ringen. Deswegen sage ich sehr deut-

lich: Unsere Repräsentantinnen und Repräsentanten müssen über dieses Dilemma reden, müssen Glaubwürdigkeit schaffen, so wie Sie es, Frau Bundeskanzlerin, aber auch der Bundespräsident tagtäglich unter diesen Bedingungen versuchen zu tun. Das spricht für die demokratische Verfasstheit.

Der Bundestag hat vor einigen Wochen gezeigt: Voraussetzung ist, Rechtssicherheit herzustellen und gleichzeitig Kritik zuzulassen. Ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, die sich tagtäglich dieser Kritik stellen und versuchen, zu argumentieren und letztlich auch Antworten zu geben. Der Protest ist zulässig, aber der Protest ist nicht zulässig, wenn Verfassungsorgane genötigt werden, und die AfD hat in den vergangenen Wochen Beihilfe dazu geleistet. Meine Damen und Herren, das muss gehandelt werden.

Demokratie kommt nicht von allein und bleibt verletzlich. Deshalb dürfen wir niemals mit Demokratieverächtern paktieren, weder, wie es die FDP in Thüringen getan hat, noch jetzt, wie es große Teile der CDU in Sachsen-Anhalt ausdrücklich wollen. Mit einer rechtsextremistischen Partei gemeinsame Sache zu machen, ist eine Grenzüberschreitung. Dazu haben wir in den letzten Tagen bundespolitische Stimmen aus der Union vermisst. Deswegen, meine Damen und Herren: Wer sich auf die AfD einlässt, geht daran zugrunde, und mit ihr die Demokratie.

Wenn ich sage: „Wir kämpfen um diese Demokratie“, muss ich auch sagen: Es gibt eine weitere Lehre aus dieser Situation. Ohne ein demokratisches Europa ist eine nationalstaatlich verfasste Demokratie nicht sicher. Deswegen sage ich, Frau Bundeskanzlerin: Wir teilen das, was Sie über die Aufgaben für den Europäischen Rat in den nächsten Tagen gesagt haben. Aber was ich in Ihrer Rede vermisst habe, ist, dass Sie sich für das Rechtsstaatsprinzip in der Europäischen Union einsetzen werden. Ich sage sehr deutlich: Die Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips ist in unserer Demokratie auch eine Voraussetzung dafür, dass wir in Europa darum kämpfen.

Meine Damen und Herren, wer über Demokratie spricht, muss auch über die soziale Demokratie reden. Der Sozialstaat ist für diese Demokratie kein lästiges Beiwerk, sondern Bedingung dafür, dass gleiche Freiheit gesichert wird. Ich treffe Menschen in den Wahlkreisen, die früher gedacht haben, der

Sozialstaat sei doch nur für andere da. Sie merken jetzt: Der Sozialstaat hilft allen und nutzt allen. Das beste Beispiel in diesen Tagen ist, dass wir dafür gekämpft haben, ein Arbeitsschutzkontrollgesetz in der Fleischindustrie auf den Weg zu bringen. Das bringt auf der einen Seite Sicherheit für die Beschäftigten. Auf der anderen Seite macht das deutlich: Tarifverfasstheit ist eine Stütze des Sozialstaats. Dadurch können wir Ausnahmen ermöglichen. Das war nur durch Beharrlichkeit und nicht, weil es so selbstverständlich gewesen ist, möglich. Wir sind stolz auf diesen Erfolg.

Ja, das Jahr 2020 ist eine Zeit der Extreme; zuletzt gilt das auch für die Umgestaltung der Weltpolitik. Es ist eine Chance, dass wir einen zukünftigen US-Präsidenten haben, auf den wahrscheinlich Verlass ist, der sich insbesondere im Ton ändert und sich für ein multilaterales Arbeiten mit seinen Partnern einsetzt. Aber, meine Damen und Herren, machen wir uns keine Illusionen: Die Abwendung der USA von Europa schreitet fort. Der Fokus liegt längst woanders. Das war nicht nur unter Trump so. Das hat bereits unter Obama und Bush begonnen, und unter Biden wird es wahrscheinlich nicht anders sein.

Dies hat viel damit zu tun, dass in den USA die Polarisierung der Gesellschaft und die Polarisierung des Parteiensystems fortschreiten. Die Selbstbezogenheit dieses Landes ist offensichtlich. Deswegen sage ich: Ja, wir wollen die Zusammenarbeit mit einem neuen Präsidenten suchen. Wir sollten es mit aller Klarheit und mit allem Selbstbewusstsein tun, aber wir sollten uns auch auf harte Konfrontationen einstellen. Es besteht, glaube ich, gar kein Zweifel, auch vor dem Hintergrund der Situation im Kongress, dass wir zum Beispiel wegen Nord Stream 2 weiter mit nachhaltigen Sanktionen rechnen müssen. Deswegen möchte ich betonen, dass die Überlegungen, die es in der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern gibt, nicht nur beachtlich, sondern auch richtig sind, mit einer Stiftung in diesem Land für Souveränität, für unsere Interessen gemeinsam einzutreten. Wir sollten das nicht sofort beiseite wischen.

Dies sage ich, meine Damen und Herren, in einer Situation, in der ich es manchmal sehr bedauerlich finde, dass zwischen uns als Koalitionspartnern eine Differenz

Wenn die Krise gemeistert ist, klären wir, wie wir die finanziellen Lasten abtragen.

Das Jahr 2020 ist eine Zeit der Extreme, das gilt auch für die Umgestaltung der Weltpolitik.

in Bezug auf die weiteren Herausforderungen besteht, die sich durch die internationale Politik ergeben. Ich finde bedauerlich, dass Sie allein auf militärische Stärke und Abschreckung setzen wollen, bis hinein in das Südchinesische Meer, wie die Verteidigungsministerin vor Kurzem wieder in einer Rede gesagt hat. Sie meinen, das sei die richtige Antwort, Frau Kramp-Karrenbauer, aber das Gegenteil ist der Fall. Nach meinem Dafürhalten ist das eine vollkommen falsche Herangehensweise. Dort, in Asien, ord-

net sich die Welt neu, aber nicht militärisch. Vielmehr wird dort – wir haben es vor wenigen Wochen gesehen – die größte Freihandelszone ohne die USA und ohne Europa gegründet. Ich glaube, darüber sollten wir uns Sorgen machen und nicht über die anderen Fragen.

Deswegen sage ich sehr deutlich: Sie sollten nicht immer wieder das 2-Prozent-Ziel bedienen, sondern Sie sollten sich darum kümmern, dass die Bundeswehr aus ihren Beschaffungsproblemen kommt. Das ist die Verantwor-

tung, die Sie in dieser Bundesregierung haben. Es geht nicht darum, immer wieder über neue Ausgaben zu fabulieren. Sie befördern die anhaltenden Forderungen nach immer neuen Verteidigungsausgaben. Das schafft ein neues Sicherheitsdilemma in Europa.

Der bessere Weg bleibt der Ausgleich gegensätzlicher Ziele und Interessen. Die Entspannungspolitik kann niemals den Gegensatz politischer Ordnungen gänzlich aufheben und bleibt immer eine Gratwanderung. Gleichwohl ist

die friedliche Koexistenz immer neuen Aufrüstungsrunden vorzuziehen. Darum müssen wir uns kümmern, und das wird eine starke Sozialdemokratie weiterhin tun.

Meine Damen und Herren, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben am Anfang dieser Legislaturperiode aus Verpflichtung Verantwortung für das politisch Notwendige übernommen, worauf ich stolz bin. Die letzten Monate haben gezeigt, dass es gerade auf Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der

Bundesregierung angekommen ist, dass auf der einen Seite der Sozialstaat erhalten bleibt, dass wir auf der anderen Seite die finanziellen Grundlagen für die Zukunft dieses Landes und insbesondere für die sozialstaatliche und wirtschaftliche Substanz geschaffen haben. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Peinliche Parteitagrede! Mann, Mann, Mann!)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Politik der Regierung treibt den Keil der Spaltung immer tiefer



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Als ich letzte Woche von einem erneuten Coronaausbruch in einem Schlachthof der Firma Tönnies gehört habe, da habe ich, ehrlich gesagt, gedacht, ich höre nicht richtig. Das passiert ernsthaft schon wieder, nachdem wir über den Sommer so viele Ausbrüche in Schlachthöfen hatten? Das kann doch wohl nicht wahr sein! Wie kann das sein? Jetzt werden Sie sagen – Sie haben es gerade angesprochen, Herr Mützenich, Sie haben ja was getan; Sie haben ja jetzt ein Gesetz auf den Weg gebracht, das ab Januar Werkverträge in den Schlachthöfen verbieten soll. -Okay, gut. Aber wo ist in diesem Haushalt das Geld für die Länder, damit das geschehen kann, was wirklich notwendig ist, nämlich mehr Personal in den Kontrollbehörden einzustellen? Das müsste doch geschehen. Aber das passiert nicht.

Dieses Beispiel ist leider typisch für das Handeln dieser Bundesregierung. Die Probleme sind vollkommen offensichtlich, sie werden angeblich erkannt, aber sie

werden dann trotzdem nicht gebannt. Der Grund ist folgender: Diese Bundesregierung knickt weiterhin konsequent vor den Interessen der starken und mächtigen Lobbys ein, selbst in diesen dramatischen Zeiten. Das ist vollkommen unverantwortlich. Ich frage ernsthaft: Für wen regieren Sie eigentlich? Für die Menschen in unserem Land, die jeden Tag den Laden am Laufen halten, oder für die, die einzig und allein ihren Profit im Blick haben, und zwar Profit um jeden Preis, Leute wie Clemens Tönnies? Was sagen Sie denn den wahren Leistungsträgern unserer Gesellschaft, zum Beispiel den Krankenpflegerinnen und -pflegern, die schon in der ersten Pandemiewelle mit zig Überstunden an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gegangen sind und die jetzt weiter jeden Tag darum kämpfen, Menschenleben zu retten? Was sagen Sie ihnen? Was haben Sie für sie getan?

Frau Bundeskanzlerin, wir erinnern uns alle noch gut an Ihren Auftritt damals in der Wahlarena 2017, als Ihnen der Pfleger Alexander Jorde in aller Deutlichkeit gesagt hat, wie dramatisch die Lage in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen damals schon war. Sie haben das

so zur Kenntnis genommen; geschehen ist nichts. Offen gesagt hat mich das damals nicht überrascht; ich hatte von dieser Bundesregierung nichts anderes erwartet. Aber – das muss ich Ihnen ehrlich sagen – als wir im Frühjahr hier in diesem Hause alle aufgestanden sind und für die wahren Helden dieser Krise applaudiert haben, da hatte ich tatsäch-

lich Hoffnung, und zwar die Hoffnung darauf, dass jetzt endlich in Ihnen die richtige Erkenntnis gereift sein könnte, nämlich dass die Pflegerinnen und Pfleger, die Beschäftigten im Einzelhandel, die Lkw-Fahrer in der Logistik, die Paketzustellerinnen und Paketzusteller – also alle, die, wie Sie ja selber sagen, den Laden am Laufen halten – endlich das bekommen, was ihnen wirklich zusteht, nämlich anständige Löhne, anständige Arbeitsbedingungen. Aber das ist noch nicht gekommen. Im Einzelhandel sind die Einkommen während der Krise sogar gesunken. Das ist doch wirklich unglaublich! Was meinen Sie, Kolleginnen und Kollegen von Union und SPD, wie sich diese Coronahelden, die hier von Ihnen vor einem halben Jahr noch beklatscht worden sind, heute von Ihnen behandelt fühlen? Es ist wirklich ein fatales Signal, nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die gesamte Gesellschaft, dass Sie ernsthaft keine Mittel und Wege gefunden haben, für echte Anerkennung zu sorgen: für höhere Löhne, für bessere Arbeitsbedingungen. Das wäre dringend nötig gewesen. Aber nicht einmal die spärlichen Coronaprämien für die Pflegekräfte sind bei allen angekommen. Insbesondere Beschäftigte in privatisierten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen haben oft keinen Cent gesehen. Ist das Ihre Initiative für mehr Pflegekräfte, die wir dringend brauchen? Das ist doch wirklich ein Hohn.

Wir wissen, dass sich viele Pflegerinnen und Pfleger in den letzten Jahren ausgebrannt und frustriert aus diesem Beruf verabschie-

det haben. Natürlich könnte man jetzt kurzfristig durch deutlich höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen diese Menschen für die Pflege zurückgewinnen. Wir brauchen flächendeckende Tarifverträge, wir brauchen auch Bonuszahlungen, die wirklich ankommen. Das wäre jetzt richtig. Richtig wäre auch, endlich zu erkennen, dass Ihr Privatisierungskurs im Gesundheitswesen ein Irrweg ist. Es geht nicht, dass in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen gespart wird, damit private Investoren

ihren Schnitt machen können. Schluss damit! Das Gesundheitswesen gehört konsequent in öffentliche Hand. Seit über einem Monat sterben täglich zwischen 300 und 500 Menschen an den Folgen von Covid-19, teilweise nach einem langen und qualvollen Überlebenskampf. Hinter jedem dieser Toten steht ein persönliches Schicksal, stehen trauernde Familien und Angehörige. Die Situation ist bereits jetzt dramatisch. Deshalb muss doch endlich alles darangesetzt werden, die Situation in den Krankenhäusern zu verbessern. Das gilt auch für die Pflegeeinrichtungen.

Bereits jetzt mussten einige Pflegeheime wieder einen totalen Besuchsstopp verhängen. Zum Teil ist nicht einmal Sterbebegleitung möglich. Das ist für die Betroffenen und für die Angehörigen schier unerträglich. Und es ist eine Tatsache, die von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und von den Kolleginnen und Kollegen der Regierung immer verschwiegen wird, wenn Sie sich hierinstellen und über die furchtbare Lage in den Pflegeeinrichtungen reden: Selbstverständlich hat die Notwendigkeit von Besuchsverboten und anderen einschneidenden Maßnahmen auch etwas mit dem Personalmangel und der schlechten Ausstattung der Pflegeeinrichtungen zu tun. Vieles müsste nicht so sein, wenn Sie bereit wären, das Geld auch unverzüglich an die

richtigen Stellen zu geben. Es ist fatal, dass Sie das nicht tun. Und, Herr Finanzminister, es ist auch fatal, dass Sie zwar riesige Summen zur Verfügung stellen, aber dass diese nicht zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden, und vor allem, dass sie nicht da ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Viele, denen jetzt Einkünfte und Umsätze wegen der notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen weggebrochen sind, brauchen sofort Hilfe. Aber Ihre Soforthilfen, Herr Scholz und Herr Altmaier, sind leider viel zu oft Zu-spät-Hilfen. Die Betroffenen können gerade einmal darauf hoffen, dass die für November zugesagten Hilfen im Januar endlich ausgezahlt werden; vielleicht gibt es jetzt einen kleinen Abschlag. So sichert man keine Existenzen, so schafft man keine Sicherheit.

Wie müssen sich die vielen Hoteliers, die Restaurantbesitzer, die Veranstalter, die Künstlerinnen und Künstler, die Soloselbstständigen fühlen, die jetzt Angst vor der Pleite haben müssen, weil Ihre Hilfen nicht ankommen? Wochenlang konnten nicht mal Anträge gestellt werden, weil Sie die entsprechende Homepage nicht programmieren konnten. Das ist doch wirklich ein Armutszeugnis.

An anderer Stelle können Sie schnell sein, das haben Sie ja gezeigt, zum Beispiel bei den Soforthilfen für die Lufthansa. Das Milliardenpaket war schnell geschnürt, aber natürlich ohne diese Hilfen daran zu koppeln, dass auch die Arbeitsplätze gesichert werden. Dabei hätten Sie genau das tun können und auch müssen.

Jetzt sollen bei Lufthansa weltweit 29 000 Stellen bis Jahresende abgebaut werden, 9 000 davon in Deutschland. Ihre Hilfen sollen offensichtlich vor allem die Eigentümer und Aktionäre von Lufthansa schützen, aber nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist doch wirklich unglaublich. Aber leider ist das nichts Neues. Kolleginnen und Kollegen von der Regierung, seit Jahren schon drif-

Fortsetzung auf nächster Seite

tet unsere Gesellschaft immer weiter auseinander, und daran ist Ihre Politik schuld. Während Altersarmut wächst, während immer mehr Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen stecken, während die Angst vor dem sozialen Abstieg immer weitere Teile der Bevölkerung erfasst, haben Sie vor allem ein offenes Ohr für die Interessen der mächtigen Lobbyisten. Das ist Ihre gesamte Amtszeit hindurch schon so, Frau Bundeskanzlerin. Egal ob die Automobilindustrie beim Dieselskandal oder die Banken im Cum/Ex-Skandal:

Investieren Sie das Geld besser in eine gute Zukunft als in den nächsten Krieg!

Immer konnten sich die mächtigen Konzerne und ihre Manager auf die Rückendeckung dieser Regierung verlassen. Und diejenigen, die eigentlich Ihre Unterstützung bräuchten, zum Beispiel die vielen Millionen Menschen, die zum Mindestlohn arbeiten müssen, die speisen Sie bestenfalls mit Brotkrumen ab, aktuell zum Beispiel mit einer mickrigen Mindestlohnerhöhung um gerade mal 15 Cent pro Stunde ab Januar nächsten Jahres. Das lässt wirklich tief blicken. Ihre Politik treibt seit Jahren den Keil der sozialen Spaltung immer tiefer in unsere Gesellschaft. So machen Sie auch in dieser Pandemie weiter, und das ist wirklich brandgefährlich. Wir haben momentan 2,5 Millionen Menschen in Kurzarbeit, die Tendenz ist steigend. Für viele reicht das Kurzarbeitergeld eben nicht zum Leben aus oder um den Lebensstandard zu sichern. Eine halbe Million Menschen sind bereits jetzt durch die Coronakrise arbeitslos. Auch hier ist die Tendenz leider steigend. Fast 1 Million Minijobs sind in dieser Krise bereits weggefallen. Davon betroffen sind oft Studierende, Rentnerinnen und Rentner und Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind. Sie haben jetzt keine Möglichkeit mehr, ihr spärliches Einkommen aufzubessern. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Hat die Bundesregierung dafür gesorgt, dass auch Minijobber Kurzarbeitergeld erhalten? – Nein. So kann man mit Menschen wirklich nicht umgehen. Wir brauchen eine viel bessere Unterstützung einkommensschwacher Familien, wir brauchen einen Pandemiezuschlag auf niedrige Renten und auf Hartz IV. Nichts davon steht in Ihrem Haushalt. Das ist unverantwortlich. Mit den sinkenden Einkommen wächst auch die Gefahr der Überschuldung. Bereits vor der Pandemie betraf das fast jeden zehnten Bürger. Wir brauchen dringend eine flächendeckende, kostenlose Schuldnerberatung. Das bisschen, was Sie jetzt für die

Schuldnerberatung in Ihrem Haushalt zur Verfügung stellen, sind wieder allenfalls Brotkrumen. Es reicht bei Weitem nicht aus.

Aber damit nicht genug. Das Nächste, was ich jetzt sage, habe ich hier in den letzten Wochen schon einige Male gesagt, aber ich sage es immer wieder, weil es wirklich ein Skandal ist: Seit Mitte dieses Jahres ist es wieder möglich, dass Menschen, die ihre Miete aufgrund von coronabedingten Einkommensverlusten nicht zahlen können, die Wohnung gekündigt wird. Außerdem erlauben Sie allen Ernstes, dass milliardenschwere Energiekonzerne wieder Stromsperrern verhängen können. Das heißt konkret, dass Menschen, die ihre Stromrechnung nicht zahlen können – und da reicht ein Rückstand von gerade einmal 100 Euro –, der Strom in ihrer Wohnung abgeschaltet werden darf. Sie schwadronieren hier lang und breit darüber, dass allen schöne Feiertage ermöglicht werden sollen. Und dann lassen Sie so etwas zu? Ich finde das unglaublich. Kollegen von der Union, Sie können das „C“ in Ihren Parteinamen wirklich streichen, wenn Sie so etwas zulassen, und dass Sie von der SPD da mitmachen: Da fehlen mir wirklich die Worte.

Genauso fassungslos macht mich, dass Sie in dieser historischen Krise, in dieser Not, die viele Menschen trifft, allen Ernstes den Rüstungsetat um 1,16 Milliarden Euro auf gigantische 46,8 Milliarden Euro anheben. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was für Bildung und Forschung vorgesehen ist. Das ist doch wirklich unglaublich. Sie halten sogar weiterhin an dem Irrsinn fest, das NATO-Rüstungsziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erfüllen, und das bedeutet, dass in den kommenden Jahren sogar noch deutlich mehr Geld unnötig verpulvert werden soll; denn es ist unnötig. Oder kann mir hier irgendjemand erklären, wie uns Kriegsgerät bei der Bewältigung der Coronakrise helfen soll?

Und das möchte ich jetzt einmal in Richtung der Grünen sagen: Wenn Sie als ehemalige Friedenspartei jetzt in diesen Chor der Aufrüstung mit einstimmen, dann habe ich das Gefühl, dass Sie Ihre Sonnenblume entwurzeln, um sie besser in den Wind hängen zu können. Wir als Linke sagen klar und deutlich Ja zur Abrüstung. Dieses Geld sollte in Krankenhäuser fließen, und es sollte für ein besseres Bildungssystem eingesetzt werden; denn hier wird es viel dringender benötigt. Die Situation

an den Schulen ist dramatisch. Investieren Sie das Geld besser in eine gute Zukunft als in den nächsten Krieg! Und für eine gute Zukunft brauchen wir allgemein mehr Investitionen in die soziale Sicherung, in Infrastruktur und in Forschung. Denn wie wollen Sie sonst die notwendige Energie- und Verkehrswende bewerkstelligen? Wie wollen Sie sonst die Digitalisierung schnell genug voranbringen? Im Moment ist für viele Menschen auf dem Land an Homeoffice oder Homeschooling überhaupt nicht zu denken. Aber davon sieht Ihr Haushalt nichts vor. Kein Wunder, Sie haben ja noch nicht mal gesagt, wie Sie die gigantischen Kosten der Coronakrise finanzieren wollen. Sie wollen ja die gigantischen Schulden von aktuell fast 300 Milliarden Euro zurückzahlen; Sie legen auch einen Tilgungsplan vor. Aber woher das Geld kommen soll, sagen

Sie nicht. Und das hat einen Grund: Im nächsten Jahr ist Bundestagswahl. Die Bundesregierung will nicht zugeben, dass das Geld nach der Wahl durch Steuererhöhungen für die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, Nullrunden bei der Rente und Sozialkürzungen wieder hereingeholt werden soll. Aber genau das darf nicht geschehen.

Deshalb fordert Die Linke eine einmalige Vermögensabgabe für superreiche Multimillionäre und Milliardäre nach dem Vorbild des Lastenausgleichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat für die Linksfraktion errechnet, dass eine solche Abgabe machbar ist. Schon eine sehr moderate Form, die gerade einmal die reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung überhaupt belasten würde, würde dreistellige Milliardenbeträge einbringen, und das wäre

wirklich nur fair; denn viele Superreiche sind in dieser Krise noch reicher geworden, weil sie zum Beispiel Aktienpakete von Krisengewinnern wie Amazon und Co halten. Außerdem ist es wirklich nur recht und billig, wenn diesmal endlich diejenigen zur Kasse gebeten werden, die jahrelang insbesondere durch Ihre Gesetzgebung privilegiert worden sind. Wenn wir gut durch diese Krise kommen und gestärkt aus ihr hervorgehen wollen, dann brauchen wir endlich eine vernünftige Politik, die sich nicht von den Interessen der mächtigsten Lobbyisten instrumentalisieren lässt. Wir als Linke kämpfen weiter für einen echten Politikwechsel, damit die Folgen der Pandemie unsere Gesellschaft nicht weiter spalten.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Annalena Baerbock, Bündnis 90/ Die Grünen:

Es braucht eine Politik, die wirklich lenkt und steuert



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Ja, dieses Jahr hat uns alle verändert. Wir – insbesondere meine Generation, Jüngere – lebten bisher ziemlich behütet. Jetzt nicht arbeiten zu können, nicht zur Berufsschule gehen zu können, zu erleben, wie die eigene Mutter, die eigene Tochter, die eigene Freundin nicht verstehen können, dass man nicht ins Altersheim kommt, aufgrund von Demenz nicht erkennen zu können, dass das keine Abkoppelung ist, zehrt an unser aller Nerven.

Zugleich hat uns dies als Gesellschaft stärker gemacht. Statt sich ständig an Egoisten abzarbeiten, sollten wir den Millionen Menschen in diesem Land, die solidarisch sind, Respekt zollen, Menschen, die rund um die Uhr für uns alle arbeiten: Pflegekräfte, Paketzusteller, Erzieher, Ärztinnen und, ja, auch Künstlerinnen, Soloselbstständige, die gerade nicht auftreten, die gerade nicht musi-

zieren. Um diese neue Solidarität zu erhalten, braucht eine aufgeklärte Gesellschaft Ehrlichkeit, Transparenz und vor allen Dingen, liebe Bundesregierung, eine Perspektive nicht nur eine Perspektive auf einen Impfstoff oder darauf, dass wir gut – auch wirtschaftlich – durch diese Zeit kommen, sondern auch eine Perspektive, dass die Politik lernfähig ist. Ich fand es wirklich wichtig, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie hier so eindringlich appelliert haben, dass das in den nächsten Wochen so nicht weitergehen kann. Das heißt dann aber auch, politisch zu handeln, Fehler zu korrigieren. Wir können nicht weiter mit einem Zweiwochenrhythmus-Bekämpfungssystem durch diese Pandemie kommen. Wir werden mit diesen Einschränkungen so ehrlich müssen wir sein noch weit bis ins Frühjahr leben; denn die Impfdosen, selbst wenn sie hoffentlich bald zugelassen werden, reichen erst mal nur für einen Bruchteil dieser Gesellschaft. Es braucht jetzt einen klaren Stufenplan: „Wann kommt was?“, klare gesellschaftliche Prioritäten. Uns von einer Ministerpräsidentenrunde zur nächsten zu hangeln, kann so nicht weitergehen. Deswegen: Einfach nur zu sagen, was alles nicht läuft, ist doch nicht die Aufgabe von kritischer Opposition, sondern sie muss mitdenken: Wie kann es besser gehen in dieser schwierigen Situation, in der wir alle als Gesellschaft, alle als Poli-

itik stecken? – Deswegen hat unsere Fraktion jetzt noch mal einen Fünfstufenplan vorgelegt, wie wir gemeinsam besser durch die nächsten Monate kommen und wie wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir die von Ihnen angesprochenen schwächsten Menschen der Gesellschaft – die Jüngsten und Ältesten – wirklich am besten schützen können. Ich halte Ihren Appell für richtig. Ich halte es für richtig, auf die Jüngsten und auch auf die Schulen zu schauen. Aber auch die Bundesregierung, die jetzt hier sitzt, ist in der Verantwortung – auch für die Schulen, auch für die Kitas in diesem Land. Ja, wir haben ein föderales System, aber Pragmatismus auch dort walten zu lassen, wäre genau in diesen Zeiten die Aufgabe der Familienministerin und der Bildungsministerin. Wenn wir über die Verlängerung von Ferien sprechen, dann können wir, bei allem großen Respekt, nicht sagen: Das müssen die Schulen dann mal irgendwie lösen. – Wir gehen jetzt zum vierten Mal in dieser Pandemie in eine Ferienzeit, und noch immer heißt es: Irgendwie muss dann die Digitalisierung und irgendwie müssen dann die Filter kommen. Diese Krise zeigt doch: Wir müssen das pragmatisch anpacken, genau wie Sie gesagt haben. Gelder im Haushalt allein verändern doch nicht

Fortsetzung auf nächster Seite

die Realität. Es geht um Pragmatismus, so wie bei den Gesundheitsämtern. Und ja, zum Beispiel da hat die Bundeswehr eine gute Rolle gespielt und die Gesundheitsämter unterstützt, obwohl es eigentlich eine regionale Aufgabe ist. Das braucht es jetzt auch bei den Schulen. Mein Gott, in einem Industrieland können doch wohl diese Filter eingebaut werden, und im Zweifel, indem das die Bundesebene unterstützt, in den Weihnachtsferien. Das Max-Planck-Institut hat dafür beste Vorschläge gemacht. Warum braucht es das? Weil man Unternehmen mit Geld retten kann, aber Kinder nicht. Wenn Sie einmal erleben, was es mit Kindern macht, deren Alltagsstruktur komplett wegbricht, wenn Sie einmal erleben, was es mit Jugendlichen macht, die ohnehin viel an mobilen Endgeräten sind, die ihren Alltag nicht mehr strukturiert haben, wenn Sie einmal erleben, was es mit Kinderseelen macht, wo es zu Hause richtig, richtig hart ist und jeder Tag in der Schule eine Erholung, dann heißt das: Packen Sie endlich an! Gute Politik heißt, zu handeln, und zwar im realen Leben.

Lernfähige Politik bedeutet, Dinge wirklich besser zu machen, insbesondere wenn man erkennt, dass sie sich in Krisenzeiten wie unter einem Brennglas verschärfen. Ja, wir müssen jetzt retten. Deswegen haben wir auch vielem zugestimmt. Aber wir dürfen nicht einfach den Status quo zementieren. Mit den Milliardenpaketen muss jetzt auch der Grundstein dafür gelegt werden, dass es in Zukunft besser wird. Ich habe da sehr genau hingehört, bei Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, bei Ihnen, Herr Finanzminister, in Talkshows und anderen Runden. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Ihnen und uns. Wenn wir einfach nur sagen: „Wir nehmen Geld in die Hand und knüpfen dann da an, wo wir vor der Krise waren“, dann haben wir nichts gelernt. Das ist keine vorausschauende Politik; denn es ist eben nicht alles gut gewesen vor dieser Krise. Dass Pflegekräfte und Krankenhäuser nun zum zweiten Mal in einem Dreivierteljahr vor dem Kollaps stehen, das liegt doch auch daran, Herr Lindner, dass Sie vor etlicher Zeit neoliberal alles an diesen Orten durchkapitalisiert haben. Dass 120 000 Pflegekräfte in Altenheimen und 50 000 Pflegekräfte in Krankenhäusern fehlen, das war schon vor der Coronakrise so. Deswegen darf der Leitspruch der Vereinten Nationen – Sie können da noch was lernen – „Build back better“ nicht nur deren Leitspruch sein, das darf nicht nur der Leitspruch des neuen US-Präsidenten sein, sondern das muss zukünftig Leitspruch der deutschen Politik

sein, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das heißt ganz konkret, Pflegekräfte in den Mittelpunkt zu stellen. Das heißt ganz konkret – auch nach dieser Pandemie, Herr Spahn –, nicht nur auf die jetzige Situation in den Krankenhäusern zu schauen, sondern ein Vorsorgeelement in Krankenhäusern zu schaffen, damit Kliniken nicht nur erbrachte Leistungen, sondern endlich auch die Vorsorge finanziert bekommen, damit wir aus dem Maskenfiasko in den letzten Monaten auch Lehren für die nächsten Jahrzehnte ziehen. Vorsorge treffen für zukünftige Krisen bedeutet auch, dass wir uns in Zukunft nicht weiter von Nachtragshaushalt zu Nachtragshaushalt handeln können, sondern dass wir die nächste Krise wahrnehmen, dass wir sie sehen und heute handeln und nicht erst dann, wenn es zu spät ist.

Da ist die Klimakrise. Das Dürrejahr 2018 war mit 4,5 Milliarden Euro Schäden durch Wetterextreme eine teure Warnung an den Bundeshaushalt und nicht an uns Grüne. Damit wir nicht von Dauerreparaturmodus zu Dauerreparaturmodus kommen, gilt es jetzt, eben nicht alles im Status quo zu zementieren, sondern wir müssen die Milliarden nutzen, um gleichzeitig auf Klimaneutralität umzustellen. Und ja, da haben wir DisSENS in etlichen Teilen dieses Haushaltes. 21,6 Milliarden Euro sind in den letzten Monaten in fossile Energien geflossen. Auf europäischer Ebene streiten wir – Sie hoffentlich auch – für den Green Deal. Aber hier manifestieren Sie mit diesen Geldern den Grey Deal, weil Sie nicht bereit sind, neben der Bereitstellung von Geld auch wirklich gute Ordnungspolitik zu machen.

Das ist kein Widerspruch; das gehört Hand in Hand zusammen. Das zeigen uns doch andere europäische Länder. In Österreich zum Beispiel hat die grüne Umweltministerin durchgesetzt, dass bei der Rettung von Austrian Airlines – eine Tochter von Lufthansa im Übrigen – ganz konkrete Klimaschutzmaßnahmen festgeschrieben werden: Flottenmodernisierung, Ticketpreise, Einstellung von Kurzstrecken. Diese Bundesregierung mit ihrem 9-Milliarden-Euro-Paket für die Lufthansa: Frau Merkel und Herr Mützenich, nennen Sie doch mal Beispiele, wo Sie die Lufthansa jetzt an konkrete Klimaschutzmaßnahmen gebunden haben! Sie haben sich noch nicht mal getraut, das anzusprechen.

Ja, wir müssen Arbeitsplätze schützen. Aber Ihre Logik, allein

den Status quo zu stabilisieren – auch bei der Lufthansa, auch beim Kurzarbeitergeld –, aber Weiterqualifizierung, wonach die Wirtschaft ruft, nicht zur Bedingung zu machen, wird mittelfristig die Transformation in diesem Land blockieren, zulasten des Industriestandorts und auch zulasten zukünftiger Arbeitsplätze, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wie tief Sie sich da hineinmanövrieren, das können Sie ganz konkret – wir reden hier ja

Lernfähige Politik bedeutet, Dinge wirklich besser zu machen.

über den Haushalt, Frau Weidel, und nicht über das, was man alles hasst in der Welt im Einzelplan 12 dieses Bundeshaushalts nachlesen. Sie wollen 2021 fast eine halbe Milliarde Euro für Regionalflughäfen,

etwa so zeitgemäß wie Telefonzellen und Taxisäulen, weiter ausgeben. Aktuell wächst das Straßennetz um mehrere Tausend Kilometer, das Schienennetz 2020 um sage und schreibe drei neue Kilometer. Und das Dienstwagenprivileg: Sie wollen ja über Steuereinsparungen an dieser Stelle sprechen. Ein Porsche Cayenne Turbo – das musste ich googeln, ehrlich gesagt – kostet 145 000 Euro und hat einen CO₂-Ausstoß von 245 Gramm pro Kilometer. Wenn den ein gutverdienender Freiberufler bei der Steuererklärung geltend macht, bekommt er 79 000 Euro zurückerstattet. Kauft sich eine Hebamme, ledig, mit zu versteuerndem Einkommen von 40 000 Euro für ein Zehntel des Kaufpreises einen Opel Corsa – dass Sie, Herr Lindner, einen Opel Corsa nicht kennen, ist ja klar mit einem

CO₂-Ausstoß von 93 Gramm pro Kilometer – er hält also die EU-Flottengrenzwerte ein –, so wird das steuerlich mit 5 000 Euro berücksichtigt. Das 15-Fache an Steuererstattung ist nicht nur ökologisch falsch, sondern es manifestiert auch die sozialpolitische Spaltung in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher ist es kein Zufall, dass andere Länder damit Schluss gemacht haben. Wir feiern dieser Tage – Sie waren da zum Glück noch nicht im Parlament – fünf Jahre Pariser Klimaabkommen. Ich hätte mir, ehrlich gesagt, eine solche Leidenschaft wie die, mit der Sie in dieser Pandemie gerade an die Wissenschaft erinnern, auch für den Klimaschutz gewünscht. Ich weiß, Sie sind mit dem Herzen dabei, aber Sie müssen sich mal fragen, was Sie die letzten fünf Jahre

als Union so getrieben haben, nicht als Klimaschutzpartei – das waren Sie noch nie –, aber als Wirtschaftsakteur in dieser globalisierten Welt. Dass jetzt andere Länder um uns herum flächendeckend den Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor beschließen, dass ausgerechnet Boris Johnson – das muss man sich mal vorstellen; Sie haben den Brexit angesprochen –, während über den Brexit verhandelt wird, sich jetzt hinstellt, fünf Jahre nach Paris, und 68 Prozent CO₂-Klimareduktion bis 2030 ankündigt und die deutsche Bundesregierung vertutzt sagt: „Okay, wir stützen das EU-Kommissionsziel von 55 Prozent“, das schmerzt mich nicht nur als Klimapolitikerin, nein, das schmerzt mich als Europäerin.

Wir hätten die Chance gehabt, zum führenden Binnenmarkt der Welt in diesem Bereich zu werden. Der Wohlstand in diesen Zeiten basiert darauf, dass man die richtigen Weichenstellungen schafft, so wie 1945, nach dem schlimmsten Kapitel unserer Geschichte. Europäische Integration, deutsche Einheit, der Euro, Osterweiterung es ist immer eine politische Wegscheide, an der man steht.

Da muss man sich aktiv entscheiden. Da darf man nicht einfach darauf vertrauen und gucken, was die Amerikaner vier Jahre machen. Die Amerikaner sind jetzt wieder mit an Bord. Wo ist unser Aufschlag für einen transatlantischen Deal? Wo ist unser Aufschlag für ein neues transatlantisches sozialökologisches Handelsabkommen?

Es ist nicht da, weil Sie einfach nur abwarten, und das ist fatal für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

„Build back better“ heißt, dass wir nicht weiter von

der Coronakrise in eine Wirtschaftskrise schlittern. Wir brauchen jetzt die Investitionen in den Industriestandort Deutschland. Das sind eben Investitionen, Herr Scholz, die höher sind als die, die wir auch vorher schon für Wasserstoff und künstliche Intelligenz bereitgestellt haben. Diese Investitionen müssen wir jetzt vorlegen. Ja, Herr Lindner, wir sind da ehrlich; ja, liebe Union, wir sind da ehrlich: Das heißt, wir werden bei diesen Tilgungsfristen nicht vorankommen. Wenn Sie weiter festschreiben, dass wir ab 2026 all die Kredite aus 2020 und 2021 tilgen müssen, dann müssen wir sparen. Entweder Sie kürzen die Sozialleistungen, oder Sie sparen an den Investitionen, und das ist das Gegenteil von zukunftsgerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich komme zum Schluss.

Wenn wir nicht in die Digitalisierung investieren, wenn Sie nach der Devise „Der Markt regelt alles“ weitermachen, dann sind Sie irgendwann bei der 148. Ausschreibung, bis wir Glasfaser haben; denn der Markt funktioniert eben nicht in allen Bereichen. Es braucht schon eine Politik, die wirklich lenkt und steuert.

Wenn Sie das nicht tun, dann tun es andere. Wir haben das außenpolitisch daran gesehen, dass andere agieren. Die Türkei und Russland sind in Bergkarabach massiv unterwegs, weil Europa sich weggeduckt hat. China investiert in die Europäische Union 300 Milliarden Euro, ich komme zum Schluss, doch nicht, weil die Chinesen Wohltäter sind, sondern hinter dieser neuen Investitionsoffensive Chinas in Europa und in der Welt steckt geostrategisches Kalkül. Das, was dort investiert wird, wird nicht im Sinne einer humanitären Geste investiert, sondern um strategische Abhängigkeiten zu schaffen. Da muss Europa reingehen.

Mein letzter Gedanke. Die Kürzungen in diesem Haushalt bei den Ausgaben für multilaterale Programme betragen ab 2022 25 Prozent: Kürzungen bei den Mitteln für UNICEF, das UNDP-Entwicklungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation. Das gefährdet die Sicherheit nicht des deutschen Haushaltes, sondern unserer strategischen Rolle in der Welt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alice Weidel (AfD): Das ist eine Kindergartenrede gewesen! Kindergarten! Mann, Mann, Mann! Wahnsinn! Was für ein Kindergarten! Unglaublich! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP): Das war eine schlechte Bewerbungsrede!)

Wir brauchen jetzt Investitionen in den Industriestandort Deutschland.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Ralph Brinkhaus (CDU/CSU), Klaus Ernst (Die Linke), Sebastian Münzenmaier (AfD), Carsten Schneider (Erfurt) (SPD), Simone Barrientos (Die Linke), Margit Stumpp (Bündnis 90/Die Grünen), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), Beatrix von Storch (AfD), Bärbel Bas (SPD), Otto Fricke (FDP), Anke Domscheit-Berg (Die Linke), Dr. Anna Christmann (Bündnis 90/Die Grünen), Marco Bülow (fraktionslos), Patricia Lips (CDU/CSU), Dr. Diether Dehm (Die Linke), Martin Erwin Renner (AfD), Sonja Amalie Steffen (SPD), Nadine Schön (CDU/CSU), Uwe Schulz (AfD), Dennis Rohde (SPD), Elisabeth Motschmann (CDU/CSU), Katrin Budde (SPD) sowie Dr. Jens Zimmermann (SPD).

leicht
erklärt!

ARD, ZDF und andere Sender

Was ist der öffentliche Rundfunk?



Im folgenden Text geht es um bestimmte Radio-Sender und Fernseh-Sender in Deutschland.

Man nennt sie auch:
öffentlicher Rundfunk.

Im Text geht es um folgende Fragen:

- Was ist der öffentliche Rundfunk?
- Welche Aufgaben hat er?
- Woher kommt das Geld für den öffentlichen Rundfunk?
- Welche Meinungen gibt es zum öffentlichen Rundfunk?

Was ist der öffentliche Rundfunk?

Mit dem Wort „Rundfunk“ fasst man vor allem Radio und Fernsehen zusammen.

Wenn man vom Rundfunk spricht, könnte man also auch „Radio-Sender und Fernseh-Sender“ sagen.

Im folgenden Text wird aber der Begriff „Rundfunk“ verwendet.



In Deutschland gibt es zwei verschiedene Arten von Rundfunk:

1. Privater Rundfunk

Zum privaten Rundfunk gehören Fernseh-Sender wie ProSieben, SAT.1 oder RTL.

Und Radio-Sender wie FFH oder Antenne Bayern.

Den privaten Rundfunk gibt es seit ungefähr 35 Jahren.

Er wird von Firmen angeboten. Diese Firmen wollen damit Geld verdienen.

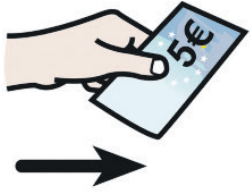
Das Geld für den privaten Rundfunk kommt zum Beispiel aus der Werbung. Oder man zahlt den Firmen Geld, damit man ihre Sender sehen darf.

2. Öffentlicher Rundfunk

Zum öffentlichen Rundfunk gehören Fernseh-Sender wie ARD, ZDF oder 3sat. Und Radio-Sender wie Radio Bremen, hr-info oder Deutschland-Funk.

Auch die Internet-Seiten von diesen Sendern gehören dazu.





Den öffentlichen Rundfunk gibt es in Deutschland seit 75 Jahren.

Das Geld für den öffentlichen Rundfunk kommt von den Bürgern. Die Menschen in Deutschland bezahlen den öffentlichen Rundfunk also gemeinsam.

Welche Aufgaben hat der öffentliche Rundfunk?

Der private Rundfunk soll also vor allem Geld verdienen.



Der öffentliche Rundfunk hat ganz andere Aufgaben.

Diese Aufgaben stehen sogar im Gesetz.

Im Folgenden die wichtigsten Aufgaben vom öffentlichen Rundfunk.

Versorgung mit den wichtigsten Sendungen



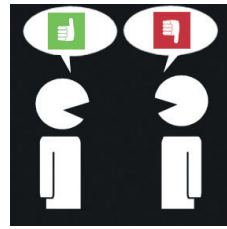
Der öffentliche Rundfunk soll dafür sorgen, dass alle Menschen im Land mit Fernsehen und Radio versorgt sind.

Viele unterschiedliche Sendungen

Der öffentliche Rundfunk soll viele unterschiedliche Sendungen anbieten.

Das bedeutet:
Für jeden Bürger soll etwas dabei sein.

- Es soll Infos, Hintergrund-Wissen und Beratung geben.
Zum Beispiel: Nachrichten und Dokumentationen.
- Es soll Unterhaltung geben.
Zum Beispiel: Filme, Hörspiele, Serien, Sport und Shows.
- Es soll Kultur geben.
Zum Beispiel: Konzerte und Veranstaltungen.



Viele unterschiedliche Meinungen

Der öffentliche Rundfunk soll den Bürgern ganz unterschiedliche Infos geben.

Und zwar so, dass jeder Bürger sich eine eigene Meinung bilden kann. Zum Beispiel zu Themen aus der Politik.

Denn: Deutschland ist eine Demokratie.

Das bedeutet, dass alle Bürger mitbestimmen können, was im Land geschehen soll.

Das können sie nur, wenn sie gute Infos haben.

Das Programm der Sender muss einen Überblick über das Leben der ganzen Bevölkerung geben.

Auch Gruppen, zu denen nicht die meisten Menschen in Deutschland gehören, müssen berücksichtigt werden.

Unabhängig sein

Der öffentliche Rundfunk soll immer unabhängig sein.

Er soll nicht vom Staat oder von privaten Firmen beherrscht oder beeinflusst werden.

Deshalb darf er zum Beispiel nicht aus Steuern bezahlt werden.



Woher kommt das Geld für den öffentlichen Rundfunk?

Der öffentliche Rundfunk braucht Geld.

Zum Beispiel muss er diese Dinge bezahlen:

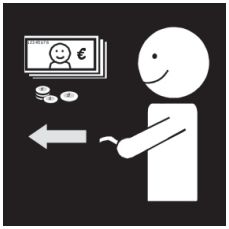
- Lohn für die Mitarbeiter
- Miete für die Räume
- Geräte, um Sendungen zu machen

Das Geld kommt zu einem großen Teil von den Bürgern.

Die meisten Bürger müssen dafür einen Beitrag bezahlen.

Der Name vom Beitrag ist:
Rundfunk-Beitrag.





Rundfunk-Beitrag

Der Rundfunk-Beitrag kostet im Moment 17,50 Euro im Monat.

Jeder Haushalt muss ihn bezahlen.

Wenn mehrere Personen zusammen in einem Haushalt leben, müssen sie den Rundfunk-Beitrag nur einmal bezahlen.

Man muss den Rundfunk-Beitrag immer zahlen.

Auch wenn man keinen Fernseher, kein Radio und kein Internet hat.

Auch Firmen und Einrichtungen müssen den Rundfunk-Beitrag bezahlen.

Zum Beispiel, wenn in einer Werkstatt das Radio läuft.
Oder in einem Laden der Fernseher.



Manche Personen müssen keinen Rundfunk-Beitrag bezahlen.

Zum Beispiel:

- Taube und blinde Menschen
- Menschen, die in einer Pflege-Einrichtung leben
- Manche Menschen, die Hilfen vom Staat bekommen

Was bringt der Rundfunk-Beitrag?



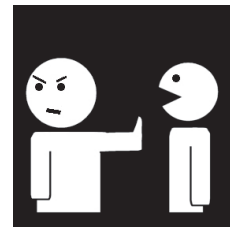
Der wichtigste Grund für den Rundfunk-Beitrag lautet:

Der Beitrag sorgt dafür, dass der öffentliche Rundfunk unabhängig ist.

Und zwar unabhängig von privaten oder staatlichen Geld-Gebern.

Zum Beispiel von Politikern oder privaten Firmen.

Unabhängig bedeutet: Niemand vom Staat oder von privaten Firmen kann über den öffentlichen Rundfunk bestimmen.



Der öffentliche Rundfunk entscheidet selbst, welche Inhalte er im Fernsehen, Radio oder Internet sendet.

Niemand darf sich hier einmischen.

Was passiert mit dem Rundfunk-Beitrag?

Das Geld vom Rundfunk-Beitrag wird an die öffentlichen Radio-Sender und Fernseh-Sender verteilt.

Die Sender benutzen das Geld, um damit ihre Sendungen zu machen.

Sie bezahlen damit zum Beispiel die Reporter.

Ganz wichtig: Das Geld muss verwendet werden, um die Menschen zu informieren, zu bilden und zu unterhalten.



Geld aus Werbung

Ein kleiner Teil vom Geld für den öffentlichen Rundfunk kommt auch aus der Werbung.

Zum Beispiel aus Radio-Werbung oder Fernseh-Werbung.

Der öffentliche Rundfunk darf aber nur eine bestimmte Menge an Werbung senden.

Er darf viel weniger Werbung als die privaten Sender senden.

Die Länge von der Werbung ist klar geregelt.

Und auch die Uhr-Zeit, wann sie gesendet werden darf.

So wird aufgepasst, dass das Geld aus der Werbung begrenzt ist.

Denn der öffentliche Rundfunk soll ja unabhängig sein.

Auch vom Geld von den Firmen, die Werbung machen.





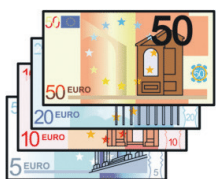
Unterschiedliche Meinungen zum öffentlichen Rundfunk

Umfragen zeigen immer wieder: Die meisten Menschen in Deutschland sind mit dem öffentlichen Rundfunk recht zufrieden.

Und die meisten Menschen halten ihn auch für wichtig.

Es gibt aber auch Dinge, die viele Menschen schlecht am öffentlichen Rundfunk finden.

Hier ein paar Beispiele.



Unzufriedenheit mit dem Geld

Manche Menschen finden den Rundfunk-Beitrag zu hoch.

Manche Menschen nutzen das Angebot vom öffentlichen Rundfunk gar nicht.

Sie müssen aber trotzdem dafür bezahlen.

Das finden sie unfair.

Manche finden auch: Die öffentlich-rechtlichen Sender geben zu viel Geld für ihre Sendungen aus.

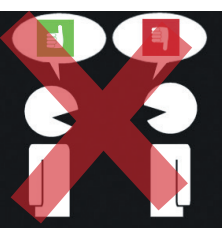


Unzufriedenheit mit den Sendungen

Manche Menschen finden das Angebot vom öffentlichen Rundfunk schlecht.

Sie finden es passt nicht mehr zur heutigen Zeit.

Oder sie finden die Mischung aus Infos, Bildung und Unterhaltung zu schlecht verteilt.



Unzufriedenheit mit den unterschiedlichen Meinungen

Manche Menschen meinen, dass zu wenig verschiedene Meinungen gezeigt werden.

Dabei steht im Gesetz, dass der öffentliche Rundfunk viele verschiedene Meinungen zeigen muss.

Das ist wichtig, damit sich die Bürger eine eigene Meinung bilden können.



Öffentlichen Rundfunk verbessern

Eine häufige Meinung ist auch: Der öffentliche Rundfunk ist wichtig.

Aber: Es gibt viele Dinge, die man an ihm verbessern kann.

Man könnte zum Beispiel einige öffentliche Sender schließen.

Und die Sender könnten sparsamer mit dem Geld umgehen.

Auch dann könnten sie ihre Aufgaben noch erfüllen.

Deswegen sollte es beim öffentlichen Rundfunk Veränderungen geben.



Kurz zusammengefasst

Zum öffentliche Rundfunk gehören also bestimmte Radio-Sender und Fernseh-Sender.

Sie werden von allen Menschen in Deutschland gemeinsam bezahlt.

Sie sollen dafür sorgen, dass alle Menschen in Deutschland Infos und Unterhaltung bekommen.

Viele Menschen in Deutschland finden den öffentlichen Rundfunk gut.

Es gibt aber auch andere Meinungen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / imageBROKER, Fotograf: Ulrich Niehoff. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 51/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 21. Dezember 2020.